

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 16. Dezember 2013,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

31. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.15 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 29. Sitzung des Gemeinderates vom 14. Oktober 2013
liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Heinrich Georg Taitl

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

te Wartinger

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Andreas Weidinger

Herbert Pernkopf Brigit-

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Augustine Hacker (ÖVP)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 06.11.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Vzbgm. Dr. Wieser hat mir schriftlich mitgeteilt, dass er sein Amt mit gestrigem Tage sowohl als Vizebürgermeister als auch als Gemeinderat zurücklegt. Daher ist diese Position in der heutigen Gemeinderatsitzung neu zu besetzen. Bevor wir aber zu dieser Zeremonie kommen, darf ich doch ein paar Worte des Dankes an meinen langjährigen Kollegen Vzbgm. Dr. Wieser richten, der genauso wie ich 1979 in den Gemeinderat kam. Dr. Wieser ist 1949 in Wels geboren, entstammt aus der Dynastie der Konditoren Wieser. Man sagt, er habe bis heute eine Vorliebe für süße Mehlspeisen und das Talent zum Backen mitgenommen auf unsere politische Laufbahn. Ob dies stimmt oder nicht kann ich nicht sagen, darüber müssen sie sich selbst ein entsprechendes Bild machen.

Kollege Dr. Wieser war 34 Jahre im Gemeinderat tätig, davon in den verschiedensten Funktionen - vom Gemeinderat, über den Stadtrat bis zum Vizebürgermeister. Nach seiner Angelobung im Jahr 1979 meldete er sich gleich zum ersten Mal zu Wort, und zwar zum Tagesordnungspunkt 16. Dort ging es um die Tarifordnung für den Eintritt in die Kunsteisbahn. In seiner Wortmeldung erteilte er der Tarifordnung in Namen seiner Fraktion die Zustimmung. Er konnte sich aber eine Kritik nicht verkneifen, er meinte wörtlich: „Von den zur Verfügung stehenden 21 Zeiteinheiten sind zur Zeit 8 für die Eisstocksützen reserviert und nur 11 für das Publikumslaufen. Das stellt meines Erachtens ein Missverständnis dar bzw. eine ungerechtfertigte Berücksichtigung der Eisstocksützen. Obwohl die Kunsteisbahn in erster Linie für das Eislaufen gebaut wurde.“

Sie werden das natürlich nicht mehr ganz so in Erinnerung haben, aber wir holten diese Worte aus dem damaligen Protokoll. Weiters sagte er: „Was die sehr häufigen Unfälle beim Eislaufen anlangt, sind diese bestimmt darauf zurückzuführen, dass das Eislaufen viele Jahre in Wels nicht möglich war und“ – man höre die Wortwahl – „damit eine gewisse Entübung stattfand“. Soweit die erste Wortmeldung des Kollegen Dr. Wieser, wie er dann im Laufe der Zeit natürlich noch viele abgab.

Sein persönlicher Werdegang, die entsprechende Ausbildung: Pflichtschule, BRG Schauerstraße, Studium der Rechtswissenschaften in Linz und in Innsbruck, Promotion 1973, bis 1975 Assistent der Universität in Innsbruck, 1975 – 1977 Rechtspraktikant im Kreisgericht Wels, bis 1991 Tätigkeit als Richter, Straf- und Zivilsachen, Arbeits- und Sozialgericht.

Politische Funktionen hat er sehr viele ausgeübt: Vom 31.10.1979 bis 29.10.1991 Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wels. Von diesem Jahr an bis 23.10.1997 war er Stadtrat, und von 1997 bis 2003 zweiter Vizebürgermeister, anschließend wieder bis 2009 Stadtrat und seit 10.11.2009 wieder zweiter Vizebürgermeister. Er hatte einige Referate inne, zum Schluss das große und wichtige Thema Umweltbereich. Er war auch Verkehrsreferent. Er war u.a. für den Friedhof zuständig, aber auch Feuerwehrreferent, hatte den Straßen- und Brückenbau unter sich, Abfallwirtschaft, Energie und den Grünraum Stadtgärtnerei.

In seiner eigenen Partei war er Fraktionsobmann, Aufsichtsrat in der EWW AG, Aufsichtsrat in der Strom GmbH, in der Welser Messe, in der Sparkasse OÖ und - ich nehme an es ist wirklich ihre Leidenschaft, wie gut sie persönlich spielen weiß ich nicht – Obmann von WSC Hertha. Sie sagten selbst, sie haben jetzt mehr Zeit für den WSC Hertha.

In diesen 30 Jahren haben sie einiges miterleben und mitgestalten dürfen. Wenn sie sich die Stadt im Jahr 1979 und im Jahr 2013 anschauen, ist sehr viel Positives passiert, egal ob es im Bereich der Bildung, der Umwelt, Soziales, Infrastruktur usw. geschah. Mit den 35 GemeinderätInnen und dem Stadtsenat waren sie mitverantwortlich, dass viele Beschlüsse umgesetzt worden sind, die sich sehr positiv auf die Entwicklung der Stadt Wels ausgewirkt haben.

Neben ihrer Leidenschaft als „Fußballchef von WSC Hertha“ sind sie auch künstlerisch tätig. Man sagt ihnen nach, dass sie mit ihren Werken dem Picasso ähnlich seien. Einige Ausstellungen von ihnen kenne ich. Sie sind ebenso publizistisch tätig, haben einige Werke geschrieben, wie die „Geschichten über Wels aus vergangenen Zeiten“. Insbesondere haben sie sich einmal die Mühe gemacht aus der Welser Rundschau verschiedene Jahre zu beleuchten, sozusagen die „Schmankerl herausgeholt“, was in bestimmten Jahren alles geschehen ist.

Die Ausstellung „Die Fischergasse in alten Ansichten“ darf ich erwähnen. Eine der letzten Ausstellungen war im Schießhof, wo ich merkte, dass sie sich sehr profund mit der Thematik Kunst und Kultur auseinandersetzen.

Trotz mancher politischer Auffassungsunterschiede, die Gott sei Dank in einer Demokratie gegeben sind - wir leben Gott sei Dank in einer Demokratie und nicht in irgendeinem Land, in dem heute noch Unterdrückung stattfindet in dem es noch kein freies Wahlrecht gibt und vieles andere mehr - waren, wenn es um wesentliche Dinge ging, auch sie mit ihren KollegInnen zu gewinnen. Ich bedanke mich persönlich für die vielen Jahre im Welser Gemeinderat und Stadtsenat bei ihnen und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute, dass sie die Zeit genießen und ihren Hobbys mehr als bisher nachgehen können. Herzlichen Dank für alles und alles Gute für die Zukunft.

Vzbgm. a.D. Dr. Wieser: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen aus dem Stadtsenat und Gemeinderat! Werte Damen und Herren des Magistrates der Stadt Wels! Vorerst herzlichen Dank, Herr Bürgermeister, dass ich mich am ersten Tag meines Ruhestandes vor der Budgetsitzung verabschieden darf, ähnlich wie dies vor mir Frau Vizebürgermeisterin Anni Eisenrauch vor etwa einem Jahr durfte.

Ich werde mich sehr kurz halten und zur politischen Arbeit nur ein paar Anmerkungen treffen. Ein Sprichwort lautet: „Allen Menschen recht getan ist eine Kunst, die niemand

kann“. Ich glaube diese Binsenweisheit trifft sehr gut die Politik und ergibt sich aus der gesellschaftlichen Realität, in der sich viele Interessen, Ansprüche oder Vorstellungen der Menschen gegenüber stehen. In einer Demokratie spiegeln sich diese unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen in den einzelnen Parteien wider und treten so in Konkurrenz. Es allen Recht zu tun, wird niemand schaffen. Das hat die neue Bundesregierung gerade wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

In meiner Hochschulzeit habe ich als Mitglied des Rings freiheitlicher Studenten, des RFS, als Mandatar in der Hochschülerschaft gearbeitet. Der Verkauf von Skripten an Studenten war eine wichtige Aufgabe. Etwa 10 Jahre später, im Oktober 1979, kam ich als einer der drei freiheitlichen Mandatäre neben Helmuth Josseck und Edgar Ölschlägl in den Welser Gemeinderat, dem ich bis gestern angehörte. Es wurde bereits erwähnt, tatsächlich habe ich mehr als die Hälfte meiner Lebenszeit im Gemeinderat verbracht. Über die andere Hälfte wurde schon gespottet.

Fünfmal war ich Listenführer der Welser FPÖ, habe unter drei Bürgermeister gedient und zwei Rekorde aufgestellt. 1985 das schlechteste Wahlergebnis, welches die Welser Freiheitlichen einfuhren und 2009 das beste. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kommunalpolitik ist eigentlich sehr konkret und hat etwas sehr Herzhaftes. Nirgendwo anders ist man so nahe bei den Menschen, bei ihren Sorgen und Nöten. Nirgend wo anders als in der Politik lernt man seine Mitmenschen so gut kennen wie in der Kommunalpolitik. In 30 Jahren Kommunalpolitik gewinnt man viel Erfahrung, die am Beginn logischerweise noch fehlt.

In den ersten Jahren meiner Tätigkeit hatte ich noch den Eifer und Enthusiasmus alle Mitmenschen, auch Mitglieder anderer Parteien, von meinen politischen Vorstellungen zu überzeugen. So Anfang der 80er Jahre hielt ich einmal von hier aus eine wie ich damals meinte sehr wichtige und geistreiche Ansprache, irgendwie über das öffentliche Zusammenleben. Dabei musste ich erleben, dass ich nicht überall so gut verstanden wurde. Draußen im Foyer kam der damalige Stadtrat Rudolf auf mich zu und klärte mich auf: „Hörn´s Herr Doktor“, sagte er zu mir, „schaun´s sie müssen die Leut´ so nehma wia´s san und net´ so, wie sie eina des wünschen.“ So wird man im Leben gescheiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor ihrer heutigen Budgetsitzung, der ich einen guten Verlauf wünsche, darf ich mich bei allen KollegInnen des Gemeinderates, gleich welchen Colours, bedanken für die gedeihliche Zusammenarbeit und für den Einsatz zum Wohle der Bevölkerung der Stadt Wels. Der gleiche Dank gilt allen BeamtInnen und MitarbeiterInnen des Magistrates.

Unheimlich viel ist in den letzten Jahren geschehen. Vieles ist noch zu tun. Ich wünsche ihnen allen viel Mut, Glück und Erfolg. Schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

StR. Dr. Rabl: Lieber Bernhard! Dass der Augenblick einmal kommt, in dem ich dich nicht mehr hinter mir sitzen sehe, sozusagen im politischen Rücken, der ja in der Politik besonders gefährdet ist, sondern neben oder vor mir, hat ein lachendes und weinendes Auge bei mir ausgelöst. Das weinende Auge vor allem deswegen, weil mein Rücken jetzt nicht mehr frei ist, weil ich gewusst habe von dir kommt der Dolch für die Ermordung in der Politik sicher nicht. Ein lachendes Auge, weil ich jetzt auf deinen Platz aufzurücken darf. Du bist für mich in gewisser Weise ein Idealpolitiker, weil du sechs wesentliche Eigenschaften mitbringst, die man in der Politik braucht. Die erste ist, das sah man jetzt wieder ganz klar, deine sicher brillante Rhetorik. Du hast die Gabe auch komplexe

und komplizierteste Sachverhalte rasch zu erfassen und daraus ohne große Vorbereitungen eine geschwungene Rede zu halten, die nicht nur launisch ist sondern auch geeignet deine Zuhörer mitzureißen, sie zu begeistern und zu überzeugen. Eine Eigenschaft ohne die in der Politik niemand auskommt, insbesondere nicht in den Ämtern, in denen du schon warst.

Die zweite wirklich wichtige Eigenschaft ist dein Gerechtigkeitssinn. Den konntest du schon ausleben als Richter. Nur dort hat es dir nicht so viel Spaß gemacht wie in der Politik. Dort dachtest du die Entscheidung trifft immer nur einer und der andere ist dann trotzdem immer grantig. In der Politik kann man dies ein bisschen breiter angehen. Du hast dich immer auf die Seite der Schwachen gestellt, hast immer darauf geschaut, dass jene, die sozial benachteiligt sind, auch zu ihrem Recht kommen. Das war auch wichtig. Das ist der Grund unseres Erfolges in der Stadt Wels. Hätten wir diesen sozialen Gedanken nicht auch etwas mitgetragen, wäre dieser soziale Gedanke auch nicht in unserem Herzen eingepflanzt worden, dann wären wir eine wirtschaftsliberale Partei geblieben, so wie wir es Mitte der 80er-Jahre waren und hätten nie die jetzigen Erfolge gehabt.

Die dritte Eigenschaft, die du hast, ist in der Politik durchaus notwendig, ist ein gewisses Phlegma. Du bist in der Lage Demütigungen geduldig hinzunehmen. Diese hast du, wie du bereits richtig sagtest, auch gehabt mit einer großen Wahlniederlage. Du bist aber auch in der Lage große Siege demütig zu feiern. Auch das gehört dazu nicht in eine Großwahnsucht auszubrechen und zu glauben, man ist jetzt der Größte auf der Welt und alles hat man selbst gemacht, nein! Du schautest immer auf das Team, welches hinter dir stand, egal ob in guten oder schlechten Zeiten. Unter deiner Führung haben wir uns auch sehr wohl gefühlt.

Die vierte Eigenschaft ist die dir eigene Geselligkeit. Hier sagtest du bereits, die eine Hälfte deines Lebens hast du in der Politik verbracht, die andere im Gasthaus. Das wird schon seine Richtigkeit haben. Dort hast du mit den Leuten gesprochen, dort hast du den Leuten ins Herz geblickt, hast ihnen zugehört. Deswegen bist du auch in die Herzen der Leute gekommen, deswegen warst du auch für viele der Bürgermeister der Herzen.

Die nächste dazukommende Eigenschaft ist der Hausverstand. Ich glaube Politik ohne Hausverstand ist heute fast nicht mehr möglich. Sogar Bürgermeister Luger sagte vor kurzem: „Kein Politiker liest heute mehr jeden Akt. Man muss oft entscheiden, ist das was vorgetragen wird vernünftig im Rahmen dessen, was ich aufgrund meiner Lebenserfahrung weiß und habe, oder nicht.“ Dieser Hausverstand einer „schwäbischen Hausfrau“ ist dir durchaus eigen. Du weißt also was muss ich machen, wenn man die Prinzipien Einnahmen – Ausgaben wie in einem Haushalt anschaut. Ist es eine praktikable und günstige Lösung oder nicht. Hier hast du dich immer für den richtigen Weg entschieden.

Die letzte Eigenschaft, die aus meiner Sicht durchaus wichtig ist, ist deine Integrationsbereitschaft. Deine Integrationsbereitschaft aus einem „Sauhaufen“, der jede Partei einmal ist, weil es unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Menschen gibt. Alle müssen zu einem Team zusammengefasst werden. Es ist jedoch oft schwierig die Interessen Einzelner zurückzustellen und zu sagen, im Sinne des Gemeinwohls, im Sinne des gesamten Ganzen ist jener nun an dieser Position, ein anderer in einer anderen. Das hast du mit deinem Wesen sehr gut geschafft und dir ist es zu verdanken, dass wir

heute so wie wir hier besetzt sind in einem Team ohne Streit, ohne Hader, ohne Zwist, mit klaren Zuständigkeiten arbeiten.

Ich erinnere mich, als ich 1996/1997 herangeprescht bin und sagte, Bernhard hier bin ich, nimm mich, ich will in die Politik, bremstest du mich schon ein bisschen, nahmst mir Ecken und Kanten, die man in allzu jungen Jahren noch hat und die auch noch viel kaputt machen können. Du hast mich in die Partei integriert. Das war notwendig, um langfristig Erfolg zu haben. Man muss sich aneinander anpassen, man muss Rücksicht nehmen. Deswegen war es wichtig dich bereits in frühen Jahren zu kennen. Für mich warst und bist du mein Mentor. Der Mentor, der mir die Möglichkeit gab Politik zu machen, etwas zu gestalten und mir das Handwerkszeug dazu geliehen hat. Du zeigtest mir wie man an Dinge, an Probleme herangeht, wie man Anträge stellt. Du hast mir die Geschäftsordnung und das Budget erklärt. Auch nahmst du mich in manche Spelunke mit, in der ich alleine nie hineingegangen wäre, du aber dort sehr bekannt warst. Insofern konnte ich mich an dieses Milieu ebenfalls gewöhnen, d.h. auch aus mir ist zuletzt auch ein volksnaher Politiker geworden. Du gabst mir das ein bisschen weiter, dafür herzlichen Dank.

Für mich und die Fraktion wirst du immer der volksnahe Politiker bleiben, der Bürgermeister der Welser Herzen.

Vzbgm. Lehner: Sehr geehrter Herr Dr. Wieser! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Bürgermeister! Auch ich möchte mich im Namen der ÖVP-Fraktion recht herzlich bedanken. Auch im Namen aller WelserInnen für ihre jahrzehntelange Tätigkeit in der Stadt Wels. Ich durfte sie in ihrer Eigenschaft als StS-Mitglied kennenlernen und darf sagen, dass sie bei sehr vielen Beschlüssen zu 100 % mit allen anderen Stadtsenatsmitgliedern einer Meinung waren. Waren sie das nicht, haben sie sich mit aller Kraft für die Dinge eingesetzt, die ihnen wichtig waren.

Es gehört in der Politik dazu, dass man unterschiedliche Positionen bezieht, für diese unterschiedlichen Positionen kämpft und bei oft widersprüchlichen Themen sich am Ende des Tages die Hand reicht und gemeinsam für die Welser Bevölkerung arbeitet. Das ist uns in Summe gemeinsam recht gut gelungen.

Danke für ihr Bemühen in den letzten Jahrzehnten nicht nur mit mir dieses Einvernehmen über die Parteigrenzen hinaus zu finden sondern auch mit einigen meiner VorgängerInnen. Ich glaube aus ihrer Sicht gibt es dazu zahlreiche Anekdoten zu erzählen. Ich wünsche ihnen alles Gute für ihre zukünftige Zeit in Ruhestand. Herzlichen Dank, dass ein Generationswechsel so gut und harmonisch funktionierte. Der Wechsel der Generationen ist in unserer Gesellschaft in der Zukunft ein wichtiges Thema. Ihnen persönlich alles Gute, Gesundheit und Glück für die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Vzbgm. Wimmer: Lieber Bernhard! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir wurde die Ehre zuteil namens der SPÖ-Fraktion diese Worte zu sprechen. Ich hoffe nicht, dass die Ursache darin liegt, dass ich vom Alter her der Nächste bin nach dir, sondern dass die Ursache darin liegt, dass wir uns beide schon sehr lange in dieser Funktion kennen. Nach dem Herrn Bürgermeister bin ich der Zweitälteste mit 27 Jahren im Gemeinderat, der über diesen langen Zeitraum mit dir, manchmal gut, manchmal nicht so gut, aber auf jeden Fall zusammen gearbeitet hat.

Den Worten des Lobes kann ich nur teilweise folgen, insbesondere den Ausführungen des Herrn StR. Dr. Rabl, weil hier ein Punkt aus meiner Sicht richtig gestellt werden sollte. Er hat dich zu Recht als seinen Mentor bezeichnet und hat aber auch gemeint, dass es dir gelungen ist, ihm gewisse Verhaltensregeln was Ecken und Kanten betrifft anzulernen. Ich darf feststellen, hier hat deine Erziehung offenbar nicht so gefruchtet wie vielleicht in anderen Bereichen. Aber das nur nebenbei.

Ich lernte dich als Kommunalpolitiker kennen und du sagtest richtig, die Kommunalpolitik ist jene Politik, die am nächsten beim Volk ist, wo es um Konkretes für die Bürgerinnen und Bürger geht. Das ist absolut richtig, das kann ich unterstreichen. Die Kommunalpolitik ist nicht ein Tummelplatz für ideologische Auseinandersetzungen, die gibt es nur sehr eingeschränkt im gesellschaftspolitischen Bereich. In diesem Bereich waren wir beide uns ferner als in vielen anderen Bereichen. Das liegt in der Natur der Sache bei unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten. Herr Bürgermeister sagte bereits, es ist gut so in einer Demokratie, dass wir in unserem Land diese Möglichkeiten haben sehr intensiv uns politisch auseinanderzusetzen und völlig unterschiedlicher Meinung in grundsätzlichen Fragen zu sein.

Aber in der ursächlichen Kommunalpolitik hast du „Auf“ und „Ab´s“ erlebt. Ich erinnere mich noch sehr gut zurück an die 90er-Jahre, auf die Experimente in der Ringstraße mit unterschiedlichen Radwegen und Einbahnsystemen, die dann wieder korrigiert werden mussten. Aber im Bereich der Abfallwirtschaft und des Umweltschutzes hast du deine Heimat gefunden. Du hast hier gemeinsam mit allen, unter deiner Federführung, deinem Antrieb Hervorragendes geleistet. Dein letztes Werk, das Altstoffsammelzentrum, ist kurz vor der Fertigstellung. Es tut mir leid, dass du die Eröffnung nunmehr als Pensionist miterleben wirst.

Ein zweiter Punkt, bei dem ich dich kennen und schätzen gelernt habe, ist dein Engagement im Bereich des Sports, insbesondere des Fußballs. Es gibt nicht sehr viele ehrenamtliche Funktionäre. Von den 102 Welser Sportvereinen kenne ich nicht sehr viele Funktionäre, die mit so großem Engagement ein Ziel verfolgen, nämlich einen Verein sportlich nach vorne zu bringen und auch die entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Der Neubau des Vereinsheimes Hertha WSC ist sicherlich zu einem guten Teil deinem Engagement zu verdanken, manchmal könnte ich als Sportreferent auch sagen wegen deiner Lästigkeit in diversen Sachfragen. Du hast damit einen wesentlichen Meilenstein trotz aller politischer Turbulenzen im Welser Fußballsport, insbesondere für den Verein Hertha WSC, gesetzt. Es wurde bereits angedeutet, du wirst jetzt noch mehr Zeit für den Sport haben. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass du noch öfter zu mir kommst und um Subventionen nachfragst.

Ich darf dir daher namens der SPÖ-Fraktion und persönlich für die vielen gemeinsamen Jahre und für die vielen konstruktiven gemeinsam gefassten Beschlüsse danken. Es ist ja nicht so, dass im Gemeinderat oder im Stadtsenat nur gestritten wird, es wird auch sehr vieles Produktives und Positives für die Bevölkerung getan. Dort hast du mitgewirkt und einen entscheidenden Anteil geleistet. Dafür danke ich dir und wünsche dir für deinen Ruhestand, den du dir nach so vielen Jahren harter Arbeit verdient hast, alles Gute und natürlich Gesundheit.

Bgm. Dr. Koits: Danke den Fraktionen für ihre Worte an den Herrn Vizebürgermeister a.D. Dr. Wieser. Danke vielmals und alles Gute für ihre Zukunft.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates (Dr. Andreas Rabl)
DI-Verf-007-2013

Nach dem Verzicht von Herrn Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser soll StR. Dr. Andreas Rabl zum Vizebürgermeister und Frau GR. Christa Raggl-Mühlberger zur Stadträtin gewählt werden. Weiters soll Herr Heinrich Taitl als Mitglied des Gemeinderates nachberufen werden. StR. Dr. Andreas Rabl hat mit Wirksamkeit 12.55 Uhr am heutigen Tag auf sein Mandat als Stadtrat verzichtet, damit er als Vizebürgermeister wählbar ist. Da Vizebürgermeister Mitglieder des Gemeinderates sein müssen, ist es nun erforderlich Herrn Dr. Rabl auf das nach Verzicht von Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser frei gewordene Gemeinderatsmandat anzugeloben. Herr StR. Gerhard Kroiß hat auf diese Nachberufung verzichtet. Nach den Bestimmungen der OÖ. Kommunalwahlordnung wurde er bereits in den Gemeinderat nachberufen und hat die Berufung angenommen. Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neuberufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben. Zur Angelobung darf ich Frau Magistratsdirektorin um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

GR. Dr. Andreas Rabl: Ich gelobe.

Wahl eines Vizebürgermeisters (Dr. Andreas Rabl) und einer Stadträtin (Christa Raggl-Mühlberger)
DI-Verf-382-2013

Bgm. Dr. Koits: Für die Nachwahlen in den Stadtsenat hat die FPÖ-Gemeinderatsfraktion Wahlvorschläge eingebracht lautend für den Vizebürgermeister auf Dr. Andreas Rabl und für die Stadträtin auf Christa Raggl-Mühlberger.

Die neuen Mitglieder des Stadtsenates werden durch Fraktionswahl bestimmt. Dies bedeutet, dass nur die FPÖ-Gemeinderatsfraktion stimmberechtigt ist. Wenn kein Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht wird, ist durch Erheben der Hand abzustimmen. Es gibt zwei Wahlvorschläge.

Zur Wahl des neuen Vizebürgermeisters darf ich die FPÖ-Fraktion ersuchen eine Zustimmung mit der Hand zu geben.

Einstimmig angenommen.

Zur Wahl der neuen Stadträtin darf ich wiederum die Mitglieder der FPÖ-Fraktion ersuchen eine Zustimmung mit der Hand zu geben.

Einstimmig angenommen.

Ich stelle daher fest, gewählt wurde zum 2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl und zur Stadträtin Christa Raggl-Mühlberger. Ich gratuliere den neuen Mitgliedern des Stadtsenates und darf sie ersuchen, die entsprechenden Plätze einzunehmen.

Vor Amtsantritt haben der neue Vizebürgermeister und die neue Stadträtin ein Gelöbnis zu leisten. Ich ersuche die Frau Magistratsdirektorin um Verlesung der Gelöbnisformel. Bitte erheben sie sich von ihren Plätzen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Vzbgm. Dr. Andreas Rabl: Ich gelobe.

StR. Christa Raggl-Mühlberger: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Koits: Herzlichen Dank. Ich gratuliere.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf nun die Sitzung unterbrechen, um der neu gewählten Stadträtin die Möglichkeit zu geben, auf ihr Gemeinderatsmandat zu verzichten. Weiters wird während der Unterbrechung eine Sitzung des Stadtsenates durchgeführt, um die Geschäftsordnung neu bzw. die Aufteilung auf die entsprechenden Referate zu beschließen. Ich ersuche die Damen und Herren des Stadtsenates sich zu diesem Zweck in den ersten Stock zu begeben. Dort ist ein Raum für die Abhaltung der Stadtsenatssitzung reserviert. Für die anderen Mitglieder des Gemeinderates gibt es eine kurze Pause.

Unterbrechung der Gemeinderatsitzung von 13.40 Uhr bis 13.50 Uhr.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates (Heinrich Taitl)
DI-Verf-007-2013

Bgm. Dr. Koits: Frau StR. Christa Raggl-Mühlberger hat anlässlich ihrer Wahl zum Mitglied des Stadtsenates auf ihr Mandat im Gemeinderat verzichtet. Nach den Bestimmung der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Heinrich Taitl als listennächstes Ersatzmitglied der FPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Nachberufung angenommen hat. Kollege Dr. Bernhard Wieser, StR. Gerhard Kroiß, Frau Abgeordnete Silke Lackner und Frau Regina Mittendorfer haben auf diese Nachberufung verzichtet. Herr Heinrich Taitl ist daher als Mitglied des Gemeinderates anzugeloben. Ich darf sie ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben und Frau Magistratsdirektorin ersuchen, die Gelöbnisformel vorzulesen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

GR. Heinrich Taitl: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Koits: Danke vielmals, bitte Platz zu nehmen, willkommen Herr Gemeinderat Taitl. Ich darf sie um entsprechende Zusammenarbeit – wie in der Vergangenheit - bitten.

Bei den Angehörigen, die heute zu dieser festlichen Einleitung gekommen sind, bedanke ich mich herzlich und darf sie bitten, ihren Partner in der jeweiligen Form entsprechend zu unterstützen.

Mitteilungen des Bürgermeisters:

Wie in der Vergangenheit sind auch für das Budget 2014 von der KPÖ Erinnerungen eingelangt – diese liegen auf. Ich bitte sie diese Erinnerungen in die Budgetdebatte mit einfließen zu lassen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ... (180. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (141. Änderung).

DI-Verf-402-2013

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt sodann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend langfristige Budgetkonsolidierung.

DI-Verf-403-2013

Bgm. Dr. Koits verweist auf die vorliegende Kopie dieses Dringlichkeitsantrages.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Schulden unserer Stadt wachsen und wachsen. Wenn – so wie ich es annehme - der Haushalt für 2014 beschlossen wird, dann werden sie weiter anwachsen und ein noch nie dagewesenes Niveau erreichen. Diese Entwicklung kann

so nicht weiter gehen. Ein privater Schuldner, der aus seinen Schulden nicht mehr herausfindet, geht normalerweise den Weg zur Schuldnerberatung.

Letztes Jahr wurde mit den Stimmen der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion ein Sparbeschluss zur Budgetkonsolidierung gefasst. Inzwischen sah man, dass dieser Beschluss nicht sehr viel einbrachte. Schon damals kritisierten wir die dilettantische Erstellung und die eigenartigen Sparziele.

Bgm. Dr. Koits: Ich ersuche sie, die die Wortmeldung auf die Dringlichkeit auszurichten!

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN brachten diesen Dringlichkeitsantrag ein, weil wir einen anderen Weg vorschlagen wollen. Nämlich den Weg, den ein Privater auch geht, sich beraten zu lassen. Deshalb schlagen wir vor, bis zur Erstellung des Budgets für 2015 sollen mit Hilfe einer externen Beratung (Experten vom Kommunalen Dienstleistungszentrum) wirkungsvolle Maßnahmen zur langfristigen Budgetkonsolidierung gemeinsam erarbeitet werden. Maßnahmen, die dann von allen gemeinsam getragen werden und die dazu führen sollen, dass dieser Weg der Schuldenpolitik verlassen und ein neuer Weg eingeschlagen wird.

Wenn es ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, ernst ist mit den Sparbetuerungen, dann ersuche ich diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und diesem dann zuzustimmen.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Entfall der beihilfefähigen Vorsteuerbeträge aufgrund von Änderungen im Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (kurz GSBG) bei der Aktion "Essen auf Rädern".
DI-Verf-406-2013

Bgm. Dr. Koits verweist auf die vorliegende Kopie dieses Dringlichkeitsantrages.

GR. Wildfellner: Durch diese Änderungen im GSBG für alle Teilnehmer bei der Aktion „Essen auf Räder“ würde sich eine Mahlzeit um 0,87 Euro erhöhen. Diese Änderung tritt bereits mit 01.01.2014 in Kraft, deshalb diese Dringlichkeit und ich ersuche um Zustimmung.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution zur Rettung der Österreichischen Wirtshauskultur
DI-Verf-407-2013

Bgm. Dr. Koits verweist auf die vorliegende Kopie dieses Dringlichkeitsantrages.

GR. DI. Leitinger: Aus unserer Sicht ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Es wird mit einer gefährdeten Wirtshauskultur durch Rauchverbot argumentiert, aber wie Studien aus dem Bereich der Raumordnung beweisen, besteht die wirkliche Gefahr für die Wirtshäuser in Österreich in den leeren Ortskernen. Laut einer CIMA-Studie für Wels bedeuten Einkaufszentren rund um die Städte oder Gemeinden und die Wohnansiedelungen weit entfernt von den Ortszentren die tatsächlichen Gefahren. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen daher nicht mehr das Wirtshaus als das Zentrum für ihr Abendleben und es geht nicht um das Thema Rauchen oder Rauchverbot.

Vzbgm. Lehner: Die Dringlichkeit dieses Antrages wird begründet mit den laufenden Koalitionsverhandlungen. Diese Koalitionsverhandlungen wurden nun abgeschlossen, daher ist die Dringlichkeit nicht mehr gegeben und der Antrag kann in Ruhe bei der nächsten Gemeinderatssitzung eingebracht bzw. bearbeitet werden.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit mit

12 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und Vzbgm. Wimmer)
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Maßnahmen zur Benutzbarkeit des Turnsaals in der VS 7
DI-Verf-410-2013

Bgm. Dr. Koits verweist auf die vorliegende Kopie dieses Dringlichkeitsantrages.

Dem Antrag (Anlage 5) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits erinnert daran, dass folgende Angelegenheiten einer Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Gemeinderatsmitglieder und die Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden bedürfen:

TOP 8.) Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014; Darlehensaufnahme

TOP 21.) Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Prüfungskompetenz der Kontrollstelle.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-383-2013

Bgm. Dr. Koits: Es liegt ein Wahlvorschlag für Mitglieder- und Ersatzmitglieder der sonstigen Ausschüsse sowie des Kontrollausschusses vor. Die FPÖ-Fraktion gab die entsprechenden Namen bekannt. Die Amtsberichte liegen auf – ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Wahlvorschlag (Anlage 6) wird durch Erheben der Hand in FPÖ-Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

2.)

Wahl einer Vorsitzenden und von stellvertretenden Vorsitzenden von Ausschüssen des Gemeinderates
DI-Verf-384-2013

Bgm. Dr. Koits: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es sich um die Wahl des Vorsitzenden-Stellvertreters des Finanzausschusses und um die Wahl der Vorsitzenden und der Vorsitzenden-Stellvertreter des Frauen- und Gleichbehandlungsausschusses sowie des Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschusses. Die Wahlvorschläge liegen auf.

Auch hier gilt die Fraktionswahl und ich ersuche um deren Durchführung.

Der Wahlvorschläge (Anlagen 7 und 8) werden durch Erheben der Hand in FPÖ-Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

3.)

Oö. Objektivierungsgesetz;
Personalbeirat-Nachbesetzung
DI-PersR-5076-2013

Der Antrag (Anlage 9) lautet:

Herr Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl wird als Mitglied und Herr Gemeinderat Egon Schatzmann als Ersatzmitglied (beide als Dienstgebervertreter) des Personalbeirates bestellt.

Der Bürgermeister verweist auf den versendeten Amtsbericht. Die Abstimmung erfolgt durch den gesamten Gemeinderat.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates mit der die Zuständigkeit für den Abschluss von Darlehensverträgen an den Stadtsenat übertragen wird
DI-Verf-264-2013

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beiliegende Verordnung, mit der die Zuständigkeit für den Abschluss von Darlehensverträgen an den Stadtsenat übertragen wird, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Ich darf für das Protokoll richtigstellen bzw. ergänzen, dass unter Punkt 2. natürlich auch gleichzeitig die stellvertretende Vorsitzende des Frauen- und Gleichbehandlungsausschusses, Frau GR. Margarethe Josseck-Herdts und die Vorsitzende des Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschusses, Frau StR. Christa Raggl-Mühlberger, gewählt wurden. Das wurde im Amtsbericht bzw. in diesem Gegenstand der Tagesordnung auch so festgehalten.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Rabl.

Berichterstatte r Vizebürgermeister Hermann Wimmer

5.)

2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Jahr 2013;
Feststellung
FD-Fin-100-2012

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013:

Der 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013 (Anlage 12) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgenden Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	€	201,191.200,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	€	201,191.200,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	€	30,415.000,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	€	30,415.000,--

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Beim Tagesordnungspunkt 6 geht es um den wohl wichtigsten Beschluss für das Jahr 2014, um die Beschlussfassung des Budgets 2014 samt mittelfristiger Finanzplanung und samt Aufnahme der entsprechenden Darlehen. Ich möchte daher – so wie in den vergangenen Jahren – die Punkte 6., 7. und 8. gemeinsam behandeln bzw. diskutieren, wenngleich darüber natürlich getrennt abgestimmt werden muss.

6.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014;
Feststellung
FD-Fin-100-2013

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013:

Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	€	203,721.500,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	€	203,721.500,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	€	37,360.800,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	€	37,360.800,--

Vzbgm. Wimmer: Vorweg möchte ich sagen, dass meine finanzpolitische Vorgabe, dem Gemeinderat nur einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, mit Einnahmen und Ausgaben von 203,72 Mio. Euro erreicht wurde. Dies ist nicht selbstverständlich, da die Entwicklung der Finanzen sehr stark durch von uns nicht beeinflussbare allgemeine Rahmenbedingungen gekennzeichnet ist. Bei diesen Bedingungen ist nun leider noch immer zu sagen, dass die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht überwunden sind und wir gleichzeitig die sich daraus ergebenden Auflagen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 beachten müssen.

Sehen wir uns dazu gewisse Eckdaten an: Mit der Oktober-Prognose des Wirtschaftswachstums für 2013 und 2014 (WIFO + 0,4 % bzw. 1,7 % des BIP) erfolgte später eine deutliche Reduktion und die Prognose des Bundesministeriums für Finanzen für die Ertragsanteile vom 27. Juni 2013 wurde mit der Prognose vom 21. Oktober 2013 deutlich nach unten revidiert. Da wir diese Daten vom Oktober aber noch in unseren Voranschlag 2014 und in die Mittelfristige Finanzplanung bis 2017 einarbeiten mussten, ergab

dies für 2014 ein Minus von brutto 2,9 Mio. Euro und für die Planperiode der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 ein Minus von brutto rund 12 Mio. Euro.

Weshalb ist dies so dramatisch darzustellen? Weil im Bereich der Finanzdirektion, im Bereich des Finanzreferates natürlich im Sommer die Arbeiten für das Budget nicht nur begannen, sondern die Rahmen weitestgehend abgesteckt waren. Anfang Oktober, als auch die Gespräche mit den Referenten und Fraktionen unmittelbar bevor standen, stellte sich das Budget als ausgeglichen dar. Nach Kassasturz und Budgetloch auf Bundesebene – was mir bis heute unverständlich ist – hat uns das Bundesministerium für Finanzen informiert, dass diese Prognose bis Juni nicht mehr richtig sei und nach unten zu revidieren ist. Für die Stadt Wels bedeutet das eine Mindereinnahme bei den Bundesertragsanteilen von 2,9 Mio. Euro.

Alleine aus diesen zwei Punkten sieht man, wie labil die Situation noch immer ist und wie schwierig dadurch einen ausgeglichenen Haushalt zu planen. Hinweisen möchte ich, dass aufgrund der vorher beschriebenen Probleme zum Ausgleich des Jahres 2014 eine Rücklagenentnahme von 1,25 Mio. Euro notwendig wurde, die wir aus heutiger Sicht durch Einsparungen des Jahres 2013 bei den Personal- und Pensionsausgaben sowie bei den Sachausgaben und beim Schuldendienst erwarten.

Weshalb sage ich das in dieser Ausführlichkeit? Wäre diese zitierte Prognose des Finanzministers vom Juni richtig gewesen, dann hätten wir nicht nur nicht auf Rücklagen zurückgreifen müssen, eben diese 1,25 Mio. Euro für den Ausgleich des Budgets, sondern wir hätten sogar zusätzliche neue Rücklagen bilden können. Trotzdem ist die Rücklagenentnahme von 1,25 Mio. Euro, eine der geringsten in den letzten Jahren. Der sich hier abzeichnende Trend ist aus meiner Sicht als außerordentlich positiv zu sehen.

Bevor ich Herrn Dr. Barth ersuche die Zahlen des Budgets 2014 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 zu präsentieren, möchte ich auf einige mir wesentliche Eckdaten des ordentlichen Haushaltes 2014 eingehen:

Bei den Personalausgaben wurde wie in den vergangenen Jahren sehr knapp budgetiert. Sie steigen im Voranschlag 2014 im Vergleich zum Voranschlag 2013 ohne Abfertigungen um rund 1,0 Mio. Euro auf rund 67,4 Mio. Euro und wurden die Ausgaben für Abfertigungen 2014 mit knapp 1,0 Mio. Euro geplant, sodass sich insgesamt Personalausgaben von 68,38 Mio. Euro ergeben. Dabei wurde für gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen eine Steigerung von 0,5 % angenommen und für die allgemeine Bezugserhöhung wurden 1,25 % präliminiert. Da die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst noch nicht abgeschlossen sind, wissen wir heute nicht exakt inwieweit unser Plan reicht. Jedenfalls wird es aber 2014 für den Herrn Personalreferenten eine große Herausforderung sein, die gesteckten Ziele einzuhalten und das Auslangen zu finden.

Auch bei den Sach- und sonstigen Ausgaben wurde wie schon in den Vorjahren restriktiv budgetiert und waren von den Referaten Einsparungen vorzunehmen. Es wurden im Wesentlichen nur Steigerungen im Sozialbereich oder anderen aufgrund von Beschlüssen vorliegenden Verpflichtungen akzeptiert. So finden sich zum Beispiel im Schulbudget wichtige und begrüßenswerte Steigerungen für die Aufgaben der Nachmittagsbetreuung. Nicht zu vergessen die 2014 bei uns in Wels stattfindenden Sportweltspiele der Medizin, für die einmalig ein Betrag von 0,53 Mio. Euro vorzusehen war. Hier haben

wir aber Einnahmen aus Förderungen vom Bund, dem Land Oberösterreich und von Unternehmungen zu erwarten.

Da mir dieser Bereich wichtig ist, möchte ich nun auf die Subventionen kurz eingehen. Insgesamt sind dafür im Budget 2014 mit 11,37 Mio. Euro um 1,77 Mio. Euro mehr als 2013 geplant. Im Wesentlichen beruhen die Steigerungen auf 0,80 Mio. Euro für 2014 beginnende Maßnahmen im Wohnbaubereich, wie thermische Gebäudesanierung. Weiters wurden 620.000 Euro mehr für Abgangsdeckung bei den privaten Kindergärten und einer Steigerung von 570.000 Euro für das WELIOS vorgesehen.

Da ich nach wie vor nicht vom Standpunkt weg gehe, dass die Städte und Gemeinden eine grundsätzliche Entlastung von den Transferzahlungen bitter notwendig haben, muss ich auch auf diesen Teil des Budgets hinweisen. Durch die Stabilisierung beim Krankenanstaltenbeitrag pendeln sich zwar unsere Zahlungen an das Land OÖ ein und bleiben die Planzahlen 2014 nahezu identisch mit dem Jahr 2013. Gleichzeitig zeigt aber der Blick in die Mittelfristige Finanzplanung, dass in den Jahren 2015 und 2017 wieder mit deutlichen Erhöhungen sowohl beim Krankenanstaltenbeitrag als auch bei den Sozialumlagen zu rechnen sein wird.

Auch die Studie des KDZ zeigt, dass insbesondere die oberösterreichischen Statutarstädte im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten hier besonders belastet sind. Während im Jahr 2010 Graz und Salzburg eine Belastung von 168 Euro bzw. 312 Euro pro Einwohner aufweisen, hat Linz laut Studie eine Belastung von 790 Euro pro Einwohner. Auf in etwa vergleichbarer Basis errechnet sich hier für Wels eine Belastung von 764 Euro pro Einwohner. Angesichts dieser Dramatik sind, wie seit vielen Jahren gefordert, von Seiten des Landes endlich Schritte zur Entlastung der Transferausgaben und der selbst als Sozialhilfeträger direkt zu tragenden Sozialleistungen zu setzen. Bei diesen Punkten möchte ich auf die Landesumlage eingehen – ich kenne keine oberösterreichische Gemeinde, die diese Umlage nicht kritisiert – muss ich mit einiger Verwunderung feststellen, dass es sich der oberösterreichische Landtag hier sehr einfach machte, diese Landesumlage mit Gesetzesbeschluss zu Lasten der Gemeinden zu erhöhen. Dies geschah mit der interessanten Begründung, dass alle oberösterreichischen Gemeinden für die in Linz geplante medizinische Fakultät mitzahlen sollen. Der Landtag legte dieses Mitzahlen der oberösterreichischen Gemeinden mit 3 Mio. Euro fest. Allerdings befristet bis zum Jahre 2045. Das ohne auch nur mit einer Gemeinde irgendein Gespräch geführt zu haben.

Sieht man sich zusammenfassend die labile Entwicklung bei den Bundesertragsanteilen an und berücksichtigt die vorher genannten Bereiche wird ersichtlich, wie schwierig es auch zukünftig bleiben wird, vernünftige Budgets zu planen und entsprechende Impulse im Investbereich setzen zu können.

Um Positives aus dem Budget 2014 zu zeigen, möchte ich die gute Entwicklung bei der Kommunalsteuer erwähnen. Hier erwarten wir für 2013 hochgerechnet rund 33,70 Mio. Euro. Auf dieser Basis wurde eine Erhöhung um 3,5 % geplant, was für 2014 einen Ansatz von 34,87 Mio. Euro ergibt. Mein Dank gilt an dieser Stelle wieder den vielen Welsener Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für dieses Aufkommen sorgen. Die Kommunalsteuer stellt bei den Einnahmenpositionen nach den Bundesertragsanteilen die zweitwichtigste Komponente unseres Budgets dar.

Bevor ich auf die Investitionen eingehe ersuche ich Herrn Dr. Barth die Zahlen des Budgets 2014 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 zu präsentieren.

FinDr. Dr. Barth referiert mittels Beamer anhand beiliegender (Anlage 15).

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Finanzdirektor!

Bevor ich aber konkret werde möchte ich betonen, dass mir eine rege, wirkungsvolle Investitionstätigkeit auch in nach wie vor schwierigen finanziellen Zeiten sehr wichtig ist, um positive konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Akzente zu setzen, die Stadt voran zu bringen und die Infrastruktur zu erhalten.

Ich hoffe daher sehr, dass die Kommunen anstatt ständiger Belastungen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume bekommen um regional entsprechende Akzente setzen zu können. Dafür müssen sich die Städte und Gemeinden im Rahmen des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes weiterhin vehement einsetzen, damit vom Bund und den Ländern glaubwürdige und mutige Reformschritte gesetzt werden. Ich bin auch nach wie vor der Meinung, dass der Druck auf die Städte und Gemeinden durch den Stabilitätspakt 2012 wirtschaftliche Probleme auslösen kann und so nicht auszuhalten sein wird.

Nun zu den Zahlen des außerordentlichen Haushaltes 2014: Im Jahr 2014 ergibt sich ein noch nie da gewesenes Volumen in Höhe von 37,36 Mio. Euro, wovon nach Abzug von Finanztransaktionen (Rücklagenzuführungen, Weiterleitung von Förderungen) in Höhe von insgesamt 4,09 Mio. Euro Investitionsausgaben in Höhe von 33,27 Mio. Euro übrig bleiben. Dafür sind neben anderen Bedeckungen (Förderungen inkl. Bedarfszuweisungen des Landes, Rücklagenentnahmen, Ausschüttung Messe Wels, Verkaufserlöse...) Darlehensaufnahmen in Höhe von 22,55 Mio. Euro präliminiert. Davon wurden bereits 11,04 Mio. Euro durch Gemeinderatsbeschlüsse genehmigt, sodass heute noch ein Darlehensbeschluss von € 11,51 Mio. zu fassen ist. Nicht inkludiert im Betrag von 33,27 Mio. Euro sind im Jahr 2014 geplante Investitionsausgaben der Immo KG im Wesentlichen für das Projekt Schulen Stadtmitte im Gesamtausmaß von 1,01 Mio. Euro.

Ich möchte aber auch klar zum Ausdruck bringen, dass sich durch die Investitionen, die wir tätigen, zwangsläufig der Schuldendienst, die Gesellschafterzuschüsse an die Immo KG, der Schuldenstand und die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhen. So wird die Pro-Kopf Verschuldung der Stadt Wels hochgerechnet von 2013 996 Euro auf 2014 1.312 Euro steigen.

Die Mittelfristige Finanzplanung zeigt uns, dass sich nach wie vor deutlich eine negative Entwicklung des Fehlbedarfes im ordentlichen Haushalt planerisch ergeben kann. Das Maastricht-Ergebnis der Stadt wurde ebenfalls dargestellt. Mein Verständnis für diese europäische Regelung hält sich außerordentlich in Grenzen. Ich erwähne das schon einige Jahre immer wieder, wenn aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Union entsprechende Darstellungen notwendig sind und Vorgaben basierend auf dem sogenannten ESG (Europäische System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung) gemacht werden. Dieses Produkt empfehle ich ihnen zur Lektüre. Ich musste es ca. fünf Mal lesen, bevor ich überhaupt wusste worum es geht. Soweit zur Verständlichkeit von EU-Vorschriften. Das Kuriose dabei ist, dass z.B. der Neubau von Schulen Maastricht schädlich ist. Nach diesen Kriterien dürften wir das eigentlich nicht machen, die Sanierung der Stadthalle ist aber nicht Maastricht schädlich. Und das muss man den Bürger-

rinnen und Bürgern erst erklären, worauf dies zurückzuführen ist. Ich glaube – in diesem Punkt muss ich dem Kollegen Mag. Teubl und allen anderen, die das auch so sehen, Recht geben -, dass man im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung darüber nachdenken muss, welche Maßnahmen im Rahmen einer laufenden Gebärung zu setzen sind und andererseits zur Erreichung der Ziele des Stabilitätspaktes erforderlich sind. Das ist eine natürlich primär an uns selbst gerichtete Herausforderung, denn alle auf das Budget auswirkenden Beschlüsse müssen hier im Gemeinderat, im Stadtsenat, bei den zuständigen Organen beschlossen werden.

Ich nahm mir eine Anleihe beim Herrn Landeshauptmann - als Landesfinanzreferent -, dass auch das Thema Haushaltssperren kein Tabuthema in Wels ist. Der Landeshauptmann beginnt mit 01.01.2014 sofort mit einer 20 %-igen Haushaltssperre. Das ist bei uns nicht der Fall, aber es kann durchaus sein im Rahmen des Budgetvollzuges, wenn die Ziffern und Erwartungen sich nicht so einstellen wie heute dargestellt und erwartet werden, auch in Wels mit Ausgabenstopps bzw. Kürzungen zu rechnen ist.

Noch einmal muss ich aber auch klar zum Ausdruck bringen, dass es hoch an der Zeit ist, dass die zu einem wesentlichen Teil die Stadtfinanzen bestimmenden externen Faktoren, wie zum Beispiel die Verteilung der Bundesertragsanteile oder die Landestransfers, anzupassen sind. Ich ersuche sie bei diesem Budget die Ziffern 2014 zu beachten und nicht die Hochrechnungen bis 2017/2018. Ich bewundere jene Experten auf Ebene der Bundesregierung und auch der Oppositionsparteien, die heute schon sagen können, wie sich die Einnahmen bis 2017 oder 2018 entwickeln. Bei den Prognoseentwicklungen in der Vergangenheit mussten wir feststellen und zur Kenntnis nehmen, dass kaum eine Prognose – sei sie auch von einem fundierten Wirtschaftsforscher erstellt – auch in der Realität tatsächlich eintritt. D.h. entscheidend ist das nächste Jahr.

Deshalb sage ich nun, dass es sich bei diesem Budget – ich spreche hier vom ordentlichen Haushalt - um eines der besten der letzten Jahre handelt. Seit der Wirtschaftskrise handelt es sich überhaupt um das günstigste für die Stadt Wels. Wir haben nicht nur ein positives, administratives Ergebnis, sondern wir haben auch wieder eine freie Finanzspitze, was wir seit vielen Jahren nicht hatten. Das ist vielen Faktoren zu verdanken, aber insbesondere den erfolgten Sparmaßnahmen im Hause Magistrat. Auf der anderen Seite verdanken wir das den zusätzlichen Einnahmen durch die Kommunalsteuer, ohne die wir nicht dieses günstige Ergebnis hätten.

Ich möchte noch einmal auf die Verschuldung zu sprechen kommen. Die Höhe der Verschuldung bereitet mir keinerlei Sorgen. Entscheidend ist, ob sich die Stadt Wels im ordentlichen Haushalt die Finanzierungskosten leisten kann? Können wir entsprechende Tilgungen tätigen und können wir entsprechende Zinsleistungen bezahlen? Das ist der entscheidende Faktor. Wir können das und die Höhe der Verschuldung und die Höhe der Darlehensaufnahme liegt nicht im Ermessensbereich des Finanzreferenten oder des Bürgermeistermeisters oder eines anderen Mitgliedes des Stadtsenates. Das liegt ausschließlich in der Kompetenz des Gemeinderates mit 2/3-Mehrheit.

Ich bekenne mich zu diesen hier heute vorliegenden Vorschlägen, weil sie einem sehr fundierten Diskussionsprozess zugrunde liegen. Ein Diskussionsprozess, der mit der Einholung der Vorschläge aus den Abteilungen und Referaten zur Budgeterstellung begann und mit Finanzgesprächen auf Beamtenbene und den gesetzlich vorgeschriebenen Referatengesprächen, sowie Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden fortgesetzt wurde. All diese Gespräche wurden mit konstruktivem Klima geführt. Es ist mir

keine Position in Erinnerung, die berechtigter Weise von einer Fraktion gefordert wurde, die nicht in diesem Haushaltsvoranschlag aufgenommen wurde. Wir nahmen auch noch nicht vorgesehene Vorschläge der GRÜNE-Fraktion im Bereich der Radwege, im Bereich der Neupflanzung von Bäumen in unserer Stadt in dieses Budget auf. All dies führte dazu, dass dieser Voranschlag im großen Konsens erarbeitet werden konnte. Daraus ergibt sich im Bereich der Investitionen die notwendige Darlehensaufnahme, soweit sie nicht für bekannte Projekte bereits erfolgte. Es geht hier um diese 11 Mio. Euro, die wir heute zusätzlich beschließen sollen, um jene Investitionen realisieren zu können, die ihnen hier vom Herrn Finanzdirektor präsentiert wurden. Dabei handelt es sich vom Bau eines Alten- und Pflegeheimes bis zur Anschaffung von neuen Fahrzeugen, die nicht dem Selbstzweck dienen, sondern die letztlich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt getätigt werden.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Stadtsenates, den Fraktionen, dem Herrn Finanzdirektor und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier sehr gute Arbeit leisteten, bedanken.

Ich ersuche sie um Diskussion und Zustimmung zum Budget, zur Mittelfristigen Finanzplanung und zur Darlehensaufnahme.

Bgm. Dr. Koits: Danke dem Referenten für die ausführliche Darlegung der Budgetsituation 2014. Wir steigen jetzt gleich in die Fraktionserklärungen ein, wobei wir dabei mit der Fraktion der GRÜNEN beginnen, um ein gewisses System einzuhalten.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die GRÜNEN kritisieren seit Jahren die von der Stadt Wels praktizierte Budgetpolitik, die im Wesentlichen eine Schuldenpolitik ist. Jahr für Jahr erzählt uns der Finanzreferent Hermann Wimmer, das Budget sei ausgeglichen. Und jeder der lesen kann, kann feststellen, diese Behauptung ist nicht mehr als ein Marketinggag. Vergleichbar ungefähr mit dem seinerzeitigen Null-Defizit des schönsten Finanzministers aller Zeiten. Beides hat mit der Realität nicht sehr viel zu tun. Hermann Wimmer sagte es ja selbst, dass schon im ordentlichen Haushalt - also bei den laufenden Geschäften - dieser Ausgleich erst dadurch gelang, dass man erneut Rücklagen auflöste, d.h. das Ersparte wurde angeknabbert.

Von der Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes – den Investitionsvorhaben der Stadt – ganz zu schweigen, denn dieser ist sowieso nur auf Pump möglich. So werden immer neue Schulden angehäuft. Schulden über Schulden, als gäbe es kein morgen. Allein im heurigen Jahr 2013 erhöht sich der Schuldenstand der Stadt Wels, nach dem zweiten Nachtragsvoranschlag um 17,5 Mio. Euro. Mir dem vorgelegten Budget für 2014 kommen noch einmal 19 Mio. Euro dazu. Albert Einstein sagte: "Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten." Nichts anderes aber machen wir mit den Stadtfinanzen Jahr für Jahr. Im Jahr 2013 erhöhte sich der Schuldenstand der Stadt von 53 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro. In diesem Haushaltsvoranschlag für 2014 wird sich der Schuldenstand bis Ende des kommenden Jahres auf 78 Mio. Euro erhöhen. Bedenkt man, dass Wels 2002 schuldenfrei war, kann man dies nicht als Meisterleistung der Finanzpolitik bezeichnen. Diese 78 Mio. Euro sind erst die halbe Wahrheit. Es geht nicht nur um die Schulden der Stadt. Es gibt weitere Verbindlichkeiten der Stadt. Der Herr Finanzdirektor nannte auch einen Teil davon wie die 20 Mio. Euro Schulden der Immo KG. Darüber hinaus gibt es weitere Haftungen der Stadt für die Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, in der Höhe von zumindest 54 Mio. Euro. Dabei handelt es sich um die letzte verfügbare Zahl im Rech-

nungsabschluss 2012 – aktuellere Zahlen sind ja leider nicht erhältlich. Damit kommen wir zu der Gesamtverbindlichkeit der Stadt Wels auf zumindest 153 Mio. Euro. Und das bei einem Budgetvolumen von 241 Mio. Euro.

Doch nicht nur das ungebrochene Schuldenmachen stört uns an diesem Budget. Es stört uns auch, dass die Rücklagen der Stadt immer weiter schrumpfen. Ganze 7 Mio. Euro hat die Stadt Wels noch auf der hohen Kante und das sind zum Großteil zweckgebundene Gelder. Bald wird es heißen: „Rien ne va plus - Nichts geht mehr.“ Aber hatten wir das nicht schon einmal? Ja tatsächlich, 2002 war Wels in einer ganz ähnlichen Situation. Was war die Lösung? Man verkaufte einen 49 %-Anteil am städtischen Stromversorger und stopfte so das Budgetloch. Ich frage mich daher, was als nächste dran sein wird. Was wir morgen verscherbeln werden müssen, um die davongaloppierenden Schulden wieder in den Griff zu bekommen. Das ist aber nicht die Philosophie der GRÜNEN! Mit uns werden sie nicht rechnen können wenn es darum geht, das Familiensilber zu verkaufen, um die Schulden zu tilgen. Und so müsste doch von Jahr zu Jahr immer deutlicher werden, es muss etwas geschehen. Es muss gegengesteuert werden, um den stetig auseinanderklappenden Verhältnissen und ständig steigenden Ausgaben und stagnierenden Einnahmen etwas entgegenzusetzen. Doch auch der Ausblick auf die nächsten fünf Jahre, wie er in der Mittelfristigen Finanzplanung gemacht wird, gibt auf wenig Hoffnung Anlass. Wenn ich aus der Broschüre zitieren darf: In den Planjahren ergibt sich durch den ansteigenden negativen Schuldendienst und der Investitionstätigkeit eine negative freie Finanzspitze in einer Bandbreite von -4,2 bis -7,3 Mio. Euro.

Wenn also der Finanzreferent sich zu Recht darüber freute, dass es heuer zumindest eine positive freie Finanzspitze gibt, lässt dieser Ausblick erkennen, dass das nicht von Dauer sein wird. An anderer Stelle heißt es: Eine Million zusätzlicher Schulden bedeuten jährlich 80.000 bis 90.000 Euro Schuldendienst. 80.000 bis 90.000 Euro, die nur die Bank bekommt und von dem Wels als Stadt nichts hat. Und so wird der Schuldendienst sich auch wirklich besorgniserregend entwickeln. Der Herr Finanzdirektor sagte, für 2014 wird sich der Schuldendienst für heuer von 3,6 Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro erhöhen und bis 2017 wird er sich auf 8,8 Mio. Euro verdoppeln. Wie sollen wir da noch damit zurechtkommen? Die Pro-Kopf-Verschuldung wird von 2013 von rund 1.400 Euro bis 2017 bereits auf 2.000 Euro steigen. Das sind alles nur die Zahlen für die Schulden der Stadt ohne die Schulden der IMMO KG und ohne die sonstigen Verbindlichkeiten.

Meine Damen und Herren, der Finanzreferent kritisierte die Prognosen. Mag sein, dass die Prognosen nicht immer stimmen. Es kann aber auch sein, dass diese Prognosen in der anderen Richtung nicht immer stimmen, dass das Ergebnis noch schlechter sein wird als prognostiziert. Wenn wir wollen, dass wir unseren Kindern einen nie wieder abzutragenden Schuldenberg hinterlassen, dann können wir so weitermachen. Wenn wir das nicht wollen, dann ist es höchste Zeit endlich ein Konsolidierungskonzept vorzulegen. Ein solches vermischen wir seit Jahren. Wir brauchen ein Konzept, welches tatsächlich zur Verringerung der Schulden führt, ungeachtet aller Rahmenbedingungen.

Wir GRÜNEN brachten deshalb diesen am Beginn der Sitzung schon erwähnten Dringlichkeitsantrag ein, über den am Ende der Tagesordnung abgestimmt wird. Ich hoffe dieser Antrag findet allgemeine Zustimmung, denn ich glaube es ist höchste Zeit, dass das Schuldenmachen wenigstens 2014 ein Ende nimmt. Das Budget 2013 aber geht unserer Meinung nach in die falsche Richtung. Dieses Budget wird unserer Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber in keinsten Weise gerecht. Und dieses Budget setzt obendrein falsche Prioritäten, gibt Autobahnabfahrten und Baseballstadien

den Vorzug vor Investitionen in die Erhöhung der Lebensqualität. Deshalb werden die GRÜNEN dem vorliegenden Haushalt keine Zustimmung erteilen.

Vzbgm. Wimmer ersucht um Wortmeldung zu einer Berichtigung.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem hier Zahlen einfach in den Raum gestellt werden, möchte ich diese gerne berichtigen. Herr GR. Mag. Teubl spricht von Schulden in der Höhe von 153 Mio. Euro. Die Stadt Wels hat mit heutigem Tag 49,9 Mio. Euro Schulden. Das ist nachvollziehbar, nachprüfbar und entspricht der Wahrheit und den Tatsachen. Dem Kollegen Mag. Teubl fällt es schwer zwischen genehmigten, geplanten Schulden und tatsächlichen Schulden zu unterscheiden.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte gleich bei Herrn Mag. Teubl anschließen, der über falsch angesetzte Prioritäten spricht und möchte das Thema etwas umkehren. Wenn wir in einen Autobahnanschluss in Wels-Wimpassing investieren, ergibt das die Basis dafür, dass eine der wesentlichsten Einnahmequellen, die Kommunalsteuer, auch in den nächsten Jahren wieder in Wels floriert.

Wenn ich mir die Signale am Arbeitsmarkt ansehe, bin ich derzeit voll in Sorge wegen der steigenden Arbeitslosenzahlen. Auch im Bereich der Industrialisierung gibt es starke Bestrebungen zur Abwanderung der Industrie aus Österreich. Wenn wir hier in Wels ein Zeichen setzen können, dass uns Betriebe wichtig sind, dass wir Investitionen setzen um Betriebe ansiedeln zu können, dann ist das ein richtiges Signal für den Standort Wels. Ein Standort, der im Herzen Österreichs liegt, wo gut qualifizierte Mitarbeiter in den vielen Schulen ausgebildet werden. Mit den richtigen Prioritäten können wir für die Zukunft etwas sehr Gutes tun.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei den Welser Betrieben bedanken, denn es ist die Kommunalsteuer, die nächstes Jahr in geplanter Weise wieder um 3,6 % auf mittlerweile fast 35 Mio. Euro anwächst, nach den Bundesertragsanteilen, die dadurch entstehen, dass Betriebe in Österreich produzieren und Mitarbeiter beschäftigen. Die Gewinn erzielenden Betriebe sorgen dafür, dass Bundesertragsanteile auch in das Budget unserer Stadt fließen und wir dadurch noch über Spielräume beim Budget verfügen. Dadurch kümmern wir uns um die Lebensqualität unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen. Das alles gelingt mit den Erträgen der Unternehmer und mit dem Fleiß der MitarbeiterInnen in den zahlreichen Betrieben.

Einem weiteren positiven Aspekt dieses Budgets stellen die Investitionen dar. Investitionen gerade in wirtschaftlich nicht so ganz rosigen Zeiten sind wichtig. Zukunftsinvestitionen stellen die Basis für die Entwicklung unserer Stadt dar. Die Schule Stadt-Mitte ist so eine Investition - eine Investition in die Bildung. Der Autobahnanschluss ist eine Investition in die Zukunft, genauso wie die bereits beschlossene Messehalle, denn die Messe Wels entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem Vorzeigebetrieb durch die getätigten Investitionen und nicht durch eine Bespielung des Messegeländes wie in den letzten 150 Jahren. Hier wurden klare strategische Entscheidungen für eine positive Entwicklung getätigt.

Beim Sport möchte ich das Tenniszentrum Rosenau erwähnen. Sport ist für die Jugend ein wichtiger Ausgleich, eine wichtige Beschäftigung. Sport ist aber auch für alle anderen Altersgruppen sehr wesentlich zur Erhaltung der Gesundheit, für die Teamfähigkeit, für Freundschaften etc. Auch hier kommt der Stadt die Aufgabe zur Investition zu. Das

geschieht natürlich in verschiedensten Bereichen. Bei manchen Investitionen kann man darüber streiten, ob es genug Vereinsmitglieder, genug aktive Sportler gibt, die eine Investition rechtfertigen. Auch wir haben mit der einen oder anderen Investition so unsere Probleme und äußerten das auch so. Die Beträge beispielsweise bei der Baukostenexplosion des WSC Hertha und für die Übersiedelung des Baseballfeldes sind uns viel zu hoch. Das bezeichne ich schon fast als Schuldbürgerstreich. Aber Sport als Investition ist wichtig für unsere Stadt – dazu bekennen wir uns als ÖVP-Fraktion auch in Zukunft.

Zu den Punkten aus meinem Referat möchte ich die Welser Weihnachtswelt anführen, über die ja gestern ein Artikel in der Krone-Bunt zu lesen war. Darin war zu sehen, dass Investitionen in das Wels-Marketing wichtig sind und wir auch nächstes Jahr wieder ein ordentliches Budget zur Verfügung stellen. Dies ist für das Image der Stadt, für die Standortentwicklung und für viele Events und den Tourismus wichtig. Partizipation - ein wichtiges Thema auch für die GRÜNEN – Agenda 21 wird auch nächstes Jahr auch wieder mit 130.000 Euro dotiert. Auch da kann man nicht von Setzung falscher Prioritäten der Stadt reden, sondern dabei handelt es sich um einen sehr wichtigen Punkt, um Bürgerinnen und Bürger noch aktiver, noch intensiver in das Geschehen miteinzubeziehen, Meinungen einzuholen und Aktivitäten rein im Interesse der Bevölkerung zu treffen.

Ein weiterer innovativer, heute auf der Tagesordnung stehender Punkt des Budgets betrifft das Thema Altstadtanierung, bei der eine neue Förderung zu beschließen ist. Genauso findet sich im Budget ein Innenstadtfond, bei dem das Herz unserer Stadt auf Vordermann gebracht werden soll, d.h. die Fußgängerzone zu revitalisieren und zu erneuern. Bei diesen Themen gibt es nur den Investitionsstau aus der Vergangenheit zu bekritteln. Aber jetzt ist es wichtig hier ordentlich zu investieren und für die Zukunft in unserer Stadt die richtigen Maßnahmen zu setzen. Dieses Lob erschien mir wichtig, weil hier sehr viel Positives geschaffen wurde. Meinen Dank möchte ich noch an die Abteilungen, Herrn FinDir. Dr. Barth und seinem Team aussprechen.

Zu den kritischen Dingen zählt die Pro-Kopf-Verschuldung. Meine Sorge gilt primär dem ordentlichen Haushalt, in dem sich kein Spielraum mehr für die Zukunft befindet. Das ist speziell für einen politisch aktiven Menschen besorgniserregend. Wenn man sich den eigenen Spielraum für die Zukunft de facto auf null herunterdreht, dann stellt das nicht das dar was man tun möchte. Hier braucht es massive Reformen, um im ordentlichen Haushalt zukünftig wieder ausgeglichen bilanzieren zu können. Das gelingt jetzt noch mit der Entnahme von Rücklagen, aber man muss hier schauen, dass es wirklich einen Zukunftstrend gibt in Richtung Abkehr vom Verwalten der Stadt zu einer großen Zukunftsorientierung. Natürlich bereitet mir die Pro-Kopf-Verschuldung Sorgen, denn wenn man von einer Schuldenbelastung und von einer Schuldentilgung spricht, dann ist die Rückzahlung der Kredite wichtig, wovon ein Teil die Zinskomponente ist. Wir alle wissen nicht, wie es mit den Zinsen weitergeht. Derzeit verfügen wir über ein Niedrigzinsniveau, welches für große Investitionen sehr erfreulich ist. Wie sich das aber in den nächsten Jahren, Jahrzehnten entwickelt – wir reden von über lange Jahre laufende Kreditaufnahmen – bringt da und dort Sorge mit sich. Das heißt, die Stadt hat einerseits Wirtschaftsimpulse zu setzen aber auch seine Sanierungsaufgaben zu erfüllen.

Ich danke der GRÜNEN-Fraktion für ihren Antrag betreffend langfristige Budgetkonsolidierung, den die ÖVP-Fraktion auch unterstützen wird. Es ist wichtig die Konsolidierung und den Konsolidierungspfad der Stadt Wels zukünftig festzulegen und nicht wie bisher weiterzutun. Beim Welser Finanzbudget, welches Finanzreferent Wimmer prägt, fällt

auf: Es ist ein Budget à la Dienstautos. Damit meine ich auch ganz konkret das Dienstauto unseres Finanzreferenten Hermann Wimmer, das sinnbildhaft ist für unser Budget. Das Budget ist gediegen und schwer, wie auch der mittlerweile über zehn Jahre alte Mercedes, wodurch die Nutzung schon sehr kompliziert und nicht mehr ganz zeitgemäß ist.

Wenn Bürgerinnen und Bürger sich mit dem Budget auseinandersetzen bin ich nicht überzeugt, dass hier klare Kennzahlen, klare Strukturen und Leitlinien – wie sie in einem modernen Auto gang und gäbe sind – vorfinden. Es wäre möglich parallel zur Kammernalistik ein doppeltes Budget zu führen und damit ein bisschen mehr Transparenz hineinzubringen. Jeder hier im Gemeinderat, jede Bürgerin und jeder Bürger sollte besser über die Situation in unserer Stadt informiert sein. Das wünsche ich mir für die Zukunft. Ich wünsche mir einen Zukunftskurs in unserer Budgetpolitik und nicht eine Mutlosigkeit und nicht ein Weiterbetreiben alteingefahrener Dinge – auch wenn es sich um einen Mercedes handelt. Beim Budget gehören Dinge effizienter gestaltet, mit neuen Wegen und Zugängen. Hier braucht es einfach massive Veränderungen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Auch die Freiheitliche Fraktion wird sich zu diesem Budget kurz äußern und am Anfang wie immer Dank sagen. Dank zuerst an alle Welser Bürgerinnen und Bürger. Warum dieser Dank an unsere Bürger? Alle Arbeitnehmer und Unternehmer haben immerhin 202 Mio. Euro in das Budget hineinbezahlt. Sie bezahlen nicht nur die Aufwendungen sondern auch, dass wir hier sind, die Heizung, das Licht etc – im Durchschnitt 3.480 Euro pro Kopf, was 6 % mehr gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das heißt, wir langen weit über der Inflation kräftig zu.

Der zweite Dank gilt der zukünftigen Generation. Sie wird die Schulden dieser Stadt bezahlen müssen. Schulden von derzeit konsolidierten 110 Mio. Euro. Diese Schulden werden in Form von Steuern bezahlt, denn Defizite von heute sind Steuern von morgen. Bedanken möchte ich mich natürlich bei allen Beamten, vor allem bei Herrn Dr. Barth, der mit sehr viele Mühe und Engagement versuchte hier ordnungsgemäß das Budget zu erstellen und dabei das Gender Budgeting voll durchsetzte. Er nahm in seiner Budgetbroschüre immerhin ganz genau auf, dass künftig die Amtstitel gegendert werden müssen und sollen. Das finde ich sehr positiv. Danke, lieber Hermann, dass das Gender-Budgeting so gut funktioniert in dieser Stadt!

Die prinzipielle Frage zur Beurteilung des Budgets lautet: Woran soll sich die Politik richten bei der Frage, ob ein Budgetbeschluss richtig oder falsch ist? Wann spricht man von einem guten Budget und wann von einem schlechten? Jeder weiß, die Stadt Wels ist im Allgemeinen sparsam, im Besonderen aber großzügig. Das Besondere ist bekanntlich immer die eigene Angelegenheit. Jeder verlangt, dass alle den Gürtel enger schnallen, aber jeder will den Gürtel immer nur beim anderen enger schnallen. Bei wem schnallen wir ihn nun wirklich enger? In solch einer Situation bedarf es kühlen Mut. Man blickt dorthin, wo der kühle Rechner oft hinblickt – ins Gesetz. Im Gesetz steht ein klarer Auftrag an die Verwaltung. Das Budget ist sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig zu verwenden und das gilt natürlich auch für die Politik.

Tun wir das? Für die Antwort lohnt es sich einen Blick in die Zahlen zu werfen. Die Ausgaben liegen bei der Rekordsumme von 241 Mio. Euro. Das ist gut für die Welser Wirtschaft - aber nur zum Teil. Nämlich für jenen Teil der Welser Wirtschaft, wo Investitionen getätigt werden. Nicht gut für die Welser Wirtschaft, wenn dann nur Bereiche gefördert oder bezahlt werden, die mit Produktivität wenig zu tun haben. Erfreulich in diesem

Zusammenhang sind die relativ stabil gehaltenen Personalkosten. Dafür spreche ich Herrn Bürgermeister meinen Dank aus, der den Gürtel tatsächlich in seinem eigenen Bereich enger schnallte und mit gutem Beispiel voranging.

Bei den Einnahmen in der Höhe von 202 Mio. Euro ergibt sich ein Plus von insgesamt 4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Stellen wir das der Inflation von 1,9 % gegenüber, so sieht man an diesem kleinen Beispiel, wie die kalte Progression den Bürger in die Tasche greift. 1,9 % Inflation, 4,6 % Plus bedeutet, dass 2,7 % der Bürger über die Inflation hinaus bezahlen muss. Das betrifft vor allen jene stark, die keinen Inflationsausgleich – wie Pensionisten, Sozialgeldbezieher etc. bekommen. Bei diesen Personen steigen die Steuern stetig und das Einkommen bei weitem nicht im gleichen Ausmaß. Sie spüren die Wirtschaftslage besonders.

Vergleicht man nun die Einnahmen und Ausgaben insgesamt so sieht man ganz leicht, dass zumindest ein Teil dieses Budgets durch Schulden abgedeckt werden muss. Schulden in der Höhe von 22 Mio. Euro. Überhaupt hat Wels dieses Jahr eine Rekordneuverschuldung und auch eine Rekordverschuldung. Die Stadt Wels hat Schulden in Höhe von 77 Mio. Euro (prognostiziert für 2014), wobei der Pro-Kopf-Wert 1.312 Euro beträgt. Besonders interessant ist aber, wie stark die Verschuldung seit 2008 anstieg – um 745 Prozent. Würde man diesen Prozentsatz bei Aktien im gleichen Zeitraum gewinnen, wäre es ein tolles Investment. Würde man das Gleiche verlieren, wäre man schon längst pleite. Nicht so die Stadt Wels, denn wir haben noch einiges an Tafel- und Familiensilber übrig.

Konsolidiert betragen diese Schulden 100 Mio. Euro, wobei ein Teil (10 Mio. Euro) noch in der ausgliederten WBA versteckt ist, die in der konsolidierten Fassung nicht aufscheinen. Insgesamt, Herr Mag. Teubl, liegen die Schulden bei 110 Mio. Euro. Das ist aus meiner Sicht der korrekte Wert. Zu dir lieber Hermann Wimmer, man reduziert Schulden nicht dadurch, indem man sie versteckt, sondern indem man sie zurückbezahlt. Sie bleiben, auch wenn sie woanders liegen, prinzipiell einmal bestehen.

Wie meinem Vorredner bereitet mir der Schuldendienst Sorgen. Wir haben 2010 noch 0,8 Mio. Euro Schuldendienst zurückbezahlt und 2014 werden es 4,4 Mio. Euro - d.h. mehr als fünf Mal so viel - und 2017 werden es schon 8,8 Mio. Euro sein. Das natürlich vorausgesetzt bei immer gleich bleibenden niedrigen Zinsen. Es ist keineswegs gesagt, dass die Zinsenlandschaft genauso günstig für die Stadt Wels bleibt. Was passiert wenn die Zinsen auf einen üblichen Zinssatz von 4 bis 5 Prozent steigen? Ich komme da anstelle eines Schuldendienstes von 0,6 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro. Was bedeutet dieser erhöhte Zinsendienst? Ich spreche in diesem Zusammenhang nur von den Zinsen. 3 Mio. Euro bedeuten, wir haben kein Geld mehr für Ermessenssubventionen. Das heißt, es gibt keine Vereinsförderungen mehr, keine Kulturförderungen mehr, keine Sportförderungen mehr, keine Heizkostenförderungen mehr, weil wir uns das alles nicht mehr leisten können. Oder wir machen um diesen Betrag mehr Schulden, aber Schulden von heute sind Steuern von morgen und das müssen zukünftige Generationen natürlich zurückbezahlen.

Die Schlussfolgerung daraus kann nur sein: Wir müssen Sparen! Die größte Einnahmequelle der Stadt wurde nicht ansatzweise gehoben, es handelt sich hier um die Einnahmequelle der Sparsamkeit. Das Sparpotenzial ist ausreichend vorhanden, nur wird es leider nicht genutzt. Es gab im vorigen Jahr diesen Budgetbegleitbeschluss mit zahlreichen Punkten. Soweit ich den Medien entnehmen konnte, hielt jeder Referent seine

Punkte korrekt ein. Alle trugen etwas dazu bei, nur der Einspareffekt war nicht jener, den wir erwarteten. Wir werfen das Geld jetzt nicht mehr mit zwei Händen sondern nur mehr mit einer Hand aus dem Fenster. Es muss möglich sein diese Sparpotenziale insgesamt zu heben. Wenn wir das nicht tun ist jeglicher politische Gestaltungsraum in den nächsten Jahren einfach weg.

Gehen wir nach dieser kurzen Zahlenanalyse also zurück inwieweit die Stadt Wels tatsächlich die Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verwirklicht. Bei den erwähnten Einsparungen möchte ich nochmals den Personalbereich erwähnen, der von mir seit 15 Jahren heftig kritisiert wird. Hier gelang es tatsächlich, das Ganze sehr moderat einzuschleifen. In anderen Bereichen ist das leider immer noch nicht so und deshalb werde ich hier meinen Finger auf eine bisschen offene Wunde legen.

Die Jugendzentren, liebe Silvia, sind mir nach wie vor ein Thema. Es ist für mich nicht ersichtlich, warum es hier trotz Einsparung zu einer Kostensteigerung von mehr als 10 Prozent kam. Ich glaube man sollte darüber nachdenken, ob es nicht zu einer Zusammenlegung der fünf Jugendzentren auf ein Jugendzentrum geben sollte, wie das beispielsweise in Villach schon der Fall ist.

Die Struktur- und Aufgabenreform wurde nicht so umgesetzt, wie wir das erwarteten. Von einer Reduzierung der Abteilungen von zwölf auf sieben – das stand in jedem Reformprogramm des Magistrates – sind wir ganz weit entfernt. Die Bezirksverwaltungsbehörden Wels-Land und Wels-Stadt, ca. 500 Meter Luftlinie voneinander entfernt, sind immer noch nicht vereint; es fanden diesbezüglich noch immer keine Gespräche statt. Auch beim Gemeinderat wurden die Mitglieder nicht von 36 auf 31 reduziert.

Dinge, die schon lange hätten passieren können; Gespräche die schon lange hätten aufgenommen werden können. Es ist für mich auch nicht ersichtlich, warum wir in Wels zwei Bauhöfe haben - einen von der Stadt Wels und einen von der Heimstätte. Auf die Facilitymanagement-Gesellschaft warte ich noch immer.

Ich denke, es gibt eine Möglichkeit dem Bürger das Sparen ein bisschen zu veranschaulichen. Die Mittel der direkten Demokratie in diesem Zusammenhang sind beispielgebend. Wie das auch in anderen deutschen Städten der Fall ist, lässt man die Bürger über mögliche Einsparpotenziale im Internet abstimmen und jeder Bürger kann sich entscheiden in welchen Bereichen, wie Kultur, Sport, Jugend etc., er am liebsten sparen möchte. Irgendwo müssen wir beginnen, denn dauerhaft sind Neuverschuldungen in Höhe von 22 Mio. Euro nicht leistbar.

Investitionen sind wichtig für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Wels. Mein Referat betreffend möchte ich nur wenige Investitionen herausgreifen. Die wichtigste Investition betraf den Beschluss über leistbares Wohnen. Eine Initiative der Freiheitlichen Fraktion weil wir erkannten, dass immer mehr Menschen sich den Wohnraum nicht mehr leisten können. Bei einer steigenden Anzahl von Wohnungssuchenden stellten wir fest, dass die Bewohner von größeren Wohneinheiten, die immer teurer werden (10 Euro pro m²), in kleinere Wohnungen umziehen möchten. Hier versuchten wir einen Beitrag zur Betriebskostensenkung zu leisten, indem wir die thermische Sanierung besonders fördern. Dazu wird es gemeinsam mit der Heimstätte oder anderen Wohnbaugenossenschaften ein Sonderprogramm geben.

Als ich vor einem Jahr als Innenstadtreferent antrat, war mein größtes Ziel die Innenstadt von Grund auf zu sanieren. Insbesondere die Fußgängerzone, weil dort massiver Handlungsbedarf gegeben war und ist. Wir setzten uns kollegial zusammen und besprachen die einzelnen Vorhaben. Es freut mich, dass schon morgen die entsprechenden Ergebnisse in den Minoriten präsentiert werden. Es werden dort verschiedene Varianten vorgestellt, wobei der Bürger in Form von Bürgerbeteiligung selbst über die Art der Sanierung entscheiden kann. Wir sind hier auf einem guten Weg - gemeinsam kann man viel erreichen.

Die Sanierung des Seniorenwohnheimes bedeutet für mich eine soziale Herzensangelegenheit. Gemeinsam mit Frau Stadträtin Huber sanierten wir das Seniorenwohnhaus in der Knorrstraße 24 - das gelang uns ausgezeichnet. Die Bewohner waren sehr dankbar, denn dort bestand dringender Handlungsbedarf. Wir schafften es in der Folge auch wieder eine ausgeglichene, soziale Bewohnerschaft herzustellen, weil es dort wieder wohnbar und attraktiv ist. Das Gleiche soll es für die Hochpointstraße geben – eine weitere Freiheitliche Errungenschaft. Wenn die Freiheitlichen Politik machen, wird soziale Politik gemacht, so wie es sich gehört. Diese drei wesentlichen Punkte sind für uns durchaus wichtig, um in der Stadt im Investitionsbudget etwas weiterzubringen.

Allerdings gibt es auch fehlende Investitionsschwerpunkte. Der erste Bereich betrifft die Frage der Integration. Das dringendste Problem der Welser stellt die fehlende und mangelnde Integration der hier lebenden Migranten dar. Wenn wir es nicht kurz oder mittelfristig schaffen die Integrationsprobleme in den Griff zu bekommen, dann werden sich die Verhältnisse in der Stadt nicht oder nur schwer ändern. Dazu wird es nötig sein den Integrationsmotor Nr. 1, das heißt die Deutschkenntnisse, endlich zu zünden und zu sagen: Wir brauchen Deutschkenntnisse für alle! Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ist in diesem Zusammenhang unbedingt erforderlich und notwendig – hier fehlen sämtliche Investitionen.

Der zweite, ebenfalls nicht budgetierte Bereich, umfasst den Sicherheitsbereich. Die Videoüberwachung stellt eine Forderung der Welser Bevölkerung dar. Über 70 bis 80 % der Bevölkerung möchten eine Videoüberwachung im öffentlichen Bereich. Mit dieser Maßnahme könnte man gut für mehr Sicherheit in Wels sorgen.

Der dritte Problembereich sind Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 10 % an. Wels hat eine Spitzenarbeitslosenquote von 6,7 %. Davon haben 50 % der Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss. Bildung hängt mit Arbeitslosigkeit unmittelbar zusammen. Wenn wir es nicht schaffen höhere Bildungsabschlüsse zu gewährleisten, werden wir zum Thema Arbeitslosigkeit nichts weiterbringen und schon gar nicht die Quote drücken. Die Investitionen im Bereich Bildung gehören wesentlich gesteigert.

Insgesamt zusammengefasst ergeben sich folgende wesentliche Analysepunkte: Erstens investieren wir 34 Mio. Euro, davon 22 Mio. Euro auf Pump. Zweitens brauchen wir 1,5 Mio. Euro für den Ausgleich des ordentlichen Haushaltes. Umgerechnet auf die „schwäbische Hausfrau“ heißt das, bei einem Jahreseinkommen von 20.000 Euro kann ich dauerhaft nicht 30.000 Euro ausgeben. So einfach ist das! Ich kann nicht dauerhaft 10.000 Euro auf Pump haben. Mark Twain sagte in diesem Zusammenhang einmal: „Wir geben nur das aus, was wir einnehmen; und wenn wir uns dafür Geld ausborgen müssen.“ Unter dieser Maxime erstellt die Stadt Wels zur Zeit das Budget, aber das ist kein Zukunftsaspekt.

Sparen in Wels bedeutet wir geben das Geld, das wir nicht haben, nicht aus. Aus meiner Sicht der falsche Weg, denn eine Hausfrau spart das Geld, das sie hat, und nicht das, das sie nicht hat. Unter Zugrundelegung dieser Grundprinzipien wäre es wünschenswert, wenn es zu einem Konsolidierungsprozess kommen würde – wie es die GRÜNE-Fraktion vorschlug – unter externer Begleitung. Wir werden den Antrag der GRÜNEN-Fraktion in gewisser Weise unterstützen.

Zum Schluss würde ich mir wünschen einmal in dieser Stadthalle zu sitzen und der zuständige Finanzreferent könnte mit Recht sagen, was unser schönster Finanzminister aller Zeiten einmal sagte: „Ein guter Tag beginnt mit einem ausgeglichenem Budget.“

GR. Reindl-Schwaighofer: Wenn wir heute das Budget für das Jahr 2014 diskutieren, dann ist es wichtig uns auch vor Augen zu führen, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen das Budget entstand, sind. Wie sehen die Wirtschaftsdaten in Österreich aus? Wie sehen die Arbeitslosendaten in Österreich bzw. in Europa aus und welche Auswirkung hinterließ die tiefgreifendste Wirtschaftskrise seit 1929 auf diesen Budgetprozess? Bei den vorangegangenen Reden, insbesondere von Mag. Teubl, der die Entwicklung von 2002 bis 2014 beschrieb, wurde auf die Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise vergessen. 2009 hatten wir einen Wirtschaftsrückgang von 4,5 %. Es wird dann so dargestellt, als wären wir in einer Entwicklung ohne Einbrüche.

Das heißt alle reden vom notwendigen Sparen, um das Budget nicht „aus dem Ruder laufen zu lassen“. Andererseits gibt es aber kaum jemanden, der nicht bestätigt, dass ein Budget auch konjunkturelle Maßnahmen des Anreizes schaffen kann und soll. Es ist mittlerweile gut, dass durch alle ernstzunehmenden politischen aber auch wirtschaftspolitischen Lager das öffentliche Budget auch konjunkturelle Anreize geschaffen werden müssen. Hier einerseits durch Aufträge an die öffentliche Wirtschaft und andererseits durch kaufkraftstärkende Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schaffung von gesellschaftlichen Werten und das Tätigen von Zukunftsinvestitionen stehen meiner Ansicht nach nicht im Widerspruch zu einer effizienten Haushaltsführung einer Kommune. Es muss uns weiterhin gemeinsam gelingen durch zukunftsweisende Investitionen einen wirkungsvollen Beitrag zur Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region, in der Stadt Wels, zu leisten. Unserer Ansicht nach ist es allen am Budgetprozess Beteiligten gelungen, ein solides und zukunftsorientiertes Budget zu erarbeiten. Auch die Kritiker führten wesentliche zukunftsweise Projekte des Budgets an.

Egal ob es sich um die Fraktionen, die Referenten oder die Mitarbeit der Beamten handelte. Es gelang einen ausgewogenen Voranschlag vorzulegen, der uns fit für die Zukunft macht. Sie können den Unterlagen entnehmen, dass für das Budget 2014 die Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Haushalt 203 Mio. betragen werden und dieser ausgeglichen ist. Dieser Ausgleich erfolgt natürlich durch die Entnahme von 1,25 Mio. Euro Rücklagen. Laut Rechnungshof reduzierte sich die Anzahl der Abgangsgemeinden in den letzten Jahren. Diese ist aber immer noch alarmierend hoch. Dafür waren nicht nur Individualwünsche der Gemeinden verantwortlich, sondern die Gemeinden haben eine kontinuierliche Ausweitung von Leistungsstandards und müssen Landesvorgaben umsetzen.

Im letzten Rechnungshofbericht des Landes Oberösterreich war zu entnehmen, dass ein riesiges Ungleichgewicht im Bereich der Bedarfszuweisungen besteht. Gemeinden bis 1.000 Einwohner bekamen in diesem letzten Überprüfungszeitraum 2.867 Euro pro Bewohner als Bedarfszuweisung und Gemeinden über 50.000 Einwohner erhielten einen Betrag von 340 Euro pro Bewohner. Durch diese Zahlen ergibt sich, dass eine große Landesumlage von der Stadt wegfiel und in das Landesbudget fließt. Und das obwohl einer Kommune wie Wels eine regionale Funktion zukommt, die im Bereich Verkehr, Bildung, Kultur und Soziales einen hohen, über die Stadt hinausgehenden Aufwand für die Infrastruktur aufwenden muss.

Bei konkreter Betrachtung der Mittelflüsse sehen wir, dass alleine unter dem Titel „Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts“ 27,87 Mio. Euro vorgesehen sind. Davon entfallen an das Land Oberösterreich 27,46 Mio. Euro. Es handelt sich bei diesen Zahlen um von Wels nicht zu beeinflussenden Mitteltransferzahlungen, welche die Finanzkraft der Stadt Wels schwächt. Ich möchte auf den Gratiskindergarten – zu dem wir natürlich alle stehen – hinweisen. Bei diesem stieg die Abgangsdeckung im Zeitraum von 2008 – 2014 um 82 %, d.h. wir müssen 9,14 Mio. Euro als Stadt in diesem Bereich aufbringen. Jetzt sind wir für ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr. Daher müssen wir unbedingt darauf achten, dass diese Finanzierung die Gemeinden nicht so schwächt, dass der gesamten Spielraum der Gemeinden verloren geht.

Wir sind im Zusammenhang mit der Medizinuniversität mit einer Zwangsumlage konfrontiert, ohne dass irgendwer mit uns verhandelte. Über die Medizinuniversität können wir streiten. Es gibt jedoch keinen Experten, der nicht die Sinnhaftigkeit dieser Universität als zusätzliche Fakultät in Österreich bezweifelt. Der Vorstoß der Industriellenvereinigung zur Erhöhung der Ingenieursquote auf die Linzer Universität für das Industrieland Oberösterreich wäre viel sinnvoller als die Medizinuniversität. Dies nur zur Veranschaulichung, was im Bereich der Transferleistungen alles getan wird.

Ein wichtiger Einnahmenbereich für die Stadt Wels bedeuten die Steuern und Abgaben der regionalen Unternehmer mit ihren Mitarbeitern. Die Kommunalsteuer mit 34,87 Mio. Euro trägt wesentlich zur Finanzierung des Welser Budgets bei. Umso wichtiger wird es sein, für diesen Bereich wirkungsvolle Maßnahmen umzusetzen, um Wels als Standort für Unternehmen attraktiv zu erhalten. Das betrifft sowohl den Handelsort Wels, als auch Welser Standorte für Gewerbe- und Industriebetriebe. Im Lichte dieser Tatsachen sind die Investitionen zur Attraktivierung der Innenstadt und Qualitätsverbesserung als Welser Schaufenster ebenso zu sehen, wie die Bemühungen zur Betriebsansiedelung.

Wels als Stadt der Arbeit mit derzeit ca. 50.000 Arbeitsplätzen, braucht neben infrastrukturellen Initiativen auch ein effizientes Instrument zu Betriebsansiedelungen. Die längst überfälligen Beschlüsse für den Wirtschaftspark Voralpenpark müssen unbedingt eingeleitet werden. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass die Sozialdemokratische Partei in Wels bei der notwendigen Verbandsgründung keine Beschlüsse mittragen wird, welche sich auf die operativen Tätigkeiten für die Stadt Wels negativ auswirken können. Prämisse für uns wird sein, dass die wesentlichen Geschäfte des Verbandes nur mit Zustimmung der Organe der Stadt getätigt werden können. Sollte sich das mit den jetzt vorliegenden Partnergemeinden nicht verwirklichen lassen, dann erwarten wir uns von den Zuständigen eine neue Strategie, um im Bereich der Betriebsansiedelungen nicht ins Hintertreffen zu gelangen.

Die Stadt Wels hat auch die Aufgabe über das Budget konjunkturelle Maßnahmen zu setzen. Sie finden im vorliegenden Budget wesentliche Positionen, welche genau in diesem Bereich Effekte auslösen. Hier möchte ich auf die Ansätze der aktiven Wirtschaftsförderung, aber auch auf die Ausgaben des Stadtmarketings und des Tourismusverbandes hinweisen. Dazu zählen aber auch alle Aktivitäten, die eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen. Das reicht vom Qualifizierungsprogramm für Gesundheitsberufe in unseren städtischen Pflegeeinrichtungen bis zur Unterstützung von Programmen für Jugendliche am Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Wichtig ist aber auch, dass die Stadt Wels weiterhin ihren Beitrag bei der Lehrlingsausbildung leistet. Wels als Teil des stärksten österreichischen Wirtschaftsraumes kann durch die im Budget festgeschriebenen kommunalen Investitionstätigkeiten einen wichtigen Beitrag zur Dynamisierung oder Absicherung der regionalen Wirtschaft leisten. Im außerordentlichen Haushalt sind Investitionen auf rekordverdächtigem Niveau vorgesehen. Über das städtische Budget und der IMMO KG werden wir mehr als 34 Mio. Euro in Projekte investieren. Die vorliegende Projektliste für die Investitionen stellt einen ausgezeichneten Überblick über die inhaltliche Schwerpunktsetzung dieses Budgets dar.

Für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Wels haben Bildungsfragen einen wesentlichen Stellenwert und sind eine wichtige Zukunftsfrage. Auch das bildet sich im gesamten Investitionsprogramm für eine Vielzahl von Projekten ab. Das reicht von der Renovierung und dem Neubau von Schulen bis zur Ausweitung der Angebote im Bereich der Elementarpädagogik. Das Schulentwicklungskonzept wird uns in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen. Es ist aber ein wesentlicher Teil unserer Bemühungen den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt optimale Voraussetzungen für den Start ins Leben zu bieten. Hier sei erwähnt, dass die Stadt Wels jährlich über 800.000 Euro an die Fachhochschule Oberösterreich für den Standort Wels überweist. Im Gegenzug können wir erwarten, dass auch in Wels ausgehend von der Lehre und Forschung an der Fachhochschule intensive Gründungsinitiativen für Unternehmen geleistet werden. In Zusammenhang mit dem Thema Bildung ist zu beachten, dass auch der Kulturbereich ein wesentlicher, das Zusammenleben fördernder Standortfaktor in Wels ist. Im vorliegenden Budget spiegelt sich auch für diesen Bereich die große Ausdifferenziertheit der kulturellen Aktivitäten in der Stadt wieder.

Wels ist eine Stadt der Vielfalt und der Themenkreis Migration / Integration steht als äußerst dominantes Projektfeld in permanenter Diskussion. In diesem Bereich wird sich auch entscheiden, ob der gesellschaftliche Konsens aufrechterhalten werden kann oder ob die an uns gestellten Herausforderungen unsere Gesellschaft weiter spaltet. Auch in dem Budget stellt sich die Integrationspolitik als Querschnittsthema dar. Für die laufenden integrationsfördernden Projekte werden zusätzliche Mittel aus der europäischen Förderschiene, aber auch nationale Fördermittel, z.B. vom Innenministerium, lukriert.

Ich möchte hier einige Bereiche aufzählen um ihnen zu verdeutlichen, wie sich im Budget die Integrationsbemühungen als Querschnittsthema abbilden. Das Thema Integration ist ein Thema, das sich durch alle Lebensbereiche zieht. Aktivitäten im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung sind ebenso wirksam wie die Hausaufgabenbetreuung in den Volksschulen, die wir gemeinsam im Gemeinderat beschlossen. Wie auch die Förderung der sportlichen Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen, z.B. durch Bereitstellung der Infrastruktur. Ich möchte darauf verweisen, dass Integration durch Sport in Wels eine beachtenswerte Realität geworden ist. Jede Investition in die Sportinfrastruktur bedeutet auch eine Förderung der Integration.

Bei uns allen ist noch sehr lebhaft in Erinnerung, dass wir für die letzte Budgetperiode eine heftige Diskussion zum Heben der Sparziele führten. Ergebnis davon waren 24 Punkte, die wir gemeinsam im Gemeinderat beschlossen. Eine große Tageszeitung versuchte die Erfüllung dieser Punkte zu recherchieren. Von den Vizebürgermeistern Lehner und Dr. Rabl kamen ja bereits die Hinweise darauf, dass gespart werden muss, um zukunftsfit zu werden. In diesem Zusammenhang könnte es ja ganz interessant sein, wie der Schein und die Wirklichkeit dabei aussehen. Wir beschlossen ein 24-Punkte-Programm, indem wir ganz konkrete Projekte - so genau wie möglich – festlegten.

Wo und in welchen Bereichen wurden Einsparungen getätigt bzw. nicht getätigt und wo waren überhaupt Spareffekte vorhanden? Ich möchte nur an den Bereich Tierpark mit seinen Schlagwörtern erinnern: Erholungsraum bei freiem Eintritt, kein Zoo, heimische Tierarten. Ich kenne keinen Bericht der bestätigt, keinen Zoo mehr zu haben. Ich weiß nicht, dass wir uns auf heimische Tierarten reduzierten. Alleine von 2013 auf 2014 ist im Budget eine Steigerung von 36.100 Euro enthalten. Der Referent, der uns immer erzählt alle anderen sparen nicht, schaffte es in seinem engeren und näheren Bereich nicht ein Projekt oder ein Einsparungspotenzial vorzulegen.

Als Beispiel, dass alles nicht so leicht umsetzbar ist, möchte ich die Angelegenheit „Amtsblatt“ kurz aufzeigen. Damals wollten wir die Ausgaben des Amtsblattes reduzieren. Nach genauer Überprüfung der Abteilung wurde klar: Eine Reduzierung hätte dazu geführt, mehr Geld auszugeben und weniger Informationen an die Bürger zu geben. Nicht alles Gesprochene, alles Postulierte hängt nicht unbedingt mit dem im Konkreten Umgesetzten zusammen. Es wird aber für uns notwendig werden, dass wir die Dinge, die wir diskutieren, die wir gemeinsam verabschieden, auch so zu Ende bringen, damit wir den Erfolg erzielen, den wir uns vorstellen.

Wir sind im Gemeinderat immer wieder damit konfrontiert Dinge zu beschließen, die keinerlei Bedeckung haben. In jeder Gemeinderatssitzung gibt es Anträge, bei denen sich die Fraktionen viel zu wenig überlegen, was dies in der Finanzierung bedeutet und welche Auswirkung es auf das Budget und die Budgetverwirklichung in einem Jahr hat.

Ich möchte ein paar Dinge aus den Erinnerungen der KPÖ herausgreifen und verdeutlichen, dass wir in einem Punkt als Stadt Wels ähnliche Initiativen bereits eingeleitet haben. Es steht hier: Einsatz der geplanten Mittel des Wohnbausonderprogrammes in erster Linie zur Schaffung von Mietwohnungen, die auch für einkommensschwache BewerberInnen leistbar sind. Wir beschlossen im letzten Gemeinderat einen Antrag der SPÖ-Fraktion bezüglich „leistbares Wohnen“. Dieser Antrag sieht sehr viele Punkte vor, die genau in diese Richtung gehen.

Zum Punkt „keine Übernahme von zusätzlichen Aufgaben des Bundes bzw. Landes durch die Stadt, wenn daraus Kosten entstehen würden“ gingen wir in der Diskussion bereits darauf ein uns dagegen zu verwehren. Wir sind der Meinung wir brauchen eine aufgabenorientierte Finanzierung und die uns übertragenen Aufgaben müssen finanziert werden.

Abschließend möchte ich bei allen am Budgetprozess Beteiligten herzlich bedanken. Besonders bedanken möchte ich mich bei Herrn Dr. Barth und seinem Team für die hervorragende Vorbereitung der Zahlen.

Ich ersuche die Fraktion und Stadtsenatsmitglieder dieses Budget für 2014 gemeinsam zu beschließen, um uns als Stadt zukunftsfit zu machen.

StR. Kroiß: Die grundsätzliche Haltung der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum Budget 2014 wurde bereits von unserm Fraktionsobmann erklärt. Darin enthalten sind natürlich auch die Skepsis und Vorbehalte unsererseits. Mein Dank gilt neben dem Herrn Finanzdirektor auch dem Herrn Baudirektor und allen Dienststellenleitern, die mich bei der Erstellung des Budgets unterstützten. Ohne die Beamten gäbe es auch kein Budget. Mein Budget beträgt ca. 4,3 Mio. Euro. Klingt nach sehr viel Geld, ist auch sehr viel Geld, ist aber die Mindestinvestitionssumme, die im Bereich der Verkehrssicherheit, der Straßenmeisterei, Feuerwehr, aber vor allem beim Straßen- und Brückenbau benötigt wird, um die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.

Wer mit offenen Augen durch Wels fährt der sieht, dass gerade im Bereich der Straßensanierungsmaßnahmen noch viel mehr Geld benötigt werden würde. Ein Großteil dieses Budgets wird für die Autobahnabfahrt Wels-Wimpassing und den notwendigen Begleitstraßen benötigt. Das heißt, wir müssen sparen. Trotz dieses Spargedankens werden wir ein sehr ambitioniertes Straßenbausanierungsprogramm verabschieden, welches im Verkehrsausschuss zunächst beraten und dann beschlossen wird. Darin werden wir auf die notwendigen gesetzlichen Verpflichtungen eingehen, weil wir alle gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen müssen, um nicht in die Amtshaftung zu kommen. Natürlich verwenden wir das Geld für die nötigen Bauvorhaben.

Neben dem Beschluss im Verkehrsausschuss gibt es jedoch schon einige detaillierte Projekte, die im außerordentlichen Haushalt aufscheinen. Beispielsweise ist die Bedeckung zur Errichtung der Promenade vom Welios zur Traun sowie eines Kreisverkehrs im Bereich der Boschstraße/Industriestraße vorhanden. Dieser Kreisverkehr stellt eine langjährige Forderung der Industrie dar, weil es in diesem Bereich immer wieder Probleme beim Ein- und Ausfahren mit dem Schwerverkehr gab. Auch ein Planungsvertrag mit einer Parkgarage im Norden der Stadt ist vorgesehen, um die Belastung in der Neustadt zu lindern.

Wir haben für Neubauten Geld und 150.000 Euro für neue Radwege in Wels vorgesehen, damit wir einen weiteren Lückenschluss durchführen können. In diesem Zusammenhang freut es mich, dass der aktuelle Unfallbericht des Landes Oberösterreich uns bescheinigt, dass unsere bisher durchgeführten Maßnahmen sehr positiv zu bewerten sind, weil der Anteil der verunglückten Radfahrer rückläufig ist. Natürlich werden diese Gelder sehr wirtschaftlich und zweckmäßig verwendet.

Kein offenes Ohr fand ich beim Herrn Finanzreferenten bei der Erhöhung der Bodenmarkierung betreffend Radverkehr. Hier müssen wir mit dem Gesamtbudget auskommen.

Sorgen mache auch ich mir, wenn die Erwartungen der Hochrechnung 2013, aber vor allem die erwartenden Einnahmen nicht zutreffen und wir mit restriktiven, fiskalischen Maßnahmen zu rechnen haben. Das heißt, Vorhaben müssten wieder auf die lange Bank geschoben werden. Das haben sich die Welser Bürger und Bürgerinnen mit Sicherheit nicht verdient. Gerade im Straßenbauverkehr ist es dringend notwendig, dass wir unsere Straßen erhalten. Unsere Straßen sind die Visitenkarte einer Stadt – meisten der erste und letzte Eindruck unserer Stadt.

GR. Mag. Humer. Zuerst ein herzliches Dankeschön an den Herrn Finanzreferenten. Die Stadt Wels steht mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich mit anderen österreichischen Kommunen durchaus solide dar. Dabei handelt es sich um eine sehr gute Finanzpolitik, die nicht spekuliert und nichts riskiert und wirklich zukunftssträchtig ist.

Zum Schuldenstand möchte ich anführen: Wir investieren sehr viel, das sind politische Willensbildungen aller Fraktionen im Gemeinderat. Wir beschließen gemeinsam Projekte, wie Alten- und Pflegeheime, Schulen, Straßen, Sportstätten usw. Diesen Darlehensaufnahmen – wie auch in der Privatwirtschaft – stehen auch Sachwerte gegenüber. Ich selbst baute vor 14 Jahren ein Haus, wodurch ich immer noch Schulden habe. Aber meine Familie besitzt Sachwerte, die diesen Schulden gegenüberstehen. Deshalb schlafe ich auch sehr ruhig.

Straßenbau und Verkehr – ein wesentliches Thema für 2014. Zum Autobahnanschluss Wels-Wimpassing, lieber Walter Teubl, kann ich dir nicht Recht geben, dass dieser nicht notwendig ist. Wir wollen neue Betriebe in Wels. Neue Betriebe bedeuten neue Arbeitsplätze und neue Kommunalsteueraufkommen. Dieser Autobahnanschluss kostet natürlich Geld; aber dabei handelt es sich um sinnvoll investiertes Geld, weil hier ein Rückfluss vorhanden ist. Betriebe wollen ein ansprechendes Straßennetz, den Anschluss an das hochrangige Verkehrsnetz.

Vzbgm. Lehner erwähnte schon das Tenniszentrum Rosenau. Sport verbindet uns gemeinsam und wenn wir hier eine gemeinsame Infrastruktur bieten, die letztlich durch die Zusammenlegung der beiden Vereine günstiger kommt, ist allen geholfen. Der öffentlichen Hand, weil sie weniger in die Betriebskosten und laufenden Kosten investieren muss, aber auch den Nutzern bzw. den Vereinen.

Beim Sportzentrum in Wimpassing wurden Synergien genützt, weil die Anlage beim Wirt am Berg und die Anlage in der Sauerbruchstraße veräußert werden können. Beim Sportzentrum handelt es sich um ein ambitioniertes Projekt. Schulden sind nicht sehr erfreulich. Aber wir bewegen uns hier auf einen grundsoliden Weg, den wir seitens der Sozialdemokratie mittragen können. Investitionen treffen wir für die Zukunft, wir schaffen Sachwerte. Das ist leider das Problem im öffentlichen Bereich, dass man diese Sachwerte viel zu wenig darstellt. Ich habe Schulden, diesen stehen aber gewisse Sachwerte gegenüber. Solange diese Sachwerte höher sind als die Schulden, schlafe ich auch bei diesem Schuldendienst sehr ruhig.

Abschließend gilt mein Dank allen Welserinnen und Welsern, die uns das alles ermöglichen. Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen des Magistrats, die auch sehr, sehr gute Arbeit leisten und uns vieles in der Politik vorbereiten. Gleichzeitig bedanke ich mich beim Herrn Finanzdirektor und allen anderen Kollegen und Kolleginnen.

GR. Manfred Wiesinger: Von den Vorrednern wurde heute wesentlich mehr als in den Vorjahren die Einnahmenseite angesprochen. 26,5 % davon nimmt die Stadt durch Steuereinnahmen ein, davon fallen 65 % wiederum auf die Kommunalsteuer der Welser Wirtschaft. Als Vergleich könnte man mit dieser Summe im Ausgabenbereich den gesamten Bereich des Sachaufwandes oder $\frac{3}{4}$ der Personalausgaben abdecken.

So liegt es doch auf der Hand, dass für eine Verbesserung der Budgetsituation nicht nur Einspareffekte erzielt sondern auch überlegt werden muss, wie man ohne zusätzliche

Steuer- und Gebührenerhöhung mehr Einnahmen erreichen kann. Natürlich kann dies durch neue Betriebsansiedelungen erreicht werden und bei bestehenden Betrieben durch Investitionsleistungen, damit sie wachsen und so zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Da meine ich aber nicht nur die Subventionen. Subventionen an Betriebe sind zwar für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wichtig, um Betriebe bei Investitionen zu unterstützen, damit sie diese leichter bewältigen können, oder vielleicht auch damit sie diese Investitionen früher als geplant tätigen. Subvention sind jedoch bei Betrieben fehl am Platz, wenn ein Betrieb überhaupt nur durch Subventionen überleben kann oder nur mit Hilfe einer Subvention gegründet werden kann.

Mich verwundert, dass in den letzten Jahren nur 50 % der budgetären Mittel für Subventionen von den Betrieben beansprucht wurden. Warum ist das so? Geht es unseren Unternehmern so gut, dass sie diese Gelder nicht benötigen? Ist es für unsere Unternehmer zu kompliziert sich im Förderungsdschungel zurechtzufinden? Oder werden von der Politik überhaupt die falschen Anreize angeboten? Einem Kritikpunkt seitens der FPÖ über zu viele verschiedene Förderungen wird im Zuge eines neuen Entwurfs über Förderungsrichtlinien Rechnung getragen. Es wird hier versucht, diese vielen verschiedenen Förderungen zusammenzufassen. Für uns ist es befremdend, dass bei dieser Zusammenlegung viele Unternehmer, die bis jetzt Förderungsmöglichkeiten hatten, auf der Strecke bleiben oder zu hohe Hürden eingebaut wurden, um überhaupt eine Förderung zu erhalten.

Es hat hier den Anschein, dass unser Wirtschaftsreferent, Vzbgm. Lehner, an Unternehmen mit nur ein bis zwei Arbeitsplätzen nicht so interessiert ist, wie an größeren Unternehmen. Weil die vorhandenen Förderungsgelder für Firmenneugründungen nicht abgeholt wurden ist geplant, diese Förderungen überhaupt abzuschaffen anstatt zu überlegen, ob nicht andere Unterstützungen und Förderungen beispielsweise für Firmen Gründungen benötigen.

Ich denke besonders im Bereich der Betriebsneuansiedelungen aber auch bei Verlegung und Erweiterung von bestehenden Welser Betrieben sind Fördergelder nicht immer das Wichtigste. Wichtig ist für Unternehmer das Gefühl zu bekommen, sie sind in der Stadt willkommen und sie werden unterstützt. Neu anzusiedelnde oder ausbauwillige Unternehmen stehen vor fast unüberwindbaren, bürokratischen Hürden. Natürlich wissen wir, dass alle Verfahren unter Berücksichtigung von Anrainer-, Umweltschutz- und anderen Interessen bearbeitet und abgeschlossen werden müssen. Daher wäre Unternehmern schon geholfen nicht von einer Stelle zur anderen geschickt zu werden um die entsprechenden Bewilligungen zu erhalten, sondern wenn es dafür nur eine Anlaufstelle gäbe. Beispielsweise eine Wirtschaftsservicestelle, die mit dem Unternehmer alle Unterlagen durchgeht, welche Schritte er im Vorfeld noch zu erledigen hat und mit welchen Fristen bis zur Genehmigung gerechnet werden muss.

Eine solche Servicestelle würde Unternehmern zeigen, wie wichtig sie uns sind. Das wiederum würde sich positiv auf die Einnahmen der Stadt Wels auswirken.

GR. Prof. Mag. Teubl: Zuerst möchte ich auf Hermann Wimmer replizieren. Es tut mir sehr leid, dass er jetzt nicht im Saal anwesend ist. Natürlich, wie jedes Jahr brachte er am Ende seiner Budgetrede den Einwand ein, die GRÜNEN operieren mit falschen Zahlen oder sie kennen sich nicht aus. Dieses Mal betraf der konkrete Vorwurf die Verwechslung von budgetierten und tatsächlichen Schulden. Er nannte dazu auch noch die Zahl von 153 Mio. Euro, die ich angeblich als Schuldensumme auswies. Das tat ich

nicht! Ich unterschied sehr wohl zwischen Schulden und Gesamtverbindlichkeiten. Wenn das zusammengezählt wird, erreicht man die Summe von 153 Mio. Euro. Dabei bin ich bei den Schulden ausgegangen von der Hochrechnung der Finanzabteilung für den Abschluss des heurigen Jahres. Dazugezählt die Neuverschuldung des Budgets 2014 und die Verbindlichkeiten laut Rechnungsabschluss 2012. Alles Zahlen, die uns schriftlich vorliegen.

Meine Damen und Herren! Wenn hier irgendwo eine Verwechslung vorliegt, dann weiß ich nicht mehr, welchen Zahlen man Glauben schenken darf. Denn die Hochrechnung der Stadt Wels spricht von einem Schuldenstand am Ende des heurigen Jahres von 59,2 Mio. Euro. Von dem ging ich aus. Der heute beschlossene zweite Nachtragsvorschlag für das heurige Jahr spricht von einem Schuldenstand von 70,5 Mio. Euro. Schon allein dieser Unterschied ist bemerkenswert. Es geht also nicht darum, dass ich eine Verwechslung zwischen budgetierten Schulden und tatsächlichen Schulden gemacht hätte, sondern es geht darum, ob die Zahlen im Budget stimmen. Wenn die angeblich nichts mit der Realität zu tun haben, dann tut mir das leid, denn das Budget sollte doch mit der Finanzrealität unserer Stadt einiges zu tun haben.

Dem Kollegen Peter Lehner möchte ich erwidern, natürlich auch die GRÜNEN sehen, dass dieses Budget sehr viele positive Einzelmaßnahmen für unsere Stadt enthält und vorsieht. Das wäre ja noch schöner, wenn dem nicht so wäre. Aber wir sehen auch, es gibt Investitionen und Vorhaben, die eingespart werden könnten und bei denen tatsächlich die Möglichkeit wäre das Budgetdefizit zu reduzieren. Hier kann ich immer wieder nur Sportanlagen nennen, die nicht wegen ihres Bedarfes gebaut werden, sondern die in Maximalvariante, zum Teil auch in Luxusvariante, ausgeführt werden. Oder sie werden für Sportarten gedacht, die wir bis vor kurzem nur aus amerikanischen Filmen kannten. Ich kann immer wieder Straßen anführen, die nicht zur Verkehrsverringerung dienen, sondern den Verkehr vermehren und die Anrainer entlang dieser Straßen zusätzlich belasten. Das sind Projekte, die auch in diesem Budget enthalten sind. Diese könnten gespart werden, denn das sind keine positiven Effekte für die Stadt, aber es wären positive Einspareffekte für unser Budget.

Vzbgm. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Ich beantrage die Redezeit lt. § 27 des Statutes der Stadt Wels auf maximal 5 Minuten zu verkürzen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wird

einstimmig angenommen.

StR. Raggl-Mühlberger: Im Jahr 2014 ist es nach derzeitigen Prognosen für die Stadt Wels nur möglich den ordentlichen Haushalt mit Entnahme von Rücklagen zu decken. Besorgniserregend sind der stetig ansteigende Schuldendienst und die Prognosen für die nächsten Jahre. Gleichzeitig sind aber viele Aufgaben zu erledigen, die dringend notwendig sind und viel Geld kosten. Auf der einen Seite ist Sparen angesagt, aber auf der anderen Seite Mut für Investitionen. Im Budgetbegleitschreiben vom letzten Jahr wurde gefordert, sich die Abfallwirtschaft etwas näher anzusehen. Die Mitarbeiter erarbeiteten ein Optimierungskonzept, welches wir durcharbeiten und im Falle einer Kostenoptimierung auch umsetzen werden. Für das Ressort Umwelt, Energie- und Abfallwirtschaft wurden 2,456.000 Euro angemeldet, wovon 1 Mio. Euro bedeckt sind.

Davon geben wir aber bereits 70 % für Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks aus. Die Sanierung der Marienwarte und der Masterplan Reinberg sind bis 2017 zur Gänze auf null gesetzt. Selbst bei der viel diskutierten Renovierung des Sisi-Pavillons genehmigt man anstelle der vorgesehenen 100.000 Euro nur 50.000 Euro. In der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen wir „Wels – die Energiestadt“. Das Budget der Energieförderung wurde leider nicht erhöht und ist derzeit schon zu 80 % für das Jahr 2014 ausgegeben. Die Wartezeit für die Energieförderung liegt bei etwa einem Jahr. Aber genau diesen Förderungen gehen zuerst Investitionen von Privaten voraus.

Ein Budget von 150.000 Euro ist für eine Energiestadt nicht gerade ein Vorzeigebudget. Der Bereich der Park- und Grünanlagen wurde auf ein absolutes Minimum reduziert und dient mehr der Verwaltung als der Gestaltung. Das beantragte Budget für dringende Sanierungsarbeiten im Friedhofsbereich wurde drastisch gekürzt, dabei müssten Wege, die Friedhofsmauer, die Thujenhecke etc. dringend saniert werden. Auch im Bereich der Abfallwirtschaft steht uns nicht wirklich viel Geld zu Verfügung, um im Bereich Bewusstseinsbildung und Prävention aktiv zu werden. Natürlich starten wir wieder die Reinigungsaktion an unseren Schulen, die mit 1.900 Euro budgetiert wurde. Aber weitere Maßnahmen sind nach heutiger Sicht nicht machbar. Die Stadt Villach startete eine umfassende Bewusstseinsbildungskampagne gegen das achtlose Wegwerfen von Müll mit dem Titel „Reinwerfen statt Wegwerfen“. Dieses Projekt setzt auf Prävention und Eigenverantwortung der Bürger. Diese Aktion möchte ich in Wels in Schulen und mit Plakataktionen starten.

Man sieht an vielen Ecken und Enden wird Geld benötigt und es gehören Prioritäten gesetzt. Mit geringen Mittel kann durch Aktionen und Wettbewerbe das Umwelt- und Energiebewusstsein verbessert werden. Kreative Ideen sind in den nächsten Jahren mehr gefragt denn je, aber ganz ohne finanzielle Dotierung wird es leider nicht gehen.

GR. Schönberger: Ich möchte kurz einen Blick auf das Budget 2014 aus Sicht des Wirtschaftsstandortes bzw. der Wirtschaft werfen, natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Durch ein enormes Investitionsvolumen von über 30 Mio. Euro im kommenden Jahr gelingt es einerseits wichtige wirtschaftliche Projekte und andererseits kräftige Impulse in dieser Stadt zu setzen. Impulse, die in vielen Städten und Kommunen in Österreich aufgrund von Maastrichtkriterien und aufgrund des Stabilitätspaktes bei Weitem nicht mehr möglich sind. Wir investieren massiv in den Ausbau der Infrastruktur. Beispielsweise mit der neuen Autobahnabfahrt Wimpassing, durch das umgestellte Beleuchtungsprogramm oder auch mit der Sanierung der Pflasterung in der Fuzo. Ganz bewusst wurde natürlich beim Stadtmarketing das Budget erhöht, weil uns die Bessierung und Bewerbung der Stadt ein großes Anliegen ist.

Die großen Projekte, wie der Bau der neuen Messehalle, das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle sowie die neue Mittelschule Stadtmitte, werden dazu beitragen Arbeitsplätze nicht nur zu sichern sondern auch zu schaffen. Die Wirtschaftsförderungen der Stadt sind in gleicher Höhe wie bisher veranschlagt, um die ansässigen Unternehmer weiterhin zu unterstützen. Auch die neugeschaffenen Förderungen, wie die heute zu beschließende Altstadt-sanierungsförderung, sollen Anreize für Private bilden, um Investitionen in dieser Stadt zu tätigen. Im gesamten Budgetvolumen sind somit 2014 erhebliche Mittel dafür vorgesehen, den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Wels weiter zu attraktivieren.

Zu dieser Attraktivierung zählen die so wichtigen Softfacts für internationale Firmen, um sich ansiedeln zu wollen. Diese Softfacts, die Kultur, Bildung und Kinderbetreuung umfassen, werden durch Sport ergänzt. Das neue Sportzentrum Wimpassing als auch die Tennisanlage Rosenau gehören genauso dazu, wie die Förderungen im Spitzen- und Breitensport, die es erst ermöglichen neben dem Engagement der vielen freiwilligen Funktionären, den Kindern und Jugendlichen und der Welser Bevölkerung diese breite Auswahl an sportlichen Betätigungen zu bieten.

Die Cima-Studie bescheinigt uns in Wels nach wie vor noch immer eine sehr gute Position im nationalen Vergleich. Dass im Innenstadtbereich etwas getan werden musste war gleichermaßen Aufgabe und findet sich auch maßgeblich in diesem Budget in sehr vielen Punkten wieder. Als Selbständiger bin ich der Meinung, dass hier Dank eines sozialdemokratischen Finanzreferenten ein hervorragendes Budget gelang. Dieses Budget zeigt vor allem Kontinuität. Die SPÖ-Fraktion, speziell Finanzreferent Vzbgm. Wimmer, steht dafür, keine Experimente mit dem Welser Wirtschaftsstandort, keine Experimente mit dem Geld der Welser und Welserinnen zu machen.

Vor einem Jahr forderten wir, es solle neben der Kameralistik noch ein anderes Darstellungsinstrument geben, um die Vermögenswerte dieser Stadt dementsprechend aufzuzeigen. Wenn sie das heute wollen, dass es ähnlich wie in einem Unternehmen eine Bilanz geben soll, dann müssen sie die Mittel für mehr Personal freisetzen. Durch diese Zahlen könnte man sehen, wie reich die Stadt Wels wirklich ist. Mag Humer erwähnte es vorhin bereits, ein wichtiger Faktor wäre den WelserInnen zu sagen, wie viel ihr Pro-Kopf-Vermögen beträgt.

Mein Dank gilt dem Herrn Bürgermeister, dem Finanzreferenten und alle mit dem Budget befassten MitarbeiterInnen des Magistrates.

GR. LABg. Dr. Csar: Zuerst herzliche Gratulation an die neue Stadträtin Christa Raggl-Mühlberger! Alles Gute für ihre Funktion, sowie alles Gute dem neuen Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl!

Ich möchte etwas allgemeiner auf das Budget eingehen. Der ordentliche Haushalt beträgt 203 Mio. Euro und der außerordentlichen Haushalt 37 Mio. Euro – ein ausgeglichenes Budget. Deshalb ausgeglichen, weil Rücklagen entnommen wurden in der Höhe von 1,2 Mio. Euro und 5,8 Mio. Euro. Eine hoher Betrag, der durch den Verkauf des Familiensilbers erreicht wurde. 42 Mio. Euro Gesamtbudget bedeuten für die Stadt Wels einen enormen Brocken.

Wie setzt sich das zusammen? Die Einnahmen werden durch Kommunalsteuer, Grundsteuer, Abfallgebühren, Gebrauchs- und Lustbarkeitsabgaben erzielt. Diese Einzahlungen tätigen unsere Welser Bürger und Bürgerinnen, wofür ihnen ein besonderer Dank gebührt. Ausgaben ergeben sich für viele Projekte, Infrastrukturmaßnahmen, laufende Ausgaben und teilweise Pflichtausgaben, wie Personalausgaben, deren Anteil 38,5 % am Gesamtbudget beträgt. Bei der Prognoseberechnung gehören die Gehaltserhöhungen und die Biennalsprünge und dergleichen berücksichtigt. Hier wurden mit 1,25 % restriktiver Gehaltserhöhung - als öffentlich Bediensteter hoffe ich auf eine bessere Erhöhung - und mit 0,5 % für Infrastrukturmaßnahmen, also Grundsatzmaßnahmen, beträchtlich wenig vorgesehen. Wenn jetzt schon mit 1,7 % Lohnerhöhung gerechnet wird, die Biennalsprünge etwas mehr ausmachen, dann ist die Personalerhöhungskompo-

nente sehr, sehr gering angesetzt und ich kann mir nicht vorstellen, dass damit das Auslangen gefunden werden kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Pro-Kopf-Quote der Verschuldung beträchtlich steigt, nämlich von 996 Euro auf 1.312 Euro. Das muss jeder einzelne Welsler einmal zurückzahlen – das tut weh. Deshalb müssen die Verantwortlichen planen wie es in Wels weitergehen soll und auch die Verschuldensquote und den Verschuldungsgrad nicht außer Acht lassen. Die ÖVP-Fraktion möchte besonders darauf aufmerksam machen, dass wir im Sinne einer Verantwortlichkeit, im Sinne einer vorausschauenden und nachhaltigen Planung dementsprechend die Budgetierung der Stadt Wels hier in Frage stellen. In Frage stellen deshalb, weil - wie der Herr Finanzreferent Wimmer sagte – wie können Experten schon über Jahre hinweg bis zum Jahre 2018 Prognosen erstellen? Das ist sehr schwierig.

Ich denke es ist sehr wichtig hier eine vorausschauende und nachhaltige Planung zu erstellen und entsprechende Akzente zu setzen. Es gehört verantwortlich geplant, wie es mit Wels, mit der Bevölkerung in Wels und insbesondere mit unseren Kindern in Wels weitergehen soll. Hier möchte ich den Vergleich unseres Fraktionsobmann, Vzbgm. Lehner, mit dem Auto wiedergeben. Wir möchten ein neues Auto - auch für die Budgetierung in Wels. Ein neues Auto schaut nicht nur schön aus sondern ist sparsam. Durch weniger Spritkosten kommt es der Stadt Wels zugute, und es täte auch der Stadt Wels gut beim Budget dementsprechend zu sparen.

Daher hoffe ich, dass hier innovative, intelligente und mutige Ansätze gemacht werden, um insbesondere bei den Ausgaben die Schrauben anzuziehen und zu überlegen: was kann getan werden damit die Verschuldungsquote geringer wird. Daher haben wir bezüglich der Mittelfristigen Budgetplanung große Bedenken und werden der Mittelfristigen Budgetplanung auch nicht zustimmen.

GR. Haböck: Nachdem wir hörten, alles sei nicht so schlimm, möchte ich schon ein paar Verständnisfragen stellen. Meinen sie mit stagnierenden Einnahmen die Steigerung der Bundesertragsanteile, die Steigerung der Kommunalsteuer und damit die Steigerung der eigenen Steuern? Wir haben keine stagnierenden Einnahmen sondern wir haben hier in dieser Stadt, aber auch in allen anderen Ebenen der Politik des Landes und des Staates, steigende Einnahmen, weil die Betriebe und Unternehmen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr zahlen müssen. Die steigenden Ausgaben sind der Grund dafür. Leider steigen die Ausgaben noch mehr als die Einnahmen. Obwohl die Einnahmen der Kommunalsteuer um 3 % steigen, steigen die Ausgaben immer mehr.

Es freut mich, dass bei dieser Sitzung junge Schüler und Schülerinnen anwesend waren, damit sie einmal sahen was auf sie zukommt. Wenn sie sich im Erwerbsleben befinden und sehen, für was sie alles Steuern bezahlen müssen und wer das alles zu verantworten hat.

Der GRÜNEN-Fraktion gebe ich in Bezug auf die Schuldenentwicklung Recht, denn diese Schuldenentwicklung ist ein Wahnsinn. Es werden immer wieder verschiedene Zahlen genannt. Es ist jedoch egal, ob es 1.200, 1.400 oder 1.597 Euro sind. Es handelt sich um einen hohen Betrag und es ist deswegen egal, weil die heute gehörte Zahl nächstes Jahr nicht mehr stimmt. Sie wird höchstwahrscheinlich höher sein, außer es wird wieder etwas verkauft.

Ich gebe ihnen Recht, dass es sich dabei um ein großes Problem handelt. Andererseits verstehe ich nicht, warum sie in anderen Bereichen unterm Jahr beispielsweise gegen Betriebsansiedelungen im Stadtgebiet sind. Genau die Betriebe sind es, die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen und die durch ihre Aufkommensleistung maßgeblich zu den Einnahmen der Stadt beitragen.

Wenn Vzbgm. Dr. Rabl davon spricht im eigenen Bereich zu sparen und nicht den anderen immer erzählt sie müssen sparen, dann frage ich mich, wie sie das wirklich handhaben? In ihrer Budgetrede hörte sich alles super und unterstützenswert an. Nur unterm Jahr stellen nachträgliche Kostensteigerungen bei diversen Vereinen – wo diverse Mandatare auch Funktionäre sind – absolut kein Problem dar. Auch nachträgliche Kostensteigerungen im Infrastrukturbereich stellen kein Problem dar. Was ist aus ihrer Forderung vom 20. Juni 2011, die Stadt Wels möge Gasthäuser aufkaufen, geworden? Wenn sie das unter Budgetkonsolidierung, Reformen und Ausgabenersparnis verstehen, dann freue ich mich schon auf ihre neue Arbeit als Vizebürgermeister. Sie legten in einer Zeitung am 4. Dezember d.J. ihr Programm als Vizebürgermeister dar: „Wichtig ist die Politik der kleinen Schritte, ja keine radikalen Veränderungen.“ So stelle ich mir die neuen Reformen in Wels vor.

Zur SPÖ-Fraktion - dem Hauptverantwortlichen dieses Budgets brauche ich nicht viel zu sagen. Wenn ich heute höre, Herrn Finanzreferent Wimmer bereitet die Pro-Kopf-Verschuldung überhaupt keine Kopfschmerzen, dann verstehe ich das. Herr Wimmer und viele andere Politiker – in einigen Jahren auch ich – werden sich in die Pension verabschieden. Mir als Jugendvertreter in diesem Haus bereitet es sehr wohl Kopfschmerzen, wenn ich den jungen Menschen mitteilen muss, jeder von ihnen sei schon mit 1.600 Euro verschuldet. Wenn allerdings die Stadt Wels pleite ist, können wir uns immer noch bei den neuen Sportstätten treffen und Fußball spielen.

StR. Huber: Als Sozialreferentin freut es mich, dass es auch heuer wieder gelang den Sozial- und Jugendbereich abzusichern. Wir werden auch 2014 gestalten: So werden wir das europäische Jahr von Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgreifen und hier Akzente setzen. Wir werden Augenmerk auf die soziale Qualität in unserer Stadt legen, aber auch vielen Vereinen wieder unter die Arme greifen. Während in Wels heuer der Weihnachtzuschuss sogar erhöht und damit mehr als 1.700 Welserinnen und Welser mit in Summe 260.000 Euro geholfen wurde, kürzt das Land die Wohnbeihilfe und verhängt in einigen Bereichen eine 20%ige Haushaltssperre. Erst kürzlich griffen wir im Stadtsenat mit einer zusätzlichen Subvention einem Verein unter die Arme, weil das Land Oberösterreich bereits seit zwei Jahren weder die Biennalvorrückungen noch die gesetzlichen Lohnerhöhungen abgelten. Und die Förderung des Bundes stagniert. Liebe Kollegen und Kolleginnen, es kann nicht sein, dass die Stadt Wels die Kürzungen auf Bundes- und Landesebene abfedert. Dafür reichen unsere Mittel nicht aus. Setzen wir uns auf diesen Ebenen ein, damit es gerade in diesem Bereich zu keinen Einschnitten kommt.

Kürzungen führen zu Qualitätsverlusten bis hin zu Kündigungen. Die Politik in Wels weiß, dass die Gelder für Sozialarbeit gut eingesetzt sind, gerade Sozialtransfers und öffentliche Investitionen haben die höchsten Konjunkturreffekte. Allein im Bereich der Subventionen im Sozialbereich gibt es 2014 eine Steigerung um 26 %. Dadurch sind nicht nur alle Vereine und bisherigen Projekte abgesichert, sondern auch für neue Vorhaben ist Geld vorhanden. Im Jugendbereich können wir mit einer Steigerung von 25 %

rechnen. Augenmerk wird hier auf die mobile Jugendarbeit gelegt. Es freut mich, dass auch Mittel für die dringende Sanierung des Daches beim Pfadfinderheim vorgesehen sind. In der Mittelfristigen Finanzplanung sind erneut Gelder für den Jugendtreff Noitzmühle vorgesehen.

Als Jugendreferentin finde ich es traurig, dass wir hier im abgelaufenen Jahr nicht weiterkamen. Mein Dank gilt der Dienststelle Jugend, dem Herrn Baudirektor Dipl.-Ing. Pany und Frau Ing. Berghofer, die eigentlich einen Grundkauf schon fast unter Dach und Fach hatten und sich bei der Standortsuche sehr bemüht zeigten. Meiner Meinung wäre es ein gutes Grundstück gewesen, aber ich muss zur Kenntnis nehmen, dass ein Jugendtreff anscheinend zur Wertminderung eines angrenzenden Grundstückes führt. Ein Jugendtreff wird anscheinend mit Lärm- und Müllbelästigung verbunden. Ja, wir haben bei einem städtischen Jugendtreff gewisse Probleme, weil gewisse Zeitgenossen – junge Erwachsene – ihren gesamten Müll abladen, und das außerhalb der Öffnungszeiten. Aber es ist mehr als ungerecht, damit alle Jugendtreffs und die Jugendarbeit in Frage zu stellen. Das haben sich unsere Welser Jugendlichen und unsere Mitarbeiter nicht verdient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe hier unseren gemeinsamen gesellschaftspolitischen Auftrag uns für ein Miteinander, für mehr Toleranz und eine gegenseitige Wertschätzung der Generationen einzusetzen. Heute stören die Kinder, morgen die Jugend. Was kommt denn noch? Eigentlich erinnert mich die Thematik an die Diskussion rund um die Lärmschutzwand beim Kindergarten Oberfeldstraße. Ich werde mich auch nächstes Jahr massiv für die Errichtung eines städtischen Jugendtreffs in der Noitzmühle einsetzen. Einerseits wollen wir keine perspektivlosen Jugendlichen. Wir wollen keine Jugendlichen, die in Parks, in der Innenstadt abhängen und daher sollten wir ihnen eine Bleibe, einen Jugendtreff nicht verwehren.

Wenn Kollege Dr. Rabl heute in seiner Budgetrede von einem gemeinsamen Jugendzentrum spricht, dann frage ich mich angesichts der Diskussion rund um den Jugendtreff Noitzmühle, wo wir einen Standort für einen derartigen Jugendtreff finden, wenn schon ein kleiner Jugendtreff für so viel Aufregung sorgt? Über einen zentralen Jugendtreff kann man schon nachdenken, aber daneben braucht es – laut Aussagen der Experten – stadtteilbezogene Jugendarbeit und damit verbunden Stützpunkte. Wenn ich mir die Räumlichkeiten in der Gartenstadt und in der Vogelweide ansehe, dann kann nicht von einem Jugendtreff gesprochen werden, sondern von einem Stützpunkt. Steyr verfügt übrigens über 4 und Linz über 13 Jugendzentren.

Beim Sozialbudget ist ersichtlich, dass die Betreuung älterer Menschen wieder groß geschrieben wird. Zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erwähne ich einen Gedankenanstoß: 90 % der Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind Zuzahler! Das heißt, diese bekommen so wenig Lohn, so wenig Arbeitslosengeld, wodurch sie eine bedarfsorientierte Mindestsicherung benötigen. Daher braucht es für die Armutsbekämpfung ordentlichen Jobs mit ordentlicher Bezahlung.

StR. Zaunmüller: Im Parlament gibt es die rote Lampe und bei uns seit heute eine Klingel – eine fantastische Einrichtung. Liebe Silvia, diese fünf Minuten gelten auch für die Referenten und ich versuche mich daran zu halten.

Der Kindergarten war in der Darstellung des Finanzreferenten ein sehr großes Thema. Der Kindergarten sorgte für höhere Kosten und das wird auch in Zukunft aufgrund ge-

setzlicher Verpflichtungen so bleiben. Ich stehe vollkommen dahinter, weil mir die Betreuung unserer Menschen der Zukunft, unserer Kinder, unserer Enkelkinder ganz besonders am Herzen liegt. Hier ist jeder Cent ausgezeichnet angelegt. Wir haben nicht nur ausgezeichnete Pädagoginnen und Pädagogen im Kindergartenbereich, sondern es funktioniert auch in der zuständigen Abteilung diese Arbeit ganz hervorragend.

Gleiches gilt auch für den Bereich Schule. Natürlich, hier finden wir die nächste Generation, die nächsten Lebensjahre jener Menschen, die uns allen am Herzen liegen. Daher ist es auch hier wichtig das nötige Geld in die Hand zu nehmen. Das Schulsanierungskonzept – besten Dank an Herrn W.OAR. Homar für die tatkräftige Unterstützung – umfasst rd. 50 Mio. Euro, ungefähr ein Viertel des ordentlichen Haushaltes. Hier sind wir in unserer Verantwortung ganz besonders gefordert. Zum einen auf Grund dringend notwendiger Prioritäten zu handeln und sorgfältig mit den Ressourcen umzugehen. Vergessen sie nicht mehrere Schulgebäude der Stadt Wels sind mehrer Jahrzehnte alt. Da kommen entsprechende Sanierungsaufgaben auf uns zu.

Ich danke sehr herzlich Frau SenR. Dr. Miglbauer, die nicht nur die Museen betreffend ausgezeichnete Arbeit leistet, sondern gemeinsam mit Frau Mag. Micko fantastische Ausstellungen organisiert. Die meisten von ihnen besuchten die Ausstellung „Wels 1939“ - eine Ausstellung der Sonderklasse – oder die zur Zeit stattfindende wunderschöne Kirippenausstellung.

Für die Stadtbücherei finde ich große lobende Worte. Sie wurde hervorragend im Herminenhof etabliert, verfügt über ein phantastisches Angebot mit entsprechend vorgesehenen Preisen, die wirklich jeder Videothek Konkurrenz in Bezug auf Preis und Leistung machen kann. Auf die Kolleginnen und Kollegen des Stadtarchivs kommen im neuen Jahr vermehrt Aufgaben zu. Auch Herrn Mag. Kitzmantel, als Leiter des Stadtarchivs und der Volkshochschulen, möchte ich meinen Dank für die fantastisch geleistete Arbeit aussprechen.

Vor einigen Monaten diskutierten wir intensiv und sehr kontroversiell über die Schließung der VHS Gartenstadt. Was passierte tatsächlich? Das gesamte Kursangebot wurde in gleichbleibender sehr hoher Qualität auf die anderen Standorte ohne Einbußen verteilt. Es war auch kein politischer Kahlschlag.

Die mir verbleibende Redezeit von 80 Sekunden möchte ich dazu verwenden, um einerseits einen Rückblick über den Kultursommer 2013 sowie einen Ausblick zu leisten. Es war kulturell gesehen ein Jahrhundertkulturjahr. Denken sie an die fantastischen Burggartenkonzerte, die erstmalig alle bei freiem Himmel stattfinden konnten. Der liebe Gott schaute dabei ein bisschen auf den neuen Kulturreferenten herunter. Erwähnen möchte ich den Welser Arkadenkultursommer, ebenfalls ein Veranstaltungszyklus mit Potenzial. Das Einzige, was „WAKS“ noch hemmen kann, sind die zu wenig vorhandenen Arkadenhöfe in der Innenstadt.

Bei „Swing in the City“ freut sich jeder Kommunalpolitiker, wenn so viele Menschen vom „Holterhaus“ bis zum Brunnen dicht an dicht stehen. Zum ersten Mal fand ein „Tag der Kultur“ statt. Ich bitte um ihre Unterstützung diese innovative Idee auch in den nächsten Jahren wieder realisieren zu können. 28 Kulturschaffende fanden sich an 26 Kulturstätten zusammen und belebten die Innenstadt mit 4.000 Besuchern.

Als Letztes möchte ich noch „Kultur bei Tisch“ erwähnen. Jeder Teilnehmer einer dieser Veranstaltungen genoss im Stadttheater Essen und Trinken, während Kultur vom Feinsten geboten wurde.

GR. Mag. Lipp: Gestatten sie mir ein paar Gedanken, die mir als Mutter besonders wichtig sind. Schon Winston Churchill meinte einmal: „Eine Gemeinde kann ihr Geld nicht besser anlegen, indem sie ihr Geld in Babys steckt.“ Ich sage jetzt nicht Babys, sondern unsere Kinder. Wir können stolz sein, denn in unserer Stadt werden ca. 2.670 Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen betreut. Das ist eine sehr große Verantwortung. Das Ziel der letzten Jahre war es, flächendeckend und möglichst in der Nähe von Siedlungsgebieten und Schulen diese Kinderbetreuungsplätze zu situieren.

Allein die Stadt Wels betreibt 12 Kindergärten, 5 Krabbelstubengruppen, 5 Horte und 10 Kindergärten, 2 Horte und 8 Krabbelstuben werden von der Stadt subventioniert. In diesen Einrichtungen wird pädagogisch wertvolle Arbeit geleistet und auch auf die Interessen und Bedürfnisse unsere Kleinsten wird eingegangen. Es gibt eine Vielzahl von pädagogischen Angeboten. Die Herausforderungen werden immer größer, da unsere Kinder immer mehr Zeit in den Betreuungseinrichtungen verbringen. Wenn sich die Eltern die Frage stellen, was sich ihr Kind im Kindergarten erwartet, dann kann ich ihnen antworten, dass in unseren Betreuungseinrichtungen der Bildungsauftrag in sehr hohem Ausmaß erfüllt wird. Neben den allgemeinen Bildungszielen, wie musische Bildung, Natur und Umwelt, kennenlernen verschiedener Kulturen, emotionale, soziale und personale Entwicklung, gibt es eine Vielzahl von zusätzlichen Angeboten, wie u.a. Englischunterricht.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen der Kindergartenverwaltung bedanken und bei unserem Finanzreferenten, der diese Angebote immer wieder ermöglicht. Als Mutter von schulpflichtigen Kindern ist es mir ein Anliegen Eltern von schulpflichtigen Kindern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen und diese zu erleichtern. Da ich auch einen ganzen Tag berufstätig bin, weiß ich um die Schwierigkeit, die Kinder einen ganzen Tag unterzubringen. Deshalb ist es erfreulich, dass wir seit Herbst 2013 an sieben Welser Schulen eine Nachmittagsbetreuung haben. Da steht gemeinsames Lernen genauso am Programm, wie auch sportliche, kulturelle und naturwissenschaftliche Aktivitäten. Der ausgewogene Wechsel von Lernzeit und Freizeit fördert die Schüler und Schülerinnen im Ideenreichtum und Kreativität.

Als Schulerhalter ist es unsere Aufgabe und Pflicht, den Bedürfnissen unserer Kinder nach besten Wissen und Gewissen nachzukommen. Viele der Kinder verbringen auf Grund der Berufstätigkeit der Eltern einen ganzen Tag an der Schule oder werden in einem unserer Horte betreut. Als Politiker sind wir daher gefordert, uns darüber Gedanken zu machen, was sich unsere Kinder wünschen, um sich wohlfühlen zu können. Das heißt, wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, um die Pädagogen bei der Umsetzung ihres Bildungsauftrages bestmöglich zu unterstützen. Dazu gehört meiner Ansicht nach auch eine gute und gesunde Verpflegung, um mit genug Kraft und Energie die Anforderungen des Tages erfüllen zu können. Eine Umgebung, in der sich die Kinder geborgen fühlen, spielen können, wo aber auch Rückzugsmöglichkeiten vorhanden sind. Das sind Wünsche, die ich in Hinblick auf das Schulentwicklungskonzept äußere. Eine Herausforderung wird sein in den nächsten Jahren eine flächendeckende, speziell an die familiären Bedürfnisse und die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasste Betreuung von Schulkindern zu schaffen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die am Schulentwicklungskonzept mit viel Engagement mitarbeiteten und in Zukunft damit beschäftigt sind. Wir investieren in unsere Zukunft, in unsere Kinder, die uns sehr viel Wert sein sollen. Nein, ich sage, sie müssen es uns Wert sein.

GR. Markus Wiesinger: Zum Beginn möchte ich dir, liebe Christa, gratulieren und biete dir im Umweltausschuss die Zusammenarbeit an. Dort haben wir einige wichtige Aufgaben vor, wie beispielsweise die Freizeitanlage Wimpassing. Dir, lieber Andreas, möchte ich herzlich zum Vizebürgermeister gratulieren, wobei bei dir die hundert Tage Schonfrist nicht gelten, denn du bist bereits zwölf Jahre im Gemeinderat und prägest bereits das Bild der Stadt Wels.

Lieber Andreas, du erwähntest heute schon mehrfach die „schwäbische Hausfrau“. Ich möchte eine Lanze für alle Frauen brechen, denn beim Gender-Budgeting verstandest du etwas falsch. Dabei geht es nicht um die Verweiblichung irgendwelcher Titel, sondern darum, dass konkrete Maßnahmen ins Budget hineingeschrieben werden. Ich weiß nicht, ob du in Zukunft mit der „schwäbischen Hausfrau“ noch reden solltest.

Wie kann ein Budget gesehen werden? Es kann so präsentiert werden wie von Vzbgm. Wimmer oder etwas abstrakter. Das Budget wiegt über vier Kilogramm und hat 874 Seiten. Ich kommunizierte vor kurzem mit Herrn Vzbgm. Wimmer auf Facebook und mit einigen Journalisten über die Nicht-Lesbarkeit des Budgets. Die Antwort darauf war, dass wir die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen und es bedarf einer gewissen Sachkompetenz, um ein Budget lesen und verstehen zu können. Daraufhin las ich die 874 Seiten und dabei fiel mir einiges auf.

Herr Vzbgm. Wimmer, sie sprachen bei den Transferzahlungen von einer Studie des KDZ. Diese Studie – das verheimlichten sie – wurde von der Stadt Linz in Auftrag gegeben. Wer Auftraggeber ist, kann gewisse Sachen hineinschreiben. Bei dieser Studie wurden die Freiwilligen-Leistungen nicht berücksichtigt. Das heißt, bei dieser Studie wurde nur der Haushalt gegenübergestellt. Es gibt natürlich auch Leistungen, die das Land freiwillig tätigt. Ohne das Land Oberösterreich wäre der Herminenhof sicher nicht in der Form umgebaut worden, wie er sich jetzt präsentiert. Die ausgelagerten Organisationen, wie die Welser Messe, bekommen auch einen beträchtlichen Zuschuss vom Land Oberösterreich. Bei den steigenden Transferleistungen gebe ich ihnen Recht, aber da gehören auch die Einnahmen vom Land gegenverrechnet. Im Jahre 2013 zahlten wir netto 12 Mio. Euro und nächstes Jahr budgetieren sie 10 Mio. Euro, das heißt, wir zahlen 2 Mio. Euro weniger an das Land.

Die GRÜNE-Fraktion kritisiert, dass zu viel Geld ausgegeben wird. Gleichzeitig fordern sie eine Umstellung bei den Schul-, Hort- und Kindergartenauspeisungen und die Überarbeitung der Homepage. Da spreche ich noch gar nicht von den finanziellen Mittel für die Radwege und deren Markierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, das wird nicht ganz funktionieren.

Einen Kritikpunkt muss ich bei der Finanzabteilung anbringen. Ich sah mir die Präsentationen aus den Jahren 2011 und 2012 an. Interessanterweise wurde im Nachhinein bei den Pro-Kopf-Verschuldungen um 300 Euro reduziert. Auch der Schuldenstand wurde reduziert. Beim Schuldenstand aus den Jahren 2011 und 2012 wurde auch die Heimstätte angeführt. Meiner Meinung nach gehört das dazu, denn die Heimstätte ist auch ein Unternehmen der Stadt Wels. Ein Jahr später scheint die Heimstätte nicht mehr auf.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei Frau Mag. Österreicher. Die Kontrollstelle liefert wirklich immer wichtige Inputs. Im Kontrollbericht stand: „Aus diesem Grund schlägt die Stabstelle Kontrolle und Revision vor (im Bereich Kindergarten) eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen.“ Das sollten wir uns zu Herzen nehmen und nächstes Jahr umsetzen. Wir führten eine Diskussion darüber, warum ein Kindergarten höhere Kosten verursacht, die nicht nachvollziehbar sind. Bei der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Hause Magistrat könnten solche Fragen beantwortet werden. Es ist wichtig zu wissen, wie viel ein Kindergartenplatz kostet, ohne die Wichtigkeit zu bewerten. Wir müssen einfach wissen, wie viel eine Kostenstelle beim Magistrat kostet. Persönlich – und auch die ÖVP-Fraktion – wünschen sich, dass das nächste Jahr ernsthaft angegangen wird.

GR. Josseck-Herdt: Lieber Andreas, schreibe weiter deine Weihnachtsgrüße, denn ich kann mich erinnern, voriges Jahr machte das Herr Bürgermeister. Heuer erledigte der Herr Bürgermeister schon wesentlich früher seine Weihnachtspost, deshalb möchte ich mich auf diesem Wege sehr herzlich dafür bedanken.

Was gilt für die Kinderbetreuung gleichermaßen wie für die Seniorenbetreuung? Beide kosten sehr viel, das Land bestimmt und die Kommunen müssen zahlen. Das Land setzt für die Kindergärten und Krabbelstuben die Gruppengröße fest, den Personalschlüssel, die Größe der Betreuungseinrichtungen usw. Im Jahr 2009 wurde im Land die Beitragsfreiheit der oberösterreichischen Kindergärten für Kinder ab dem 30. Lebensmonat beschlossen. Das heißt, von 2 ½ Jahren bis zur Einschulung mit 6 Jahren ist der Kindergarten gratis. Die Kommunen wurden überfallsartig von den Anforderungen an Personal und Platzbedarf getroffen. Container mussten angemietet werden, um die gestiegene Kinderanzahl unterzubringen und Personal musste auf schnellstem Weg gefunden werden. Wer glaubte, die Mehrkosten trägt das Land, wurde enttäuscht. Der Abgang bei den Kinderbetreuungskosten stieg von 2008 – 2014 von 5 Mio. auf 9,14 Mio. Euro. Die Höhe der Personalkosten wird beim Land bei Weitem nicht übernommen. Sehr aufwändig und kompliziert gestaltet sich auch die Abrechnung mit dem Land, wenn es um Sonderdienste und den Personalschlüssel geht. Dabei sollten die Verwaltungskosten doch reduziert werden.

Das neue Gehaltschema für Kindergartenpädagoginnen wird über viele Jahre ebenfalls höhere Kosten verursachen. Neu eingestellte Kräfte können jetzt wählen, ob sie am Anfang ihrer Laufbahn mehr verdienen wollen und dafür das Gehalt später nicht mehr so steil ansteigt. Das bedeutet, dass zu den älteren Bediensteten mit höheren Gehältern, die Jungen mit den neuen höheren Anfangsgehältern kommen. Waren noch bis 2008 private Kinderbetreuungseinrichtungen für die Stadt eine günstigere Variante, so änderte sich das schlagartig als beschlossen wurde, dass die Kommunen nun auch die volle Abgangsdeckung der privaten Kindergärten leisten müssen. Waren es im Jahr 2008 noch 800.000 Euro an Abdeckung, so sind für das Budget 2014 sogar schon 3,2 Mio. Euro veranschlagt worden. Kindergärten sind schon lange keine reine Betreuungseinrichtungen mehr.

Es wird in erster Linie Bildungsarbeit geleistet und vor allem auch Integrationsarbeit. In Wels leben viele Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Es gibt nur zwei Kindergärten, in denen Kinder mit deutscher Erstsprache in der Überzahl sind. In allen Kindergärten werden viel mehr Kinder mit nicht deutscher Erstsprache betreut. Den Rekord hält der Kindergarten in der Noitzmühle, wo von 127 Kindern nur mehr 6 Kinder

Deutsch als Erstsprache haben. Da wird einem klar, welche Herausforderung das für die Stadt und vor allem für die Kinderpädagoginnen ist. Sie leisten enorm wichtige Arbeit, die wir ihnen nicht genug danken können. Die Kindergartenjahre sind für das Erlernen der deutschen Sprache die wichtigsten Jahre. Gerade in dieser Zeit wird entschieden, ob ein Kind in der Schule die gleichen Chancen hat, wie ein Kind mit deutscher Muttersprache. Nur wenn das Kind dem Unterricht folgen kann, wird es auch in Mathematik und den anderen Gegenständen revidieren. Im Kindergarten wird sozusagen über die berufliche Zukunft eines Kindes entschieden – über Job oder Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit kostet der Gesellschaft aber ungleich mehr. Deshalb sind wir Freiheitlichen für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr mit noch mehr Sprachförderung in kleineren Gruppen. Das sind wir den Kindern mit Migrationshintergrund schuldig, damit auch sie gerüstet für Schule und Berufsausbildung sind.

Was für die Kindergärten der Betreuungsschlüssel ist, ist für die Alten- und Pflegeheime der Pflegeschlüssel. Das Land beschließt diesen Pflegeschlüssel und bestimmt wer mit welcher Ausbildung pflegen bzw. nicht pflegen darf und die Stadt zahlt. Eine Rieseninvestition im Bereich Seniorenbetreuung steht uns mit dem Neubau in der Hans-Sachs-Straße mit über 7 Mio. Euro ins Haus. Weil das im Jahre 1979 erbaute Leopold-Spitzer-Heim nicht mehr den Anforderungen optimaler Pflege entspricht und sich auch baulich in sehr schlechtem Zustand befindet, soll es ersetzt werden. Für mich sind diese Heime ein Beweis dafür, wie schlecht in dieser Zeit gebaut wurde und wie wichtig es ist, heute besonderes Augenmerk auf die entsprechende Ausstattung, auf die entsprechende Bauart Rücksicht zu nehmen.

Vzbgm. Wimmer: Zunächst danke ich für die sachliche Diskussion zum Budget. Ich bin angenehm überrascht, denn es war nicht immer so erfreulich als Finanzreferent am Ende der Debatte die Dinge zu kommentieren. Besonders freuen mich die lobenden Worte von Frau Josseck-Herdt. Wenn ich die diskutierten Punkte betrachte, wurde sehr positiv das Investitionsprogramm erwähnt und es wurde die Verschuldung sowie die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Wels sehr negativ erwähnt, verbunden mit der Frage, ob wir uns das in Zukunft noch leisten können? Oder übertragen wir hier Lasten an künftige Generationen, die dann dort abgestottert werden müssen?

Meine Damen und Herren! Es gibt gewisse statistische Daten, zu denen die Pro-Kopf-Verschuldung zählt. Die Berechnung erfolgt durch eine Division der Schulden durch die Bevölkerungsanzahl. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Wels sehr hoch, aber im Vergleich zu anderen ausgesprochen niedrig. Ich entnehme der vor einigen Tagen veröffentlichten Eröffnungsbilanz der Frau Bundesfinanzministerin einen Schuldenstand von 272 Mrd. Euro des Bundes, also der Republik Österreich. Dividiert durch 8 Millionen Einwohner ergeben sich ganz andere Werte als bei uns. Wenn ich nach Kärnten blicke, bin ich froh in Oberösterreich, in Wels zu sein. Auf Landesebene sind diese Pro-Kopf-Verschuldungen genauso vorhanden. Der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes war auf Landesebene nur mehr mit Darlehen und nicht mit Rücklagen möglich. 59 Mio. Euro mussten aufgenommen werden – gut oder schlecht, das sei dahingestellt.

Es gibt für uns alle geltende Realitäten. Eine Schule mit hohem Sanierungsbedarf können wir nicht einfach zusperren, sondern wir müssen Sanierungen durchführen, wir müssen diese Sanierungen allenfalls auch mit Darlehen bedecken. Wenn ich mir das Investitionsprogramm ansehe kann ich dabei nichts Überflüssiges entdecken. Jeder kann zu unterschiedlichen Projekten unterschiedliche Haltungen haben und es ist legitim, dass die GRÜNEN-Fraktion eine Autobahnabfahrt nicht so gerne sehen, wie hof-

fentlich eine Mehrheit dieses Gemeinderates. Es ist auch legitim, wenn ein Sportfunktionär eine Sportanlage lieber hätte, als eine Kultureinrichtung. Aber wir brauchen beides, wir brauchen alles in unserer Stadt, denn wir sind eine sehr vielseitige Stadt und müssen vielfältige Wünsche unserer Bevölkerung abdecken.

Ich kann mich noch gut an die Debatte im Vorjahr über die Verschuldungsdauer – jener statistische Wert, wenn ich heute keine Schulden mehr mache, auf heutiger Basis tilge und Zinsen bezahle, in wie vielen Jahren bin ich schuldenfrei – die einen immensen Zeitraum eingenommen hat, erinnern. Im Vorjahr waren es rund 63,5 Jahre. Dabei handelt es sich um einen statistischen Wert, der auf Grund der instabilen Budgetlagen auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften eher wenig aussagt. Hier wurde kritisiert und gefordert das ganz nachdrücklich zu verbessern. Dr. Rabl war bei dieser Kritik federführend, allerdings hörte ich heute nichts, dass in der heute zu beschließenden Prognose für 2014 diese Verschuldungsdauer auf 13,5 Jahre auf Grund der ausgezeichneten Budgetdaten fiel.

Kollege Markus Wiesinger, sollte ich sie auf Facebook in irgendeiner Form beleidigt, angegriffen oder sonst irgendwie beeinflusst haben, tut mir das leid! Bei meinem privaten Facebook-Account meinte ich doch in etwas zwangloserer Atmosphäre unterschiedliche Standpunkte austauschen. Ich denke, das sollten wir so beibehalten. Natürlich in einer Gemeinderatssitzung ist das etwas ganz anderes. Trotzdem muss ich hier kritisch zu ihren gelesenen Budgetziffern – ich habe sie nicht nur gelesen, sondern auch im Kopf – Anmerkungen treffen. Wenn ich bei meinem Lieblingsthema - Transferzahlungen an das Land Oberösterreich - den ordentlichen Haushalt betrachte, sind wir im Jahr 2014 mit rund Minus 16 bis 17 Mio. Euro Nettozahler an das Land Oberösterreich. Beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, wo diese von ihnen angeführten freiwilligen Leistungen angeführt sind, dann sind wir mit rund Minus 11 Mio. Euro Nettozahler an das Land.

Bei den Kindergartenkosten bin ich vollkommen bei allen, die das heute anmerkten, dass wir diese nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ausrechnen sollten. Herr Ettl machte dies in hervorragender Art und Weise in Form meines persönlichen Produktkataloges unter Berücksichtigung von Personalkosten, Finanzierungskosten und des Sachaufwandes. Dabei verzeichnen wir einen Abgang bei den Kindergärten einschließlich Krabbelstuben im Jahr 2014 von 7,389.000 Euro. Das Gleiche bei den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen von 3,447.000 Euro. Das heißt, hier geschah schon sehr viel, bin aber sehr dankbar, wenn die Kontrollstelle diese Erhebungen verfeinert und vertieft und uns darüber informiert.

Zu den unterschiedlichen Ziffern des Herrn Mag. Teubl möchte ich nichts mehr hinzufügen. Ich kann nur wiederholen, die von mir genannten Ziffern sind die richtigen Ziffern. Alles andere sind möglicherweise Planwerte und Additionen, die eigentlich mit unserem kameralistischen System nichts zu tun haben. Dass die Heimstätte nicht mehr aufscheint war ein Auftrag von mir, denn die Heimstätte gehört tatsächlich nicht zu einer konsolidierten Darstellung. Bei der Heimstätte handelt es sich um eine Genossenschaft, die wir nicht beherrschen, da wir dort auf Grund der Satzungen und des Genossenschaftsrechtes nur 10 % der Stimmrechte besitzen.

Ich bedanke mich bei Vzbgm. Lehner für seine außerordentlich positive Darstellung des Budgets und der Investitionen im Wirtschaftsreferat, wo wir ja tatsächlich sehr viel erreichten und das nicht nur in den vergangenen Jahren sondern auch für die Zukunft. Über

Budgetstrukturen und Budgetdarstellungen kann immer wieder diskutiert werden. Ich sagte schon mehrmals, dass ich persönlich dem Ganzen sehr offen gegenüberstehe. Wenn die Bundesregierung oder der Nationalrat eine andere gesetzliche Regelung für die Länder und Gemeinden trifft, sind wir die ersten, die dabei sind. Der Herr Finanzdirektor hat da weniger Freude, da so eine Umstellung auf die doppelte Buchführung sehr viel Arbeit bedeutet.

Im Übrigen wurde das Thema offener Haushalt angesprochen. Auf der Homepage „offener Haushalt.at“ können die Daten des Budgets der Stadt Wels und der Rechnungsabschlüsse – soweit sie beschlossen und freigegeben wurden – auf einer neuen Darstellungsform eingesehen werden. Eine gute Sache – es sind in Oberösterreich ca. 50 Gemeinden, die sich an diesem KDZ-Projekt beteiligen. Wir sind von Anfang an mit dabei - Dank eines Antrages durch Kollege Mag. Teubl. Zwei Stunden später konnten wir schon freischalten. Dabei wurde ordentlich Druck auf mich ausgeübt, aber wenn es sinnvoll ist, bin ich darüber froh. Die dort dargestellten farblichen Grafiken sind sehr anschaulich und lassen ein Budget leichter verstehen als auf diesen 834 gedruckten Seiten.

Die handwerklichen Fehler des Herrn Dr. Rabl in seiner ersten Fraktionserklärung als Vizebürgermeister kann ich natürlich nicht durchgehen lassen. Er meinte, wenn das mit den Schulden so weitergeht, werden wir uns irgendwann so manches nicht mehr leisten können. Wir werden keine Subventionen, keine Ermessenssubventionen mehr auszahlen können oder wir belegen auch diese mit Darlehen. Dazu muss ich korrigieren, dass eine Darlehensbedeckung des ordentlichen Haushaltes gesetzlich nicht möglich ist.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Ich sagte indirekt!

Vzbgm. Wimmer: Das Thema „leistbares Wohnen“ der FPÖ-Fraktion zuzuordnen ist ein sehr interessanter Aspekt, denn den Antrag im Gemeinderat brachten wir ein, den Anstoß dazu lieferte die SPÖ-Fraktion. Es geht hier nicht darum, wer geistiger Urheber eines guten Projektes ist - die breite Mehrheit dazu freut mich. Ich gebe Herrn Dr. Rabl natürlich Recht, dass ein guter Tag mit einem ausgeglichenen Budget beginnt. Diese guten Tage erlebte ich in 14 Jahren als Finanzreferent bereits vierzehn Mal, also etwas öfter als der Bundesminister Grassler, der es nur ein Mal schaffte. Es stellte sich nachträglich heraus, dass das nicht ganz so astrein war. Wichtig ist das ausgeglichene Budget.

Die neue Stadträtin, Frau Christa Raggl-Mühlberger, die das Volumen des Budgets beklagt, würde ich ersuchen sich das mit ihrem Amtsvorgänger als Umweltreferenten auszumachen. Mit Dr. Wieser vereinbarte ich genau das, was hier niedergeschrieben wurde - alles im besten Einvernehmen. Wenn es irgendwo zwickt im Laufe des Jahres, werden wir eine Lösung finden. Ein Budget ist ja kein statisches Produkt sondern ein dynamisches. Mit großer Faszination stellte ich fest, dass in einer Sitzung des Stadtsenates vor vier Tagen dieses noch nicht beschlossene Budget mit einem Mehrheitsbeschluss der SPÖ- und ÖVP-Fraktion bereits wieder abgeändert wurde. Das war bis jetzt noch nie der Fall, dass im Stadtsenat ein noch nicht beschlossenes Budget bereits abgeändert, das heißt erhöht wurde. Dabei ging es um den Familienbund, der in einer Vertragskonstruktion nächstes Jahr 5.000 Euro mehr bekommen soll.

So dynamisch kann sich ein Budgetprozess entwickeln. Aus vielen Wortmeldungen konnte ich neben dem Beklagen der Verschuldung zusätzliche Wünsche, was wir nicht noch alles machen sollen, heraushören.

Ein kleiner Sidestep zu den vielen Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen, die hier in den unterschiedlichsten Konstellationen beschlossen werden – ich nehme da meine eigene Fraktion gar nicht aus. Es werden alle möglichen guten und schönen Dinge gefordert, die eine Mehrheit finden. Aber es zerbrach sich noch keine Fraktion über die Kosten dieser Anträge den Kopf. Welcher Sach- und welcher Personalaufwand stehen dahinter? Solche, an Bedeckung fehlende Anträge, haben kaum Chancen auf Umsetzung, auch wenn sie noch mit so großer Mehrheit beschlossen wurden. Denn überall allem steht das Budget der Stadt Wels. Über allem steht der Verschuldungsgrad, die Pro-Kopf-Verschuldung, wobei ich nie sagte, die Pro-Kopf-Verschuldung bereite mir kein Kopfzerbrechen. Ich sagte, die Hauptsorge sei nicht die Pro-Kopf-Verschuldung sondern der Anteil der Tilgung und der Zinsen im ordentlichen Haushalt. Auch mir wäre es lieber die Pro-Kopf-Verschuldung wieder rückführen zu können. Das liegt in der Hand des Gemeinderates. Je mehr Investitionen beschlossen werden, umso höher ist die Pro-Kopf-Verschuldung. Sie können mit jedem hier im Gemeinderat eingebrachten Antrag beeinflussen, ob und in wie weit damit Mehrausgaben verbunden sind.

Die Aussage ist nicht richtig, dass die Ausgaben höher steigen als die Einnahmen. Genau das Gegenteil ist der Fall, sonst könnten wir im administrativen Ergebnis kein Plus aufweisen und wir hätte keine freie Finanzspitze. Derzeit steigen die Einnahmen dynamischer in absoluten Ziffern als die Ausgaben. Das ist das Ergebnis letztlich der gemeinsamen Arbeit. Ich alleine kann das nur am Rande beeinflussen. Entscheidend sind in Wahrheit die Fraktionsvorsitzenden, die bestimmen ob ein Budget gut oder weniger gut, ob ein Budget beschlossen werden kann. Diesen Willen habe ich mich als Finanzreferent total zu unterwerfen – mit gelegentlichen Ausnahmen.

In diesem Sinne bedanke ich mich nochmals und gratuliere Frau Raggl-Mühlberger sehr herzlich zu ihrer Wahl in den Stadtsenat, dem Herrn Dr. Rabl zu seiner Wahl als Vizebürgermeister. Ein herzliches Willkommen für das neue Mitglied des Gemeinderates, Herrn Heinrich Taitl. Ich ersuche um Abstimmung dieser drei Budgetpunkte.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich mich bei den mit der Erstellung des Budgets befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Die ausgezeichnete Arbeit ermöglicht einen sehr guten Überblick und gerade für die Gemeinderatsmitglieder ist dadurch die Lesbarkeit gegeben.

Der Antrag (Anlage 13) samt Beilage (Anlage 14) zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3-Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

7.)

Mittelfristige Finanzplanung 2014–2017;
Beschlussfassung
FD-Fin-50-2013

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013:

Die als Anlage 17 beigefügte Mittelfristige Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2014 und den Planjahren 2015 bis 2017 wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen 10-Nein-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

8.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014;
Darlehensaufnahme
FD-Fin-907-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o.H. des Voranschlages 2014 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von € 11,512.200,--, für die noch keine Darlehensgenehmigung des Gemeinderates vorliegt und ein zusätzlicher Rahmen für den Budgetvollzug 2014 in Höhe von € 300.000,--, somit insgesamt € 11,812,200,--, wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß in dem im VA 2014 budgetierte Bundes- und Landesförderungen, Verkaufserlöse und sonstigen Einnahmen nicht gewährt bzw. erzielt werden. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag (Anlage 18) zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3-Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (3. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2013

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte 3. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Attila Hoffmann und Rozalia Hoffmann Tarsoly, Wels, Traungasse 3/24;
Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 7 im Objekt Wels,
Hinterschweigerstraße 69;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-29-2013

Der Antrag lautet:

An Herrn Attila Hoffmann sowie Frau Rozalia Anna Hoffmann Tarsoly wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 7 im Objekt Hinterschweigerstraße 69 (Wohnnutzfläche 102,36 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 7 beträgt..... € 108.100,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) ein Barbetrag in Höhe von € 98.098,62

b) Übernahme/Rückzahlung der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:

Darlehenper 30.11.2013 € 10.001,32

2. Kosten:

Die kaufende Partei trägt die mit der Vertragserrichtung, Vergebührung und Verbücherung dieses Vertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben und die Kosten der Erstattung entsprechender Abgabenerklärungen (u.a. Selbstberechnung Grunderwerbssteuer).

Einstimmig angenommen.

11.)

Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrations-sportzentrums und einer Baseballanlage in Wels, Wimpassing;
Genehmigung des Bestands- und Superädifikatsvertrages
SF-Sport-120-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.11.2013, der Bestand- und Superädifikatsvertrag abgeschlossen zwischen der Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH und der Stadt Wels wird genehmigt.

GR. Weidinger: Wir sind der Meinung, dass wir im Sportausschuss auch immer wieder sehr viel Geld in die Hand nehmen um Vereine zu sponsern. Das ist schön und gut und wir stehen dahinter und stimmen regelmäßig diesen Vorgehensweisen zu. Wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen, zum Beispiel für den Neubau der Sportanlage Wimpassing oder auch den Neubau des Klubheimes des WSC Herta, der 920.000 Euro Steuergelder gekostet hat, und Vereine immer wieder subventionieren, ist uns bei den Bestandsverträgen eine gewisse Transparenz wichtig.

Bei dem Bestandsvertrag habe ich inhaltlich nichts auszusetzen, jedoch sollten wir soweit sein, diese Bestandsverträge mit den Vereinen freiwillig dem Gemeinderat vorzulegen. Wir nehmen viel Geld in die Hand, warum sollten wir uns diese Bestandsverträge nicht ansehen können? Wenn ich mir ansehe wer bei den Vereinen verantwortlich ist - auf der einen Seite der Herr Finanzreferent - in diesem Fall Sportreferent Vzbgm. Wimmer, auf der anderen Seite Herr Bürgermeister Koits, Vizepräsident des FC Wels und bei der WSC Herta Obmann Vizebürgermeister Dr. Wieser bzw. Präsident Vzbgm. Dr. Rabl – es könnte ein fahler Nachgeschmack entstehen.

Die ÖVP machte es genau umgekehrt. Die Bestandsverträge mit dem MKH wurden ordentlich durch den Gemeinderat beschlossen. Jeder wusste den Inhalt des Vertrages und die sich daraus ergebenden Kosten. Dies würden wir von der ÖVP-Fraktion auch bei den folgenden Verträgen wünschen. Bei diesem Vertrag zwischen der WBA und der Stadt Wels gibt es nichts auszusetzen, wir werden dem Vertrag auch zustimmen. Aber ein bisschen mehr Transparenz muss möglich sein.

Vzbgm. Wimmer: Was das betrifft sind wir völlig einer Meinung. Ich glaube es gibt keine Sportförderung, die im Sportausschuss nicht diskutiert wurde, auch wenn es nicht notwendig wäre, weil der Stadtsenat zuständig ist. Alle Förderungen werden im Sportausschuss diskutiert und empfohlen oder nicht empfohlen.

Wir ändern gesetzliche Zuständigkeiten allenfalls ab. Ich habe die Ziffern, die in diesem Vertrag, der noch nicht ausverhandelt ist, enthalten sind jetzt nicht im Kopf. Aber es könnte sein, dass der Stadtsenat zuständig ist. Dann entziehe ich mit Gemeinderatsbeschluss in diesen einen Fall dem Stadtsenat die Zuständigkeit.

Das bedeutet, dass alle anderen Zuständigkeiten des Stadtsenates aus Gründen der Transparenz an den Gemeinderat übertragen werden oder nicht. Ich habe persönlich kein Problem damit, nur bin ich gegen eine solche Einzellösung. Grundsätzlich ist der Gemeinderat für Verträge aller Art zuständig. Machen wir jede Woche eine Gemeinderatssitzung und handeln die Vielzahl von Verträgen aus. Nur im Einzelfall den FC Wels

und den Herta WSC zu meinen, habe ich im Sportausschuss abgelehnt. Eine entsprechende Mehrheit im Sportausschuss hat das nicht so gesehen.

Der Antrag (Anlage 21) wird bei

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl war bei der Abstimmung zum diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

Berichterstatterin Christa Raggl-Mühlberger:

12.)

Park Haidlweg;
Sanierung Fun Court
SB-StaG-31-2013

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss:

1. Die Ersatzbeschaffung einer Multisportanlage aus Metall mit Insitu-Bodenbelag im Park Haidlweg in der dargestellten Art und Weise wird grundsätzlich genehmigt.
2. Mit der Umsetzung wird die Firma Spielort, Landgutweg 1, 4533 Piberbach, gemäß Angebot vom 22.10.2013 mit einer Auftragssumme von € 66.383,62 brutto, beauftragt.

GR. Ganzert: Ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden in den einzelnen Welser Stadtteilen ist die natürlich dort vorhandene Infrastruktur. Ein ganz wichtiger Teil der Infrastruktur sind die entsprechenden Parkanlagen, in denen Sport ausgeübt wird und die der Erholung dienen. Vor allem für die Jugend sind die Multisportanlagen oder Fun Courts sehr wichtig.

Wie aus dem Amtsbericht bereits hervorgeht gibt es sehr positive Erfahrung mit dem neuen Fun Court in der Karpatenstraße. Ich bin sehr froh und zuversichtlich, dass auch der neue Fun Court im Park Haidlweg vom neuem Modell und von der neuen Stabilität sehr profitieren wird. Ich möchte mich außerdem noch sehr herzlich bedanken bei Herrn DI Haslmayr und seinem gesamten Team der Stadtgärtnerei der Stadt Wels für seine Eigenleistung und für die sonstige hervorragende Arbeit.

Ich möchte auf alle Fälle sicherstellen und die Welser Jugend beruhigen - mit der Sozialdemokratischen Fraktion im Welser Gemeinderat wird die wichtige Herausforderung

ernst genommen allen Jugendlichen in sämtlichen Stadtteilen adäquate Möglichkeiten für die Freizeitausübung und Sportausübung zur Verfügung zu stellen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit der eine Fläche, auf der die Leinen- oder Maulkorbpflicht
für Hunde nicht gilt (Freilauffläche), eingerichtet wird
BZ-Pol-01022-2013

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss:

Der Gemeinderat möge die als Anlage beigefügte Verordnung, mit der eine Fläche, auf der die Leinen- oder Maulkorbpflicht für Hunde nicht gilt (Freilauffläche), eingerichtet wird, beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ganz offensichtlich handelt es sich hier um einen Nachvollzug einer Tatsache, die schon längere Zeit besteht. Diese Anlage existiert ja nun schon geraume Zeit und es ist offensichtlich vergessen worden sie entsprechend mit einer Verordnung als solche abzusichern.

Ich weiß nicht wer von ihnen, meine Damen und Herren, diese Freilauffläche gesehen und wer von ihnen Erfahrung mit Hunden hat. 1.970 m² sind ca. 45 x 45 m. Es ist also eine Micky-Maus-Freilauffläche und nicht etwas was normalerweise in anderen Städten unter einer solchen Fläche verstanden wird.

Außerdem ist sie auch frei von jedem Bewuchs, sodass ein Hundebesitzer, der bei großer Hitze dort mit seinem Hund unterwegs ist, nach spätestens zehn Minuten einen Hitzeschlag erleidet. Eine rechtliche Absicherung dieser Freilauffläche ist sicherlich sinnvoll.

GR. Weidinger: Ich kenne diese Freilauffläche. Sie ist zu klein! Als Hundebesitzer bin ich des Öfteren in der Anlage, weil es sonst in Wels keine Freilauffläche für Hunde gibt. Diese ist nicht beschattet, bei brütender Hitze leiden nicht nur die Hunde sondern auch die Hundebesitzer.

Wir von der ÖVP würden uns wünschen, dass auch in anderen Stadtteilen Freilaufflächen für Hunde eingerichtet werden. Vielleicht wäre eine solche entlang der Traun möglich. Dort kommt es immer wieder zu Problemen mit Joggern, Fußgängern und Hundebesitzern. Es gibt ca. 2.000 Hundebesitzer in Wels, die natürlich die Hundesteuer pünktlich entrichten und auch ein gewisses Recht auf mehr Flächen haben.

2.000 m² sind wirklich sehr wenig. Außerdem ist der Standort nicht richtig gewählt worden. Er ist ein wenig „hinein gepatzt“ in diese Wimpassinger Freizeitanlage, die eigentlich keine Freizeitanlage sondern ein Rücklaufbecken ist. Dort kommt es immer wieder,

zu Überschwemmungen. Wir haben uns auch die Mühe gemacht und von dieser Situation Fotos geschossen. Es stand das Wasser bis zu eineinhalb Meter hoch und von den eingeschlagenen Pfosten war nichts mehr zu sehen.

Wir würden uns wünschen diese Fläche in Wimpassing für die Hundebesitzer zu vergrößern und parallel dazu vielleicht im Osten von Wels, in der Pernau oder entlang der Traun dafür zu sorgen, dass es auch weitere Freilaufflächen für Hunde gibt.

StR. Raggl-Mühlberger: Ich darf sie herzlich einladen zu mir zu kommen. Wir diskutieren gerne darüber. Schauen wir wo wir einen geeigneten Standort finden. Hier geht es aber um die Aufhebung der Leinenpflicht.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

14.)

Sonderförderung Sakrale Einrichtungen;
Objekt: Umbau und Sanierung der Pfarrkirche und des
Cordatushauses sowie Neugestaltung und Sanierung
des Evangelischen Friedhofes mit Vorplatz
BauD-SP-77-2013

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.11.2013:

Die Evangelische Pfarrgemeinde A.B. Wels, Martin-Luther-Platz 1, Wels wird für die Sanierung und Umbaumaßnahmen der evangelischen Pfarrkirche, des Cordatushauses und Teilbereiche des evangelischen Friedhofes ein Förderungsbetrag in der Höhe von € 100.000,- gewährt. Die Auszahlung erfolgt in drei Jahresraten und zwar im Jahr 2015 € 30.000,-, 2016 € 30.000,- und 2017 € 40.000,- jeweils entsprechend der haushaltsrechtlichen Festlegungen zum betreffenden Voranschlag.

Vor Auszahlung der Förderung sind die Investitionskosten mittels bezahlter Rechnungen nachzuweisen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Richtlinien zur Förderung der Altstadterhaltung
(Förderungsrichtlinien für Altstadterhaltung 2013)
BauD-SVP-78-2013

Der Antrag (Anlage 25) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 21 beigefügte Richtlinien zur Förderung der Altstadterhaltung (Förderungsrichtlinien für Altstadterhaltung 2013) beschließen.

GR. Csar: Alle reden von Altstadtbelebung, von der Innenstadtbelebung - nun geschieht etwas. Endlich wird hier eine Förderung zur Altstadt- und Innenstadtbelebung ausgesprochen. Das ist ein ganz maßgeblicher Schritt in die richtige Richtung. Damit wird wieder Wohnraum in der Innenstadt geschaffen und damit die Innenstadt attraktiver gemacht.

Dass dadurch eine Durchmischung der Bevölkerung in der Innenstadt ermöglicht wird, wäre wünschenswert. Das heißt, eine Durchmischung von Alt und Jung, von Gewerbebetreibenden, von Arbeitnehmern, von Innländern und Ausländern.

Aber um die Innenstadt tatsächlich attraktiver zu machen ist es natürlich auch wichtig, für die Sicherheit zu sorgen. Dafür haben wir unsere Polizeipräsenz in der Innenstadt, aber auch die Ordnungswache. Die Innenstadt soll nicht nur durch Geschäfte belebt werden sondern auch mit Veranstaltungen. Dementsprechend wichtig ist die Fuzo schön zu gestalten.

Auch da gibt es Initiativen. Bedenklich finde ich den Antrag von Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl, der über die Gestaltung der Fuzo abstimmen lassen möchte. Jeder darf seine Stimme abgeben. Er verkauft das als Bürgerbefragung. Das finde ich doch sehr aus der Luft gegriffen, lieber Andreas. Wir haben andere Initiativen und Möglichkeiten über das Statut aber auch über die Geschäftsordnung hier entsprechende Befragungen der Bürger durchführen zu können. Darüber müsstest du als Jurist und als Rechtsanwalt bestens bescheid wissen. Wenn du so etwas möchtest, tätest du gut daran dementsprechend auszuschreiben und nicht irgendeine wilde Befragung vom Zaun zu brechen. Das finde ich nicht fair für alle jene, die keine Möglichkeit haben bei dieser Präsentation dabei zu sein und dort sich zu artikulieren.

Wichtig ist aber, dass die Politik die Verantwortung wahrnimmt. Die Politik ist dafür da, die Gestaltung in Wels zu machen. Dafür wurde sie gewählt. Es ist wichtig, dass im Gemeinderat darüber befunden wird und wir uns dazu bekennen. Das ist nicht die Politik der ÖVP-Fraktion. Wir bekennen uns dazu, wenn wir etwas verändert haben wollen. Daher auch der Antrag für die Förderung der Innenstadthäuser.

Dass für die Innenstadtbelebung die entsprechenden Parkanlagen zur Verfügung stehen, ist uns ein wichtiger Punkt. Es gibt bereits Initiativen des Herrn Vizebürgermeister a. D. Dr. Bernhard Wieser über eine Sanierung der Parkanlagen in der Innenstadt, jedoch es gibt noch andere Parkanlagen. Ich denke hier an den Altstadtbereich. Dort gibt es eine kleine Wiese, die leider missbraucht wird für einen Müllabstellplatz. Dieser ist nicht schön, diesen brauchen wir nicht neben der historischen Altstadtmauer. Es zeigt die Notwendigkeit für die Altstadthäuser einen Müllabstellplatz zu finden. Hier muss man sich etwas überlegen. Es ist nicht akzeptabel die öffentlichen Parkanlagen dazu zu missbrauchen.

Für die Innenstadtbelebung ist es ganz wichtig, dass auch Parkplätze vorhanden sind. Die Bewohnerinnen und Bewohner in der Innenstadt brauchen Möglichkeiten die Autos abzustellen. Jeder, der durch die Stadt geht sieht, dass in dieser Stadt ein großes Park-

platzproblem besteht. Öffentliche Verkehrsflächen sind so gut wie nicht mehr frei. Es gibt zwar Bewohnerparkkarten und dergleichen, aber es wäre natürlich zu überlegen und anzustreben Möglichkeiten zu schaffen, damit die Bewohner die Autos zu einem akzeptablen Tarif in einer Tiefgarage abstellen können. Das ist eine Herausforderung, der man sich stellen müsste und das wäre gerade für die Innenstadtbelebung wichtig.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Antrag hat Herrn GR. Dr. Csar bewogen eine Grundsatzdebatte über die Innenstadt zu führen. Ich möchte mich auf den Inhalt des Antrages beschränken und nur sagen, dass es ganz wesentlich ist die Innenstadt als Lebensraum in all seinen Facetten zu begreifen und diese Initiative ein wesentlicher Beitrag für mehr Wohnraumschaffung sein kann.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass zuerst der Antrag von GR. Schönberger dazu geführt hat, dass wir die Erweiterung bis zur Eisenhowerstraße vornahmen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Gott sein Dank hat es hier scheinbar einen großen Gleichklang gegeben zwischen der Freiheitlichen und der SPÖ-Fraktion, weil auch wir in unserer Stellungnahme zu der gegenständlichen Förderrichtlinie ganz klar sagten, dass wir dafür sind, das gegenständliche Gebiet zu erweitern und dieser Antrag auch entsprechend von Peter Lehner aufgegriffen wurde. Offensichtlich war das ein drei Parteien-Konsens und ergibt natürlich auch Sinn, weil die Bahnhofstraße jener Bereich ist, der am massivsten von der gegenständlichen Förderung betroffen wäre.

Gerade wenn man darüber nachdenkt, dass im Bereich der Gebäude, wo Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten bestehen, werden diese in Büroräumlichkeiten umgewandelt. Ich halte es also durchaus für sinnvoll dies umzusetzen. Es ist ein Beispiel dafür, dass man, wenn man frühzeitig alle anderen einbindet, entsprechende gemeinsame Ergebnisse hervorbringt.

Ähnlich ist es auch bei der Fußgängerzone, deswegen bin ich etwas überrascht über die Worte des Peter Csar. Offensichtlich weiß bei der ÖVP die rechte Hand nicht, was die linke tut. Sämtliche Vorgehensweisen in diesem Zusammenhang sind mit Peter Lehner abgesprochen und es herrscht großer Konsens was die Bürgerbeteiligung betrifft. Das war ja eine Idee, die wir gemeinsam umsetzten. Eine Idee, die auch nichts mit einer klassischen Volksabstimmung zu tun hat, weil die entsprechenden Bestimmungen in den Statuten mir natürlich bekannt sind, lieber Peter.

Es ist eine Bürgerbeteiligung und, nachdem man über Geschmack bekanntlich streiten oder eben nicht streiten kann, ist es auch sinnvoll die Bevölkerung in dieser Frage mit einzubinden. Es gibt einen breiten Konsens über die Sanierung der Fußgängerzone. Es stellte sich nur die Frage, wie die optische Ausgestaltung sein soll. Dazu hat Peter Lehner mit großem Engagement sich für eine moderne Lösung eingesetzt. Ich denke, ich habe mich mit gleich großem Engagement für eine traditionelle Variante eingesetzt. Es ist schwierig über die Politik abstimmen zu lassen, weil die Politik grundsätzlich die Meinung vertritt, dass es gut ist die Fußgängerzone zu sanieren. Es gibt natürlich auch ein unverbindliches Votum für eine Variante eins und eine Variante zwei. Ich bin aber, wenn es ein mehrheitliches Votum gibt, für die Variante zwei. Sollte die Entscheidung für die moderne Variante fallen, werden wir uns, auch wenn es nicht verbindlich ist, dafür aussprechen. Ich kann daher nichts Negatives finden. Es gibt zahlreiche Bürgerbeteiligungsmodelle, z. B. den Agenda-Prozess, wo nicht die ganze Stadt mitbestimmt. Trotzdem wird dies von der ÖVP als sinnvoller Prozess angesehen, wenn das Ergebnis

auch nicht immer sinnvoll ist. Aber so ist es halt in einer Bürgerbeteiligung und das muss man zur Kenntnis nehmen. Auch wenn man nicht dieser Meinung ist, hat man trotzdem die Bevölkerung zu fragen und dann zu akzeptieren was diese meint. Das ist eben die Politik.

Ich glaube daher, dass es durchaus sinnvoll ist diesen Bürgerbeteiligungsprozess gestartet zu haben. Wenn er nicht im Statut steht, war nur die beste Absicht und ein großer Konsens von uns beiden dahinter. Darum bin ich über diese Kritik auch weithin verwundert.

GR. Csar: Lieber Andreas, du sagtest es ist nicht sinnvoll was dabei herauskommt. Das sagte ich nicht. Ich möchte nur die Verantwortlichkeit der Politik herausstreichen. Man muss sachlich diskutieren und dann entscheiden wo es hingehört. Es gehört in der Politik gemacht und bitte beurteile nicht ob es sinnvoll ist oder nicht, was bei der Agenda herauskommt. Da ist viel großes Engagement der Bevölkerung enthalten. Großes Engagement von denen, die mitdiskutieren.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin sehr froh und möchte das im Namen der GRÜNEN-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass uns offensichtlich allen die Altstadterhaltung ein Anliegen ist. Es reicht nicht, wenn wir ein Förderungsinstrumentarium für die Altstadterhaltung haben. Wir müssen auch dafür sorgen, dass es überhaupt noch etwas zu erhalten gibt.

So würde ich darauf drängen wollen endlich Maßnahmen zu setzen, welche sicherstellen, dass alte Bausubstanz in der Innenstadt nicht vernichtet wird. Wir haben immer wieder erlebt, zuletzt in der Bäckerstraße, dass einfach alte Häuser abgerissen werden, dass Neubauten Platz finden und lieber eine Nachahmung eines Kärntnerstraßengebäudes platziert wird und so eine alte Fassade nach der anderen einem Neubau Platz macht. Wenn wir auf diese Art und Weise unsere Altstadt ruinieren und die Kaiser-Josef-Platz-Platzierung bis zum Altstadtbereich weiter vorantreiben wollen - dort ist dieser Wahnsinn schon passiert - dann brauchen wir dieses Instrument gar nicht mehr oder es beschränkt sich auf die wenigen, vom Denkmalschutz geschützten Gebäude. Ich glaube hier muss auch eine andere Einstellung zu den erhaltenswerten Bauten in unserer Innenstadt Einzug halten.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wie Kollege Mag. Teubl bereits ausführte, begrüßen wir diese Innenstadtförderungsrichtlinie. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass dieser Förderbereich ein Teil eines Ganzen sein sollte - das ist das Innenstadtkonzept. Wir sollten darauf schauen, dass nicht diese einzelnen Bausteine, die in diesem Jahr angegangen wurden, wie Fuzo, wie diese Innenstadtförderungsrichtlinie, am Ende nicht in das Innenstadtkonzept als Gesamtes passen. Denn das Innenstadtkonzept als Gesamtes muss mehr umfassen als die Sanierung der Fußgängerzone und eine Förderrichtlinie. Da gehören dazu die schon angesprochenen Parks. Z. B. der Pollheimerpark, ein Agenda 21 Projekt, das von der Planung her schon fertig vorliegt, aber keine Mittel vorhergesehen wurden. Dazu gehört aber auch welche Dienstleistungsbetriebe und welche Art von Geschäften wir in unserer Innenstadt zukünftig haben wollen usw.

Ebenso gehört auch das Stadtmarketing und die Bespielung der Innenstadt dazu. Daher ist es mir wichtig, dass wir nicht allzu viele Teile vorwegnehmen sondern schauen, dass wir am Ende ein Innenstadtkonzept haben, welches die Innenstadt als Gesamtes betrachtet und in dem diese Bausteine gut ineinander passen.

Vzbgm. Lehner: Genau diese Altstadtanierung ist ein Teil eines Gesamtkonzeptes, an welchem intensiv in einer Arbeitsgruppe bei Frau Magistratsdirektorin Kamleithner gearbeitet wird.

Aber dass die Erhaltung schützenswerter Bausubstanz in der Kernzone ein wichtiges Anliegen ist, kann bereits vorweggenommen werden. Ein Baustein ist die Sanierung der Fußgängerzone. Speziell die Fußgängerzonensanierung und die Investition in die Haussubstanz passen einfach gut zusammen. Hier müssen wir die Eigentümer motivieren, dass sie jetzt, wenn diese Sanierung der Fußgängerzone in Planung ist, vielleicht noch im gleichen Jahr oder vor der Sanierung des Belages in der Fußgängerzone und der Beleuchtung, auch ihre eigenen Investitionen tätigen.

Ein weiterer Punkt ist die Schutzwürdigkeit von Gebäuden. Hier möchte ich ein großes Kompliment an das Bundesdenkmalamt aussprechen. Dieses Amt geht hier gewiss nicht sehr liberal vor. Es schaut sich Gebäude im Detail an und gibt uns ganz klare Vorgaben welche Gebäude schützenswert sind oder nicht. Ich denke in speziellen Lagen gibt es durchaus anderslautende und weitreichende Interessen der Stadt Wels. Für mich als Planungsreferenten ist es wichtig, dass wir es vermeiden, nicht-erhaltenswürdige Gebäude im Sinne des Bundesdenkmalamtes dem Verfall preiszugeben und wir dadurch Schandflecke in unserer Stadt erhalten, nur weil wir Investitionen in Zukunft verhindern.

Zur Diskussion Auswahl der Art und Weise wie die Innenstadt saniert werden soll: Modern, zeitgemäß bzw. historisierend. Ich denke es ist wichtig, dass wir die Bevölkerung befragen, damit wir zusätzlich für uns, für unsere persönliche Meinung eine breitere Stimmungslage bekommen. Natürlich ist es am Ende die Entscheidung der Politik einen Weg zu gehen und zu entscheiden welche Variante im Gesamtinteresse der Stadt liegt. Eine Befragung der Bevölkerung ist ein wichtiges Instrument. Es ist jedoch nur ein Teil von vielen und daher haben beide Recht, wohl Peter Csar als auch Andreas Rabl, dass wir die Bevölkerung einerseits fragen, andererseits die Politik natürlich die Entscheidungsmöglichkeit und die Entscheidungspflicht in diesem Bereich hat.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 170) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 132)
BZ-BauR-5020-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 26 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (170. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (132. Änderung) beschließen.

Vzbgm. Lehner: Diesbezüglich stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung über diesen Tagesordnungspunkt geheim abstimmen zu lassen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir natürlich das Verfahren auf Umwidmung dieser Fläche als Stadt Wels durchführen müssen und sollen. Insbesondere auch deshalb, weil der Widmungswerber eine 100%ige Tochtergesellschaft des Bundes ist. Der Bund ist derzeit konfrontiert mit einer Klage bzw. mit der Androhung eines Vertragsverletzungsverfahrens, nicht die Stadt Wels. Der Bund hat uns bisher noch kein Signal geschickt, dass er den Antrag zurückziehen wird. Das heißt, der Bund ist hier in Wirklichkeit am Zug. Wir als Stadt Wels haben einen Wunsch eines Widmungswerbers und deshalb ist ein ordnungsgemäßes Verfahren abzuführen.

Es gibt da und dort natürlich Einwände. Im Interesse der Stadt Wels ist es diese Umwidmung durchzuführen und einen Kompromiss mit dem Land Oberösterreich auszuarbeiten. Dieser Kompromiss lautet von der ursprünglich geplanten Fläche von 43 ha Betriebsbaugelände auf 24,9 ha zu reduzieren. Diesem sind wir gemeinsam mit der BIG nachgekommen.

Das heißt, hier ist Konsens mit dem Land Oberösterreich hergestellt worden und ich bin froh, dass uns trotz allem sehr viel Fläche für den Naturschutz übrig bleibt. Wenn ich das T-Shirt sehe auf dem steht „Die Stadt hat einen Brachvogel“, dann muss ich berichtigen. Gott sei Dank haben wir acht Brachvögel-Paare am Flugplatz Wels. Für diese acht Brachvögel-Paare stehen inklusive Panzerübungsgelände auch in Zukunft über 100 ha zur Verfügung. Zusätzlich steht natürlich die zur Umwidmung anstehende Fläche auch zur Verfügung. Ob diese nun als Natura 2000 gewidmet oder ausgewiesen wird oder nicht, ist nicht Aufgabe des Gemeinderates der Stadt Wels. Unsere Aufgabe ist es die Widmung festzulegen und nicht zu entscheiden, ob es ein Natura 2000 Schutzgebiet wird oder nicht. Jedenfalls wird für den Naturschutz und für die Vögel in Wels sehr viel getan.

Nicht nur am Flugplatz, auch an der Traun. Dort haben wir schon ein Naturschutzgebiet und alle Welserinnen und Welser sind froh darüber. Es braucht aber auch Möglichkeiten in Wels langfristig und zukünftig Betriebe anzusiedeln zu können. Weil wir nicht wissen was die Zukunft bringt und weil es ganz konkret eine Widmungsabsicht des Grundstückseigentümers gibt, bitte ich um Zustimmung und Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Peter Lehner auf geheime Abstimmung über gst. Tagesordnungspunkt wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Teubl: Als in der letzten Sitzung des Wirtschafts- und Planungsausschusses gegen meine Stimme von SPÖ, ÖVP und FPÖ einträchtig beschlossen wurde 25 ha des Flugplatzgeländes in ein Betriebsbaugelände umzuwidmen, glaubte ich tatsächlich meinen Ohren nicht zu trauen. Heute liegt dieser Antrag im Gemeinderat vor und wird wohl mit ebenso großer Mehrheit beschlossen werden.

Interessant finde ich, dass es jetzt den Antrag auf geheime Abstimmung gibt und ich glaube auch zu wissen warum. Weil nämlich die Gefahr besteht, dass jeder einzelne von ihnen, der diesem Antrag zustimmt, sich damit auch einer Amtsverletzung schuldig macht. Denn mit diesem Antrag sind einige Probleme verbunden. Es spricht in Wirklichkeit alles gegen diesen Beschluss. Die Oberösterreichische Umweltschutzbehörde betont den wertvollen Lebensraum und verweist auf das anhängige EU-Naturschutzverfahren. Die oberösterreichische Raumordnungsbehörde warnt vor einer Entscheidung vor Abschluss des EU-Verfahrens. Das Verkehrsministerium erklärt, dass der Flugplatz eine Bundeswidmung ist und die Stadt Wels daher gar nicht umwidmen darf. Die Weiße Möwe schließlich hat einen langfristigen Nutzungsvertrag und denkt gar nicht daran einer Änderung zuzustimmen.

Alle diese Tatsachen werden heute hier und wurden vom zuständigen Ausschuss vor einiger Zeit ignoriert. Das ist für mich tatsächlich kaum zu fassen. Es ist kaum zu fassen mit welcher Ignoranz man sich einfach über Realitäten hinwegsetzt. Als hätte ein ganzer Gemeinderat vor der Realität die Augen verschlossen, wird hier so getan als gäbe es diese Stellungnahmen nicht. Sie wissen genau, dass dieser Beschluss, den sie hier fassen wollen, mit ziemlicher Sicherheit aufgehoben wird. Aber warum fasst man einen solchen Beschluss von dem man genau weiß, dass er nicht hält? Wen will man damit ärgern? Wem will man etwas damit beweisen?

Wir GRÜNEN vermuten eine Reaktion auf die kürzlich kolportierte Drohung der Firma Felbermayr aus Wels abzuwandern, wenn sich nicht ein neuer Platz für ihre Firma findet, wenn sie nicht expandieren kann, wenn sie nicht genau das Betriebsbaugelände bekommen kann, welches sie sich vorstellt - nämlich am Flughafen Wels.

Dass der Naturschutz der Ausweitung eines Betriebsbaugeländes auf dem Flughafengelände im Wege steht, mag aus dieser Sicht natürlich ärgerlich sein. Es ist auch wichtig, dass wir Betriebsbaugelände und Arbeitsplätze schaffen können. Aber die Stadt muss nun auch endlich akzeptieren, dass dieses Areal sich im Laufe der letzten Jahrzehnte so entwickelt hat, dass es schützenswert ist. Die Stadt muss sich auch dieser Faktenlage beugen. Das Arbeitsplatzargument gegen den Naturschutz auszuspielen, halten wir für äußerst bedenklich. Denn das heißt nichts anderes, als dass man nur solange bereit ist die Natur zu schützen, wie man für einen Lebensraum keine andere Verwendung hat. Wenn man etwas anderes mit einer Fläche vor hat, ist der Naturschutz gestorben.

So kann es nicht gehen, meine Damen und Herren! Unsere ganze Erde und natürlich auch unser Stadtgebiet sind nun einmal begrenzt und wir müssen sorgsam damit umgehen, wenn wir unsere Verantwortung für zukünftige Generationen wahrnehmen wollen. Diese Erkenntnis muss sich auch langsam bei PolitikerInnen und bei Wirtschaftstreibenden durchsetzen. Meine Damen und Herren, dieser Beschluss ist völlig sinnlos und völlig wirkungslos. Im ganzen Land wird man sich die Frage stellen, ob die Welser noch bei Trost sind, wenn wir ihn fassen.

Ich finde so ein Justament-Beschluss fügt dem Ansehen der Stadt tatsächlich schweren Schaden zu und sie riskieren damit wegen Amtsmissbrauch belangt zu werden, wenn sie einen Beschluss fassen würden, bei dem ganz offensichtlich keine Rechtsgrundlage gegeben ist. Das jetzt dadurch auszuhebeln, dass man eine geheime Abstimmung vornimmt, damit nicht mehr ersichtlich ist, wer diesen Beschluss gefasst hat, finde ich als ganz besonders feiges Vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte sie hier und jetzt noch einmal auffordern diesen Beschluss zu unterlassen. Von Seiten der GRÜNEN-Fraktion wird es jedenfalls keine Zustimmung geben - weder öffentlich, noch geheim.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich kann das von Herrn Mag. Teubl Gesagte nur noch unterstützen. Spätestens durch das vergangenen Donnerstag von der Umweltschutzbehörde an sie alle ergangene Schreiben sollte ihnen bekannt sein, dass die Republik Österreich aufgefordert wurde das gesamte Flugplatzareal als Vogelschutzgebiet auszuweisen. Das heißt, das gesamte Areal hat den Status eines faktischen Vogelschutzgebietes, in dem eine verschärfte Form des Verschlechterungsverbotes gilt.

Bei Planungen, Ausweisungen und Genehmigungen ist das zu beachten. Das Gleiche gilt auch für den Punkt Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Daher ist es für uns völlig unverständlich, dass sie durch die Umwidmung von 25 ha in ein faktisches Vogelschutzgebiet und in ein Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiet zu einer vorsätzlichen Missachtung des EU-Rechtes bereit sind und potenziell einen Schaden für die Republik Österreich verursachen. Wenn wir als Stadt Wels auch das nicht zu bezahlen haben, so hat es der Steuerzahler zu bezahlen. Die Entscheidung für die Umwidmung liegt allein in ihren Händen - das sollten sie sich bewusst machen.

Die GRÜNEN fordern sie daher auf von der Umwidmung, auch nur von Teilen des Flugplatzes zu einem Betriebsbaugelände Abstand zu nehmen, um Schaden für die Stadt Wels zu verhindern. Wir wollen uns doch nicht lächerlich machen. Bei dem Gelände handelt es sich um den letzten Teil der Welser Heide. Ein einmaliges Naturerbe, das es lückenlos zu schützen gilt. Hier finden sie eine der wenigen Brachvogel-Populationen in Österreich und diese zählt zu den vitalsten in Österreich. Dass es nur „um 25 ha“ Betriebsbaugelände gehen soll, stimmt so nicht. Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn dabei wird verschwiegen, dass bei einer Umwidmung von Teilen eines Flugplatzareals Hallen und Rollbahnen im künftig geplanten Naturschutzgebiet neu angelegt werden müssten, um die Funktion des Flugplatzes auch weiterhin erfüllen zu können. Somit geht zweimal Lebensraum verloren. Einmal durch das geplante Betriebsbaugelände und andererseits durch den Teilneubau des Flugplatzes.

Haben sie sich einmal die Angebote der Weißen Möwe oder des Naturschutzbundes angesehen und eine Vogelführung besucht? Wahrscheinlich nicht, wenn ich mir hier so ihre Gesichter ansehe. Man muss nicht immer nach Afrika oder Asien um besondere Tierarten zu sehen. Nicht nur Sibirische Tiger oder Breitmaulnashörner sind vom Aussterben bedroht - auch Brachvögel und die sind entsprechend zu schützen. Hier vor ihrer Haustür können sie Tierarten für ihre Kinder schützen und dabei die Stadt bzw. die Republik Österreich vor einer EU-Klage bewahren. Daher ersuchen wir sie dringend - stimmen sie nicht für eine Umwidmung, die aus unserer Sicht völlig sinnlos ist.

GR. Wiesinger: Ich habe bereits in der Wortmeldung zum Budget angeführt, dass gerade der Bereich Betriebsneuanbauten und die Unterstützung für Betriebsneuanbauten und Erweiterungen für die Stadt Wels und insbesondere auch für das Budget sehr wichtig sind. Eine Möglichkeit dies zu erreichen, wäre eben das geplante Betriebsbaugelände am Flugplatzareal.

Es ist im Vorfeld immer wieder darauf hingewiesen worden, dass hier sehr wohl versucht wurde einen Konsens zwischen Naturschutz und Wirtschaft zu finden. Wir waren

kompromissbereit und haben Kompromisse vorgeschlagen, andere sind nicht kompromissbereit und weichen keinen Millimeter von ihren Forderungen ab.

Herr Mag. Teubl ich glaube nicht, dass wir Rechte verletzen. Eine Flächenwidmung bedeutet aufzeigen, welchen Willen eine Stadt hat. Es fahren dort noch keine Bagger, es wird dort noch nichts gearbeitet. Dazu braucht man einen Bebauungsplan. Es ist die richtige Vorgangsweise der Stadt Wels zu zeigen wir wollen auf einer Seite einen Naturschutz aber andererseits Betriebe. Darum kann ich diesem Antrag ohne Bedenken voraussichtlich zustimmen.

GR. Schönberger: Ich verstehe diese komische Allianz für ein Vogelschutzgebiet und einen Flugbetrieb sehr wenig - am Boden sind die Vögel wohl geschützt. Nur wer schützt sie in der Luft vor dem Flugbetrieb? Diese Frage möchte ich an die Grünen stellen, nachdem wir immerhin von der betroffenen Bevölkerung sprechen, die unmittelbar im Einzugsgebiet des Flughafens wohnt. Das sind knapp 10.000 Menschen. Für diese erfolgt kein so großes Engagement, kein Schutz. Begeben sie sich bitte im Sommer einmal auf das Gelände und beobachten sie die Brachvögel. Sie werden feststellen, dass sie in der Heide überhaupt kein vernünftiges Gespräch mehr führen können, weil alle fünf Minuten ein Flieger darüber hinweg fliegt. Ob das wirklich für die Vögel gesund oder gut für die Vermehrung der Population ist, weiß ich auch nicht. Ich bin kein Ornithologe, ich kann es nicht sagen.

Vzbgm. Lehner: Es gibt nicht mehr viel zu sagen. Es ist bekannt wie wichtig für die Stadt diese Umwidmung ist. Ich möchte nur wiederholen: Antragsteller ist die BIG, eine Tochtergesellschaft des Bundes. Der Bund ist auch diejenige Körperschaft, die von einer möglichen Klage und Strafzahlungen der EU bedroht ist. Das heißt, wir erfüllen einen Wunsch eines Widmungswerbers. Ich möchte nur dem Kollegen Manfred Wiesinger danken für seine spitzfindige juristische Formulierung, dass er bei der jetzt stattfindenden geheimen Wahl voraussichtlich die Zustimmung erteilt. Ich bitte die anderen GemeinderatskollegInnen auch dies voraussichtlich zu tun.

Der Antrag (Anlage 26) zu Punkt 16. der Tagesordnung wird in geheimer Abstimmung mit

	<u>28 Ja-Stimmen</u>
gegen	<u>6 Nein-Stimmen</u>
und	<u>1 ungültige Stimme</u>

angenommen.

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 182) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 142)
BZ-BauR-5014-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 27 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (182. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (142. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 114/2.8 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6009-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.11.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 28 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 114/2.8 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. LAbg. Dr. Csar verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

19.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Tracking-System für Initiativ- und Dringlichkeitsanträge
DI-Verf-394-2013

Vzbgm. Lehner: Bei diesem Antrag handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion zum Thema Tracking-System. Es soll ermöglicht werden, den Bearbeitungsstatus von an den Gemeinderat zugewiesenen Fraktionsanträgen auch online zu überprüfen. Diesen Antrag übernahmen wir von einem in Linz eingebrachten Antrag der FPÖ-Fraktion. In Linz wurde er beschlossen, deshalb bitte ich alle Fraktionen diesen Antrag zu unterstützen. Transparenz - speziell die Transparenz bei Anträgen – ist wichtig und wir bemühen uns alle sehr, die Interessen der Bürger zu übernehmen und dementsprechende Anträge einzubringen. Daher ist es wichtig zu überprüfen, was mit diesen Anträgen geschieht und wo sie gerade liegen.

Vzbgm. Wimmer: Ich habe von der Sache her kein Problem mit diesem Antrag, aber ich möchte an das bei der Budgetdebatte Gesagte anschließen, dass es sich dabei wiederum um einen Antrag handelt, der keinerlei Kostenangaben enthält. Wenn ich so ein System einführe – welches es in keiner österreichischen Gemeinde gibt - benötigen wir entsprechende Soft- und Hardware. Insbesondere benötigen wir Manpower, denn wer soll jeden Tag diese Recherchen vornehmen, in dieses System eintragen bzw. betreuen? Ich denke es wäre besser, diesen Antrag entsprechend vorzubereiten, die Kosten zu erheben und die Bedeckungen dafür zu finden. Wir ändern mit diesem Antrag

schon wieder das soeben beschlossene Budget ab, denn ohne zusätzliche Kosten wird es nicht durchführbar sein.

Ich stelle somit den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Antrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Wimmer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 29) zur weiteren Beratung wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. LAbg. Dr. Csar hat die Sitzung bereits um 18.30 verlassen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Von Seiten der GRÜNEN befürworten wir diesen Antrag entschieden, weil wir in der Vergangenheit tatsächlich sehr häufig das Problem hatten, dass Anträge irgendwo auf der Strecke blieben. Entweder war es von vornherein nicht klar welchem Ausschuss er zuzuweisen ist, weil es nur hieß „an den zuständigen Ausschuss“ und keiner hat sich darum gekümmert wer zuständig ist oder er ist vielleicht sogar bis in die Gemeinderatskanzlei vorgedrungen. Der zuständige Referent hat aber davon nichts erfahren. Schließlich kann es auch noch sein, dass der zuständige Referent darauf vergessen hat diesen Antrag in den Ausschuss einzubringen. Das heißt, es gibt mehrere Stufen in diesem System, wo ein Antrag einfach im Nirwana verschwinden kann. So soll es nicht sein. Das ist sicherlich nicht die Art und Weise, wie wir mit Gemeinderatsanträgen umgehen wollen.

Wir glaubten eigentlich, dass es so etwas bereits gibt. Dass beschlossene Gemeinderatsanträge ohnedies von irgendjemandem verfolgt werden daraufhin, dass sie irgendwann umgesetzt werden oder zumindest einer Beschlussfassung zugeführt werden. Dass es so etwas bis dato nicht gab, ist eigentlich das Unglaubliche. Daher ist eine solche Maßnahme höchst an der Zeit. Wenn man hier argumentiert, dass Kosten verursacht oder Manpower benötigt wird, halte ich das schon für etwas lächerlich. Ich glaube es genügt eine Excel-Tabelle und eine Person, welche einmal im Monat sich anschaut wo diese Anträge geblieben sind. Mehr ist das nicht. Wenn wir darüber reden müssen was es kostet, dann bekomme ich einen Lachkrampf, meine Damen und Herren. So kann es nicht gehen. Ich bin dafür diesen Beschluss zu fassen um endlich zu erfahren, was unseren Anträgen blüht, wenn sie hier verabschiedet worden sind.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir führten heute eine relativ lange Budgetdebatte. Herr Vzbgm. Wimmer sagte es bereits. Wir machen uns eigentlich den Selbstvorwurf, bei manchen Inhalten die Kosten ein bisschen aus den Augen zu verlieren und Dinge zu beschließen, bei denen wir uns bei der Beschlussfassung gar nicht klar sind, welche Folgen sich daraus ergeben.

Wenn wir jetzt ungefähr zwei Stunden später diesen Antrag diskutieren, der als guter Weg bezeichnet wurde, dann kann ich nicht verstehen warum wir jetzt glauben, dass es notwendig ist diesen Antrag auf die Minute zu beschließen. Wir könnten uns auch die-

sen Zwischenschritt gönnen um uns anzusehen, was die Umsetzung in Personaleinheiten bedeutet.

Wir diskutieren darüber, dass wir insgesamt den Personalstand des Hauses nicht ausweiten wollen. Eine wichtige Frage war für uns alle das hohe Personalbudget. Zwei Stunden später diskutieren wir nochmals und machen uns vor, dass Arbeitsleistung keine Manpower bedeutet. Ich würde vorschlagen, dass wir uns den Zwischenschritt gönnen, uns das Ganze ansehen, damit es einen Sinn ergibt und wir es auch vom Budget her verantworten können.

Vzbgm. Wimmer: Als größter Kritiker des Budgets und als größter Jammerer was die Ausgaben die Verschuldung der Stadt Wels betrifft, sagt Mag. Teubl plötzlich diese Ausgaben sind lächerlich, ohne dass er sie kennt. Er hat keinerlei Ahnung was es bedeutet ein System in eine Homepage zu integrieren und ständig zu betreuen und zu pflegen. Es kann auch jetzt schon jedes Mitglied des Gemeinderates, wenn ein Antrag beschlossen und zugewiesen wurde, sich bei jeder Ausschusssitzung und bei jedem Vorsitzenden des Ausschusses informieren, wie die Angelegenheit steht und wie es weiter geht. Das ist eigentlich die billigste Methode.

Ich habe in der Sache absolut nichts gegen dieses Tracking-System - ganz im Gegenteil! Ich bin was technische Erneuerungen betrifft bekanntermaßen sehr aufgeschlossen. Persönlich werde ich keinem Antrag mehr zustimmen, der, auch wenn er mit Mehrheit beschlossen wird, keinerlei Finanzierungs- und Bedeckungsaussagen trifft. Das ist bei diesen Antrag der Fall und sie können sicher sein, meine Damen und Herren, wenn sie diesen Antrag mit Mehrheit beschließen ohne vorher die finanzielle Bedeckung zu klären, wird hier absolut nichts passieren. Ich werde mich in diesen Fällen ganz genau an das Budget halten. Wenn im Budget keine Bedeckung vorhanden ist, dann stellen sie bitte den Antrag diese oder jene Budgetposten auszuweiten, damit ein Projekt finanziert werden kann.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich hätte jetzt schon eine Frage. Ich glaube es gibt bei uns im Magistrat tausende von Akten und jeder dieser Akten wird verfolgt, solange bis er erledigt ist, in dem man einfach auf den Aktenumschlag schreibt was gerade passierte. Irgendwann ist er dann fertig.

Unsere beschlossenen Gemeinderatsanträge sollen nicht genau soviel Wert sein wie ein Verwaltungsakt? Das kann ich nicht glauben. Ich kann es auch nicht glauben, dass es mehr als eine halbe Stunde Arbeitszeit im Monat benötigt dies zu tun. Darüber jetzt eine Grundsatzdiskussion zu führen, während wir andererseits leichtfertig Millionen beschließen, halte ich für etwas übertrieben.

GR. Markus Wiesinger: Wenn ich mir die Debatte so anhöre, möchte ich schon etwas einfordern. Wie haben beim Tagesordnungspunkt 5. den Nachtragsvoranschlag beschlossen. So wie sie jetzt argumentieren, „dass alles etwas kostet und es ist ganz wichtig, das man auf die Kosten schaut“, erwarte ich mir, dass dies beim Budgetvollzug auch passiert. Beim Nachtragsvoranschlag hatten wir 405 Kreditüberschreitungen

Im ersten Nachtragsvoranschlag beispielsweise war ein Mehrbedarf für Fachliteratur enthalten. Da stelle ich mir die Frage, sehr geehrter Herr Finanzreferent, ob es wichtig ist, dieses Fachmagazin zu beziehen oder nicht? Wurde diese Frage auch gestellt bei dem Posten „Pflege und Service von Pflanzen?“ Wurde beim Nachtragsvoranschlag

auch kritisch hinterfragt, so wie sie bei diesem Tagesordnungspunkt nachfragen? Oder bei dem EU-Projekt „Sozialgerechter Einkauf“ - was natürlich wichtig ist. Dafür wurden im zweiten Nachtragsvoranschlag 7.000 Euro ausgegeben.

Wurde kritisch nachgefragt ob dies so notwendig war? Wir alle wissen, dass im Nachtragsvoranschlag nur notwendige Ausgaben enthalten sein müssen, um überhaupt aufgenommen werden zu können. Wenn ich mir diese Fachliteratur bzw. diese Pflege von Pflanzen ansehe, frage ich mich schon, ob es so notwendig war oder ob das nicht auch anders bewerkstelligt werden konnte.

Vzbgm. Wimmer: Sämtliche Anträge zu Nachtragsvoranschlägen kommen, wenn sie nicht zufällig aus meinem eigenem Referat sind, von Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates. Diese unterschreiben und attestieren damit auch die Notwendigkeit.

Ob das nun Fachliteratur ist oder irgendwelche Pflanzen aus dem Umweltreferat - das unterschreiben die Referenten. Damit ist für mich der Nachweis erbracht. Ich habe mich hier nicht inhaltlich gegen die Maßnahme gestellt. Ich sagte, ich hätte gern gewusst was es kostet. Bei allen Positionen des Nachtragsvoranschlages weiß ich auf den Euro genau was diese Maßnahme kostet. Sie wird vom Referenten beantragt oder nicht beantragt. Ausschließlich vom Referenten beantragte Maßnahmen kommen in den Nachtragsvoranschlag.

Dieser Antrag könnte nicht hineinkommen, weil keine Kosten aufscheinen. Das habe ich damit gemeint und natürlich werde ich das ganz kritisch beobachten. Darum sagte ich auch, solange hier keine Kosten bekannt sind, diese Kosten keinen Eintrag in den Nachtragsvoranschlag gefunden haben und der Beschluss hier im Gemeinderat gefasst ist - es sei denn Herr Bürgermeister fügt das voraus - was ich aber nicht empfehlen werde.

Bereits im Finanzausschuss sagte ich, dass viele dieser Vorausverfügungen - da gebe ich ihnen absolut Recht - auch zu einem späteren Zeitpunkt mit ordentlicher Behandlung im zuständigen Organ abgehandelt werden könnten. Diese über 400 Kreditüberschreitungen sind zu 99 % durch Vorausverfügungen des zuständigen Organs erfolgt und im Nachtragsvoranschlag aufgenommen worden. Ich möchte diese Praxis zurückführen, ich möchte die Vorausverfügung und damit den Umfang des Nachtragsvoranschlages möglichst gering halten. Es sollen alle Kosten im Gemeinderat, im Stadtsenat oder vorher im zuständigen Ausschuss ausführlich diskutiert werden.

GR. Markus Wiesinger: Herr Vizebürgermeister, jetzt beschreiben sie genau das Problem, welches wir im Budgetvollzug haben. Ein Referent stellt einen Kreditübertragungsantrag und will wissen, wie es darum steht. Den Überblick kann ja nur der Finanzreferent haben und dieser muss darüber entscheiden. Sie erwarten, dass jeder einzelne Referent über sein Budget Bescheid weiß. Ich glaube sehr wohl, dass dies Aufgabe des Finanzreferenten ist. Er hat darauf aufmerksam zu machen wie es um das Budget steht. Wir stehen dann im Dezember-Gemeinderat und müssen einen Nachtragsvoranschlag beschließen, der heuer 15.000.000 Euro mehr an Krediten bedeutet hat. Ich bitte sie, dass sie uns im laufenden Jahr 2014 regelmäßig über die budgetäre Lage aufklären.

Vzbgm. Lehner: Ich habe mir die Mühe gemacht und versucht als Fraktionsobmann einen Status darüber zu erhalten, wie es mit Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen aussieht,

die seit der Wahl 2009 zugewiesen wurden. Es war mir unmöglich hier einen Status zu erfragen.

Darum möchte ich noch einmal unterstreichen wie wichtig es ist, dass es ein Tracking-System gibt. Der zweite Punkt ist der finanzielle Aspekt und da möchte ich den Finanzreferenten ein bisschen um mehr Liberalität bitten. Ich darf an eine Veranstaltung letzten Samstag erinnern, wo er auf der Bühne eines Turnvereins stand und ohne einen existierenden Beschluss des Sportausschusses oder des Gemeinderates verkündete, dass, wenn wir heute das Budget beschließen, der Turnverein eine neue Basketballanlage bekommt, die relativ viel Geld kosten wird.

Das heißt, hier braucht es nicht im Vorhinein eine Ausschusssitzung, braucht es nicht im Vorhinein eine Diskussion im Gemeinderat, sondern da wird freihändig auf der Bühne das Geld für die Basketballanlage zugesagt. Wenn der Gemeinderat etwas beschließt und der Meinung ist, dass es notwendig ist Anträge nachvollziehen zu können, dann ist das auch vom zuständigen Referenten in einem sehr guten Demokratieverständnis abzuarbeiten. Ich freue mich auf ein wirklich gutes Tracking-System, damit wir einen Überblick bekommen was mit den Anträgen passiert, wo diese liegen und wie es mit diesen weiter gehen soll.

Der Initiativantrag (Anlage 29) zu Tagesordnungspunkt 19. wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Zustimmung zur Veröffentlichung der durch
das KDZ aufbereiteten Daten über die Stadtfinanzen
DI-Verf-392-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Zu diesem Antrag machten wir den Vorschlag mehr Transparenz in die Stadtfinanzen zu bringen – ein Anliegen der GRÜNEN-Fraktion seit langem. Es ging darum, dass das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) das Angebot machte, auf einem kostenlosen Online-Portal die Daten in einer übersichtlichen grafischen Form darzustellen. Zwei Stunden nach Einbringung dieses Antrages wurde eine Presseaussendung gemacht, dass die Veröffentlichung umgesetzt werden soll. Dafür sagen wir herzlichen Dank und seit 5. Dezember sind die Daten auch online verfügbar. Das stellt einen ersten Schritt in Richtung Transparenz des Budgets dar. Es wurde heute schon mehrfach erwähnt - für einen Normalbürger sind mehr als 400 Seiten undurchschaubar. Es wird noch weitere Schritte bedürfen. Wir können diesen Antrag hier ge-

trost zurückziehen, möchten aber bitten, in Richtung Transparenz der Budgetdaten noch weiter voranzuschreiten, insbesondere das Budget so zu gestalten, damit ein „Normalsterblicher“ auch etwas damit anzufangen weiß.

Im österreichischen Stabilitätspakt befindet sich eine Verpflichtung der Länder und Gemeinden zu „Open Data“. Das heißt, der Voranschlag und der Rechnungsabschluss inklusive aller Beilagen haben zeitnah in der Form im Internet zur Verfügung zu stehen, damit eine weitere Verwendung ermöglicht wird. Diese Daten müssen downloadbar sein und nicht als PDF-Datei wie auf der Welser Homepage zur Verfügung stehen. Diese CSV-Dateien können in Excel eingelesen und auf anderen Plattformen Verwendung finden. Im Hinblick auf die in den nächsten Jahren kommende doppelte Buchführung gehört überlegt, diese Daten so aufzubereiten, dass für möglichst viele Menschen klar ist, wie ihre Steuergelder verwendet werden.

GR. Prof. Mag. Teubl stellt den Antrag auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

Bgm. Dr. Koits: So geht das nicht! Es gibt Regeln hier im Gemeinderat. Der Antrag zur Zurückziehung gehört am Beginn der Sitzung eingebracht. Den Antrag hier erläutern und dann zu sagen, dass er zurückgezogen werden möchte, das geht nicht! Tut mir leid! Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen und ersuche um ein Zeichen mit der Hand.

Der Initiativantrag (Anlage 30) wird mit

gegen 3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
31 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. LAbg. Dr. Csar war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr im Sitzungssaal anwesend.

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Prüfungskompetenz der Kontrollstelle
DI-Verf-393-2013

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 31 beiliegenden Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion: Das Kontrollamt hat auch jene Institutionen (wirtschaftliche Unternehmungen, Vereine, kulturelle Einrichtungen usw.) nach den vorgenannten Grundsätzen zu überprüfen, an denen die Stadt beteiligt ist, soweit es der Umfang der Beteiligten zulässt, oder die sie fördert, soweit sich die Stadt die Kontrolle vorbehalten hat, oder die Institutionen mit einer Kontrolle einverstanden sind. Bgm. Dr. Koits ersucht diesen Antrag in die Beratung aufzunehmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Im § 39 des Statutes der Stadt Wels ist geregelt, welche Aufgaben die Kontrollstelle hat. Im Unterschied zum Statut der Stadt Linz sind der Kontrollstelle der Stadt Wels aber bezüglich ihrer Kontrolltätigkeit über das Stadtvermögen in ausgliederten Betrieben die Hände gebunden, weil ein entsprechender Passus über den Kontrollauftrag bislang im Stadtstatut fehlt. Das heißt, der Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt hat bislang keine Möglichkeit einen Prüfungsauftrag über die Verwaltung und die Finanzgebarung o.a. Betriebe zu erteilen. Ein weiteres Manko ergibt sich daraus, dass auch die Kontrolle der Finanzgebarung von Einrichtungen und Vereinen, die teils mit erheblichen finanziellen Mitteln aus dem Stadtbudget gefördert werden, derzeit nicht möglich ist.

Eine entsprechende Änderung des Statutes der Stadt Wels wäre daher äußerst wünschenswert, um die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel noch besser als bisher überprüfen zu können. Ein ähnlicher Antrag wurde kürzlich im Gemeinderat der Stadt Steyr eingebracht und dort einstimmig verabschiedet bzw. dem oberösterreichischen Landtag als Petition zugeleitet. Wir GRÜNEN sind der Meinung im Welser Stadtstatut gehöre eine solche Änderung durchgeführt und ersuchen sie deshalb diesen Antrag zu unterstützen.

Vzbgm. Lehner: Durch unseren Abänderungsantrag stellen wir die Konformität mit der Stadt Linz her. Im Unterschied zum Antrag der GRÜNE-Fraktion gibt es hier keinen Prozentsatz von 25 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals, da wir davon ausgehen, dass bei Betrieben mit Beteiligungen zwischen 25 und 50 % eine volle Prüfung durch das Kontrollamt nicht zielführend ist. Das heißt, hier soll man sich nach Möglichkeit auch in Abstimmung mit den Betrieben richten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Im Wesentlichen führen wir hier die gleiche Diskussion wie beim vorhergehenden Antrag. Es kommt für mich noch verschärfend dazu, dass wir mit einem Initiativantrag in das Statut eingreifen wollen. Bei diesem Antrag – dieser Antrag ist von der Intension grundsätzlich zu unterstützen – gehört grundsätzlich berücksichtigt, wie die Kontrollstelle mit dem derzeitigen Personalstand diesen Auftrag erfüllen kann. Welche Personaleinheiten werden zusätzlich benötigt? Meiner Meinung nach ist es unverantwortlich etwas zu beschließen, was in Folge Abteilungen mit nicht dementprechender Personalausstattung umsetzen müssen. Gerade bei einer Statutenfrage gehört vorher genau überlegt, was und mit welchen Kosten wir das beschließen, damit das Ganze auch Sinn macht.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Freiheitliche Fraktion beantragte schon vor 3 bis 4 Jahren die Kontrollstelle zu einer Art „kleinen Rechnungshof“ zu machen. Dazu gehört nicht nur die Gebarung der Gemeinde selbst zu prüfen, sondern darüber hinaus Beteiligungsunternehmen zu untersuchen, weil dort aus meiner Sicht zu viele Dinge im Unklaren sind. Niemand kann tatsächlich so genau hineinschauen, auch nicht ein Aufsichtsrat. Daher ist der gegenständliche Antrag unterstützenswert, wenngleich natürlich die Kontrollstelle es mit der derzeitigen personellen Ausstattung schwer haben wird diesen Auftrag umzusetzen.

Ich gehe davon aus es wird länger dauern diesen Antrag tatsächlich umzusetzen, trotzdem halte ich ihn für sinnvoll, weil hier Einsparpotenziale aufgezeigt werden können, die durchaus sinnvoll sind. So wie die Einschränkung und der Abänderungsantrag jetzt lauten, ist es gerechtfertigt diesem Antrag zuzustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 32) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
gegen 20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

GR. LAbg. Dr. Csar war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Haböck: Als Mitglied des Kontrollausschusses möchte ich mich dazu kurz zu Wort melden. Ich kann diesen Antrag nur unterstützen, egal wessen Urheberschaft er trägt - in diesem Fall die GRÜNE-Fraktion. Natürlich unterstütze ich auch den Abänderungsantrag. Ich sehe es genauso, es kann zu Komplikationen kommen, wenn eine zu niedrige Schwelle angedacht ist. Ich unterstütze Herrn Dr. Rabl darin, dass es ein längerer Prozess bis zur Umsetzung sein wird. Deshalb ist notwendig ihn jetzt zu beschließen, da wir schon alles auf die lange Bank schieben. Es ergibt sich der Eindruck, dass die SPÖ-Fraktion Probleme mit der Kontrolle oder mit Kontrollfunktionen hat. Sei es gegenüber Anträgen oder sei es gegenüber der Kontrollstelle. Umso wichtiger ist es, dass die ÖVP-Fraktion zusammen mit der FPÖ-Fraktion mit einer Mehrheit diesen Antrag beschließt, damit er rasch umgesetzt und nicht wieder auf die lange Bank geschoben wird.

Ich freue mich darauf, wenn dieser Einsparungs- und Reformeifer, den sie bei den kleinen Anträgen an den Tag legen, bei den großen Geschichten mit Millionenbeträgen auch umsetzen. Zum Schluss dieser Budgetsitzung möchte ich Frau Mag. Österreicher recht herzlich danken. Ich fühle mich im Kontrollausschuss immer sehr gut informiert. Ich sehe hier ein großes Engagement seitens der Bediensteten und ich würde mir wünschen, dass auch die Politik dieses Engagement an den Tag legt, wenn es darum geht kontrolliert zu werden.

GR. Schönberger: Ich muss mich jetzt als Kassier eines Welser Sportvereines zu Wort melden. Was bedeutet das für die Welser Sportvereine und für alle die Subventionen beziehen? Unser Jahresbudget beim Basketballverein beträgt ungefähr 15.000 Euro. Wir bekommen eine fiktive Förderung von der Stadt Wels für die Hallenbenützungsgebühren in Höhe von ca. 3.500 Euro und 345 Euro für die Jugendtrainer. Müssen jetzt alle Vereine, die heute Hallen- bzw. Sportflächen benutzen, sich einer solchen Prüfung unterziehen und ihre Finanzen offenlegen? Als Privatperson Schönberger interessiert mich das sehr stark, weil ich es ja auch meinem Verein in Zukunft erklären muss.

Bgm. Dr. Koits: Soweit ich das lese, heißt es in diesem Halbsatz: oder bei den Vereinen oder die sie fördern, soweit sich die Stadt die Kontrolle vorbehalten hat oder die Institutionen mit einer Kontrolle einverstanden sind.....

GR. Prof. Mag. Teubl: Besten Dank für die Wortmeldungen! Als Vorsitzender des Kontrollausschusses kann ich nur der Kontrollstelle recht herzlich für die geleistete Arbeit

danken. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen, dass es hier zunächst nur einmal um die Möglichkeit geht die Kontrollkompetenzen auszuweiten. Da dieser Antrag über den Oberösterreichischen Landtag laufen muss, wird es länger dauern. In der Zwischenzeit kann überlegt werden was es bedeutet, diesen Auftrag ernst zu nehmen und welche Personalressourcen dafür nötig sind.

Ich denke aber eine solche Änderung des Stadtstatutes könnte dazu beitragen, dass die Stadt Wels möglichst viel Geld bei dem einen oder anderen Projekt sparen kann und es könnten Einsparungspotenziale gehoben werden, die so nicht möglich wären. Außerdem hoffe ich sehr, dass die Stadt Wels ab einem bestimmten Förderungsvolumen auch tatsächlich daran geht, sich eine solche Klausel zu sichern, Vereine in Bezug auf ihre finanzielle Gebarung zu untersuchen, wenn die Förderungen durch die Stadt Wels eine gewisse Summe überschreiten.

Bgm. Dr. Koits: Wir kommen jetzt zur Abstimmung, weise aber darauf hin, dass bei diesem Antrag zur Annahme eine **2/3-Mehrheit** (d.h. **23-Stimmen**) benötigt wird.

Der Abänderungsantrag (Anlage 31) wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 32) wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. LAbg. Dr. Csar hat die Sitzung bereits um 18.30 verlassen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ... (180. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (141. Änderung).
DI-Verf-402-2013

Vzbgm. Lehner: Bei diesem Antrag geht es um die Behebung eines Redaktionsfehlers. In der plangrafischen Darstellung war eine falsche Bezeichnung. Richtigerweise hätte der Text der Verordnung lauten müssen: Gemischtes Baugebiet MB (eingeschränktes Gemischtes Baugebiet MB, Wohnobjekte mit Ausnahme von Betriebswohnungen unzulässig). Im ursprünglichen Amtsbericht war nur ein Teil dieser Ausführungen und ersuche mit diesem Beschluss das klarzustellen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend langfristige Budgetkonsolidierung.
DI-Verf-403-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir sprachen heute bereits über diesen Antrag. Kurz zusammengefasst zeigen die Budgets der vergangenen Jahre einen klaren Trend: Steigende Ausgaben, stagnierende Einnahmen, Überschüsse im ordentlichen Haushalt können kaum noch im ausreichenden Ausmaß erzielt werden. Das heißt, der Schuldenstand und der Verschuldungsgrad der Stadt werden weiter zunehmen. Wir wollen mit diesem Antrag dem Einhalt bieten und stellen daher folgenden Antrag: Beginnend mit dem 1. Quartal 2014 wird von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein umfassender Budgetkonsolidierungsprozess gestartet. Mit Hilfe einer externen Beratung durch das KDZ (oder andere geeignete Expertinnen und Experten) sollen bis Jahresende 2014 Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung entwickelt und in den Folgejahren implementiert werden.

In Anbetracht der besorgniserregenden Entwicklung der Stadtfinanzen ersuche ich sie diesem Antrag zuzustimmen. Diese Zustimmung wurde schon in diversen Wortmeldungen signalisiert, wofür ich mich sehr herzlich bedanken möchte. Gleichzeitig möchte ich sie aufrufen, an diesem Prozess mitzuarbeiten damit es uns gelingt, die Finanzsituation der Stadt in den Griff zu bekommen.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte das zu den vorherigen Anträgen Gesagte nicht wiederholen, aber hier ist noch ein zweiter Aspekt gegeben, denn es heißt: Beginnend mit dem 1. Quartal 2014 wird von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen - also von den Fraktionen – ein umgehender Budgetkonsolidierungsprozess gestartet. Wieso können die Fraktionen Budgetkonsolidierungsprozesse starten? Das bleibt jeder Fraktion natürlich völlig unbenommen. Eine zweite Frage ist, ob wir als Stadt Wels den Fraktionen externe Berater finanzieren? Ich halte sehr viel vom KDZ, denn dabei handelt es sich um eine der besten Organisationen, welche die Gemeinden und Städte in Österreich in vielen Fragen berät. Ich halte es für gewagt, dass die Fraktionen Prozesse starten und Berater bezahlen, um dann am Budget Kritik zu üben. Darin ist sehr viel Undurchsichtiges und Unklares vorhanden.

Ich stelle somit den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Wimmer auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) zur weiteren Beratung wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Lehner war bei der Abstimmung zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. LAbg. Dr. Csar hat die Sitzung bereits um 18.30 verlassen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Entfall der beihilfefähigen Vorsteuerbeträge aufgrund von Änderungen im Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (kurz GSBG) bei der Aktion "Essen auf Rädern".
DI-Verf-406-2013

GR. Wildfellner: Dieser Antrag verdient das Prädikat dringlich ganz besonders, denn durch Änderungen im GSBG kommt es ab 01.01.2014 zu einer Kürzung bzw. Fast-Streichung der Vorsteuerbeträge bei „Essen auf Rädern.“ Das bedeutet für Menschen mit einem Familieneinkommen in Summe von 1.005 Euro inkl. Pflegegeld, dass sie für eine warme Mahlzeit statt 5,69 Euro jetzt 6,83 bezahlen müssen. Ich ersuche daher um Zustimmung, den bisher gewährten Zuschuss um 0,87 Euro pro Portion/Mahlzeit zu erhöhen. Die Höhe dieser Maßnahme beträgt 8.033,58 Euro.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) wird

einstimmig angenommen

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffen Maßnahmen zur Benutzbarkeit des Turnsaals in der VS 7.
DI-Verf-410-2013

Vzbgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag bezieht sich auf ein Schreiben, welches ich letzten Freitag von den Eltern der VS 7 bekam. Ausgestellt war dieses Schreiben von der Frau Bezirksschulinspektorin. Dieses Schreiben enthält, dass die Turnhalle der VS 7 nicht mehr benutzbar ist, weil dort teilweise Temperaturen von nur 13 Grad vorherrschen. Ich führte bereits am Donnerstag ein Gespräch mit dem zuständigen Referenten Stadtrat Zaunmüller. Inzwischen langte dieses Schreiben bei mir ein und ich dachte es sei ein gute Möglichkeit hier einen Antrag zu stellen. Ausdrücklich betonen möchte ich, dass keine Säumigkeit des Referenten vorliegt, sondern die hier zu Tage liegenden Umstände. Es funktioniert die Heizung nicht richtig, wodurch rasches Handeln angebracht ist. Das ist der Hintergrund dieses Antrages und ich denke die Kosten sind überschaubar. Es ist sicherlich nicht zielführend, wenn die Kinder in die Turnhalle Lichtenegg gebracht werden, wobei ich den Maßnahmen des zuständigen Referenten nicht vorgeifen möchte.

GR. Markus Wiesinger stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 5) an den Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung wird mit

19 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Wimmer und GR. Prof. Mag. Teubl waren bei der Abstimmung zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. LAbg. Dr. Csar hat die Sitzung bereits um 18.30 verlassen.

Bgm. Dr. Koits: Erlauben sie mir als Bürgermeister ein paar Worte dazu. Herr Kollege Zaubmüller, wir müssen gemeinsam schauen, dass wir das Thema Bildung und daraus fließende Maßnahmen einschließlich des Sanierungsprogrammes möglichst schnell angehen und im Ausschuss behandelt. Im Anschluss daran hat das Gespräch über die finanziellen Mittel zu erfolgen, wobei ich versuchen werde, die zuständige Referentin des Landes, Frau Landesrätin Mag. Hummer, nach Wels einzuladen, um mit ihr über die gesamte Thematik zu sprechen. Bei diesem Vorhaben geht es sicher um eine große Summe, deshalb gehört das Land Oberösterreich mehr als bisher eingebunden.

Wir bekommen für die Volksschule Mauth eine mögliche erste Rate erst 2017 oder 2018 und Folgejahre. Das heißt, wir müssen das Thema Bildung möglichst intensivieren und vorantreiben, um Klarheit zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das war die letzte Sitzung im heurigen Jahr mit einer Neuangelobung des 2. Vizebürgermeisters und einer Stadträtin. Das Jahr 2013 war auch bei unterschiedlichen Interessenslagen ein durchaus interessantes, spannendes und erfolgreiches Jahr. Ich hoffe es wird auch im Jahr 2014 so sein. Mein Appell wäre, Dinge, die im Budget beschlossen werden, konsequent weiterzuverfolgen. Gleichzeitig ersuche ich darüber hinaus mit der Stellung von Anträgen Budgetdisziplin zu wahren. Bei diesen Anträgen sollen die Kosten gleich mitangeführt und eingebracht werden.

Ich bedanke mich für die Diskussionen im Gemeinderat, die manchmal schon etwas turbulenter oder auch ruhiger ausfielen, sich im Laufe der Zeit ausdehnten. Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei der Gemeinderatskanzlei für die Arbeit hier im Gemeinderat und darf ihnen für die kommenden Feiertage alles Gute wünschen. Für das Jahr 2014 beste Gesundheit und uns weiterhin gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schrifführer: